

# NATO *Brief*

HERBST 2001

## Die Entwicklung der Partnerschaften des Bündnisses



Interview mit  
Martti Ahtisaari  
Seite 24-25



Militärreform in  
Mittel- und Osteuropa  
Seite 30-33

**Der NATOBrief wird im Auftrag des Generalsekretärs der NATO als Beitrag zu einer konstruktiven Erörterung atlantischer Fragen herausgegeben. Die im NATOBrief veröffentlichten Beiträge stellen daher nicht unbedingt die amtliche Auffassung oder Politik der NATO oder ihrer Mitgliedsregierungen dar.**

**CHEFREDAKTEUR:** Christopher Bennett

**REDAKTION:** Vicki Nielsen

**PRODUKTION:** Felicity Breeze

**LAYOUT:** NATO Graphics Studio

**Herausgeber:** Direktor des Informations- und Pressedienstes  
NATO Office of Information and Press,  
B-1110 Brüssel, Belgien  
Fax: 00 32 27 07 45 79  
E-Mail: [distribution@hq.nato.int](mailto:distribution@hq.nato.int)

[revieweditor@hq.nato.int](mailto:revieweditor@hq.nato.int)  
[publications@hq.nato.int](mailto:publications@hq.nato.int)

**Gesamtherstellung:** SZ Offsetdruck-Verlag  
Herbert W. Schallowetz GmbH  
D-53757 Sankt Augustin

Die Beilage „Atlantischer Kurier“ wird von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V., Am Burgweiher 12, D-53123 Bonn, in eigener Verantwortung herausgegeben.

Der Nachdruck von Beiträgen bedarf der Genehmigung des Herausgebers, der Herkunftsangabe und – bei gezeichneten Artikeln – der Namensnennung des Verfassers.

Der NATOBrief erscheint auch in Dänisch – *NATO Nyt*; Englisch – *NATO Review*; Französisch – *Revue de l'OTAN*; Griechisch – *Deltio NATO*; Italienisch – *Rivista della NATO*; Niederländisch – *NAVO Kroniek*; Norwegisch – *NATO Nytt*; Polnisch – *Przegląd NATO*; Portugiesisch – *Noticias da OTAN*; Spanisch – *Revista de la OTAN*; Tschechisch; Türkisch – *NATO Dergisi*; Ungarisch – *NATO Tükör*. In isländischer Sprache (*NATO Fréttir*) erscheint jedes Jahr eine Ausgabe. Von Fall zu Fall werden auch Ausgaben in russischer und ukrainischer Sprache veröffentlicht.

NATOReview ist auch verfügbar über World Wide Web: [www.nato.int/docu/review.htm](http://www.nato.int/docu/review.htm)

Der Informationsdienst der NATO gibt außerdem Handbücher, Broschüren und Faltblätter zu verschiedenen Themen heraus. Die Publikationen sind vorrätig in den NATO-Amtssprachen Englisch und Französisch, einige auch in deutscher Übersetzung.

Der NATOBrief wird zur Information der Öffentlichkeit kostenlos durch das  
Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung, Referat 301 S  
Dorotheenstr. 84, D-10117 Berlin  
an Multiplikatoren abgegeben.

Bei jeder Bezugnahme dieses Magazins auf die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien wird durch (\*) auf folgende Fußnote verwiesen: Die Türkei erkennt die Republik Mazedonien unter ihrem verfassungsmäßigen Namen an.

ISSN 0255-3813

# inhalt

## DIE NATO IM BLICKPUNKT 4

Kurznachrichten

## DIE ENTWICKLUNG DER PARTNER- SCHAFTEN DES BÜNDNISSES 6

**Sicherheit durch Partnerschaft**  
Robert Weaver untersucht, wie sich die Partnerschaften der NATO entwickelt haben.



## 10 Wie bringt man Aschenputtel zum Ball?

Robert E. Hunter erörtert das Potential des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats.



## 13 Die Förderung regionaler Sicherheit

James Appathurai untersucht, wie die NATO die regionale Sicherheitszusammenarbeit fördert.

**16  
Die Praxis der Partnerschaft  
aus der Sicht Georgiens**  
Irakli Menagarischwili beschreibt die Beziehungen Georgiens zum Bündnis.



## TITELBILD

Gemeinsame Parade von Soldaten der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten.

## ZUKUNFTSVISION

**18  
Die NATO im Jahr 2011**  
Michael Rühle beschreibt, wie die NATO und das euro-atlantische Sicherheitsumfeld wohl in zehn Jahren aussehen könnten.



## KURZBEITRÄGE

**22  
Kontrollmessungen zur  
Ermittlung der radioaktiven  
Verseuchung Kasachstans**

**23  
Erleichterung des Übergangs  
zum zivilen Leben**

## INTERVIEW

**24  
Martti Ahtisaari –  
internationaler Vermittler**

REZENSION

26

### Die neue Mazedonienfrage

Christopher Bennett bespricht neuere Veröffentlichungen über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.\*



SONDERBEITRAG

28

### Ausbildung neuer Führungskräfte

Oberst Ralph D. Thiele beschreibt, wie die NATO-Verteidigungsakademie ihr Lehrangebot mit Blick auf die Aufnahme von Angehörigen der Partnerstaaten angepasst hat.



MILITÄRISCHE ANGELEGENHEITEN

30

### Reformziele und Wirklichkeit

Chris Donnelly befasst sich mit der Militärreform in Mittel- und Osteuropa.

STATISTIK

34

### Verteidigungsausgaben und Streitkräfteumfang der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten

# VORWORT

Als die vorliegende Ausgabe des *NATO BRIEFs* in Arbeit war, wurden die Vereinigten Staaten Ziel eines verheerenden Terrorangriffs, dessen Auswirkungen die ganze Welt erfassen. Die Bündnispartner Amerikas reagierten auf die barbarischen Angriffe vom 11. September sofort: In der Stunde der Not war ihre Antwort uneingeschränkte Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Am 12. September kamen die NATO-Mitglieder dann in einem symbolträchtigen Beschluss überein, den Angriff, falls er nachweislich von außen auf die Vereinigten Staaten verübt worden sei, als eine Handlung im Sinne des Artikels 5 des Washingtoner Vertrags zu betrachten, dem zufolge ein Angriff gegen einen Bündnispartner oder mehrere von ihnen als Angriff auf sie alle angesehen wird. Am 2. Oktober bestätigte die Regierung der Vereinigten Staaten, dass die Anschläge wirklich von außen gesteuert worden waren, nämlich von Terroristen der *Al-Qaida*-Organisation Osama bin Ladens.

Die entscheidende Grundlage der NATO – ihr Fundament – ist seit jeher Artikel 5, d.h. die Verpflichtung zur kollektiven Verteidigung. Als diese Verpflichtung 1949 eingegangen wurde, herrschten natürlich ganz andere Rahmenbedingungen. Sie ist jedoch auch angesichts der heutigen neuen Bedrohung unverändert gültig und von entscheidender Bedeutung. Durch den Beschluss, Artikel 5 in Kraft zu setzen, haben die NATO-Mitglieder erneut unter Beweis gestellt, dass das Bündnis kein bloßer Debattierklub ist. Es ist eine Gemeinschaft von Staaten, die durch gemeinsame Werte verbunden und fest entschlossen sind, zu deren Verteidigung zusammenzuarbeiten.

Am 12. September wurde auch deutlich, dass die euroatlantische Staatengemeinschaft heute weit mehr als die 19 NATO-Mitglieder umfasst. Nur wenige Stunden nach dem historischen Beschluss der NATO veröffentlichten die 46 Mitgliedstaaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats – von Nordamerika über Europa bis nach Asien – eine Erklärung, in der sie ebenfalls zu dem Schluss kamen, dass die Anschläge vom 11. September nicht nur ein Angriff auf die Vereinigten Staaten waren, sondern sich auch gegen unsere gemeinsamen Werte richteten. In dieser EAPR-Erklärung verpflichteten sich die 46 Mitgliedstaaten zudem dazu, alle erforderlichen Anstrengungen zur Bekämpfung der Geißel des Terrorismus zu unternehmen.

Man kann noch nicht genau sagen, welche Rolle die NATO und ihre Mitglieder oder auch der EAPR im internationalen Kampf gegen den Terror spielen werden. Dies wird ein langer und manchmal schwieriger Kampf werden. Er wird alle uns zur Verfügung stehenden Mittel politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer Art erfordern. Zudem wird er das aktive Engagement eines Zusammenschlusses möglichst vieler Staaten erfordern, die alle auf die gleichen Ziele hinarbeiten. Die Solidarität und die Entschlossenheit, die am 12. September vom Nordatlantikrat und vom EAPR zum Ausdruck gebracht wurden, stellen einen entscheidenden ersten Schritt dar. Sie beweisen die praktische Bedeutung der Partnerschaften der NATO und unterstreichen die Aktualität der vorliegenden Ausgabe des *NATO BRIEFs*.

*Lord Robertson*

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

## NATO-Überprüfung

Am 20. und 21. September hielt sich NATO-Generalsekretär **Lord Robertson** in **Berlin** auf, wo er an der NATO-Überprüfungskonferenz, einer jährlichen Tagung zur Erörterung der Zukunft des Bündnisses, teilnahm und mit Bundeskanzler **Gerhard Schröder**, Außenminister **Joschka Fischer** und anderen führenden Politikern zusammentraf.

## Armitage informiert



Am 20. September stattete der stellvertretende amerikanische Außenminister **Richard Armitage** der **NATO** einen Besuch ab, um **Lord Robertson** und den **Nordatlantikrat** bezüglich der Terroranschläge vom 11. September über den Stand der Ermittlungen zu unterrichten.

## Folgetruppe

Am 19. September wandte sich der Präsident der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien**, \* **Boris Trajkovski**, mit der Bitte an die **NATO**, nach dem Ende der **Operation Essential Harvest** (26. September) in seinem Land eine weniger umfangreiche Folgetruppe zu dislozieren.

Vom 17.-22. September nahmen vier NATO-Mitglieder und fünf Partnerstaaten in **Ankaran bei Koper** an **Cooperative Engagement 2001** teil, der ersten NATO/PTP-Marineübung, die in Slowenien veranstaltet wurde.

Sieben NATO-Mitglieder und drei Partnerstaaten beteiligten sich an **Cooperative Poseidon**, der zweiten Phase einer Übung zur U-Boot-Sicherheit, die vom 17.-21. September in **Bremerhaven** stattfand. Während der Übung waren sieben Staaten des **Mittelmeerdialogs** durch Beobachter vertreten.

Vom 11.-21. September nahmen in **Plovdiv** (Bulgarien) Soldaten aus neun

NATO- und dreizehn Partnerstaaten an **Cooperative Key 2001** teil, einer Übung für Operationen zur Unterstützung des Friedens. Unter den Teilnehmern waren auch Vertreter des Amts des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und mehrerer nichtstaatlicher Organisationen.

Vom 10.-21. September beteiligten sich sieben NATO-Mitglieder und dreizehn Partnerstaaten auf dem **Luftwaffenstützpunkt Zeltweg** (Österreich) an **Cooperative Best Effort 2001**, einer Übung im Hinblick auf die bei Friedensmissionen erforderlichen Fertigkeiten.

Am 17. September wurde General **Dieter Stöckmann** (Deutschland) im Obersten Hauptquartier der Alliierten Mächte Europa (**SHAPE**) bei **Mons** feierlich als Nachfolger des britischen Generals **Sir Rupert Smith** zum neuen **stellvertretenden Obersten Alliierten Befehlshaber Europa** ernannt.

Am 14. September reiste **Lord Robertson** zu Gesprächen mit Präsident **Boris Trajkovski** und dessen Regierung nach **Skopje** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*), wo er sich auch über den Fortgang der **Operation Essential Harvest** unterrichten ließ.

## Drei Gedenkminuten

Am 13. September gedachten **NATO-Bedienstete** gemeinsam mit Millionen von Europäern während eines dreiminütigen Schweigens der Opfer der Terroranschläge vom 11. September sowie deren Familien.



Am 13. September sprachen die **NATO** und **Russland** während einer Tagung des **Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates** den Familien der Opfer der Terroranschläge in New York und Washington vom 11. September ihr aufrichtiges Beileid aus und verpflichteten sich, ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus zu intensivieren. Ähnliche Erklärungen wurden auf außerordentlichen Tagungen der

**NATO-Ukraine-Kommission** und des **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats** abgegeben.

## Neuer Botschafter des Vereinigten Königreichs

Am 13. September wurde **Botschafter Emyr Jones Parry** als Nachfolger von **Botschafter David Manning** zum neuen **Ständigen Vertreter des Vereinigten Königreichs** bei der NATO ernannt. **Botschafter Parry** (53) ist Berufsdiplomat und war von Juli 1998 bis August 2001 politischer Direktor im britischen Außenministerium.

## Artikel 5

Am 12. September vereinbarten die **NATO-Botschafter**, die Terroranschläge vom 11. September, falls sie vom Ausland gesteuert waren, als Angriff auf alle NATO-Staaten zu betrachten, wodurch sie zum ersten Mal in der Geschichte des Bündnisses **Artikel 5 des Washingtoner Vertrags** in Kraft setzten.

Am 11. September verurteilten **Lord Robertson** und der **Nordatlantikrat** die Terroranschläge auf unschuldige Zivilisten in den Vereinigten Staaten und bekundeten ihr aufrichtiges Mitgefühl sowie ihre Solidarität mit den Amerikanern.

Am 7. September nahm **Lord Robertson** in **Oslo** (Norwegen) am letzten Tag eines dreitägigen Symposiums teil, das sich mit den technologischen, industriellen und wissenschaftlichen Aspekten der Anpassung an das heutige neue Sicherheitsumfeld befasste. Das Symposium wurde gemeinsam vom Obersten Alliierten Befehlshaber Atlantik (**SACLANT**), dem **norwegischen Verteidigungskommando** und dem **amerikanischen Generalstab** veranstaltet.

## Neuer Botschafter der Vereinigten Staaten



Am 4. September wurde **Botschafter Nicholas Burns** als Nachfolger von

**Botschafter Alexander Vershbow** zum neuen **Ständigen Vertreter der Vereinigten Staaten** bei der NATO ernannt. **Botschafter Burns** (45) war von 1997 bis Juli 2001 **Botschafter** seines Landes in Griechenland. Zuvor war er von 1995 bis 1997 **Sprecher** des amerikanischen Außenministeriums gewesen.

Am 29. August traf **Lord Robertson** während eines Besuchs in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** mit Präsident **Boris Trajkovski**, Ministerpräsident **Ljubco Georgievski**, Innenminister **Ljube Boshkovski**, Außenminister **Ilinka Mitreva** und Verteidigungsminister **Vlado Bukovski** zusammen, um die Fortschritte der NATO im Hinblick auf die Entwaffnung albanischer Rebellen zu prüfen.

## Entwaffnung von Rebellen



Am 22. August, d.h. zwei Monate nachdem die Regierung der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** die NATO um Hilfe bei der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in ihrem Land gebeten hatte, wurde die **Operation Essential Harvest** eingeleitet. Die 30 Tage dauernde Mission, die erst am 27. August tatsächlich begann, war auf die Entwaffnung albanischer Rebellen ausgerichtet und hatte (mit logistischer Unterstützung) einen Umfang von etwa 3 500 Mann.

Die Lage in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** stand im Mittelpunkt der regulären gemeinsamen Tagung des **Nordatlantikrats** und des **Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU**, die am 22. August in **Brüssel** stattfand.

Am 15. August stellte sich der als Kriegsverbrecher gesuchte **Dragan Jokic**, ein bosnischer Serbe, der in das Massaker von Srebrenica (1995) und Angriffe auf Beobachterposten der Vereinten Nationen verwickelt war, der **SFOR-Truppe**.

# DIE NATO IM BLICKPUNKT

Am 15. August – zwei Tage nach der Unterzeichnung einer politischen Rahmenvereinbarung über interne Reformen und die Dislozierung einer von der NATO geführten Truppe zur Entwaffnung albanischer Rebellen – wurde das Hauptquartier der **Task Force Harvest** in die **ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*** verlegt, wo die Lage sondiert und die Einleitung der **Operation Essential Harvest** vorbereitet werden sollte.

Am 10. August wurde **Vidoje Blagojevic**, ein bosnischer Serbe und ehemaliger Kommandeur, dem Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, festgenommen und dem **Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag** überstellt.

## Hochwasserschutz

Im September wurde in der **Ukraine** mit der Arbeit an einem Pilotprojekt zur Verbesserung des **Hochwasserschutzes** im Tisza-Einzugsgebiet begonnen. Das Projekt wird im Rahmen des NATO-Ukraine-Arbeitsprogramms für das Jahr 2000 erstellt.

Am 26. Juli führte **Lord Robertson** in **Skopje** (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*) gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, **Javier Solana**, und dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden, dem rumänischen Außenminister **Mircea Geoana**, Konsultationen mit führenden Regierungsvertretern und politischen Parteien, um so den Gesprächen zur Beendigung der schon seit fünf Monaten andauernden Gewalt neue Impulse zu verleihen.

Am 24. Juli traf der litauische Premierminister **Algirdas Brazauskas** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen.

Am 19. Juli besuchten der **Militärausschuss**, das höchste militärische Gremium der NATO, und sein Vorsitzender, Admiral **Guido Venturoni**, das Regio-



nalkommando **AFSOUTH** (Alliierte Streitkräfte Europa Süd), das für alle von der NATO geführten Operationen auf dem Balkan zuständig ist.

Am 18. Juli trafen der stellvertretende serbische Premierminister **Nebosja Covic** und der jugoslawische Außenminister **Goran Svilanovic** mit **Lord Robertson** und dem **Nordatlantikrat** zusammen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Entwicklungen im Süden Serbiens und im Kosovo.

## Neuer stellvertretender NATO-Generalsekretär



Am 16. Juli wurde Botschafter **Alessandro Minuto Rizzo** als Nachfolger von Botschafter **Sergio Balanzino** zum neuen **stellvertretenden Generalsekretär** der NATO ernannt. Botschafter Rizzo ist Berufsdiplomat und war vorher ständiger Vertreter seines Landes im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU.

Am 12. und 13. Juli reisten **Lord Robertson** und die 19 **NATO-Botschafter** zu umfassenden Gesprächen mit führenden Regierungsvertretern nach **Albanien** und **Bosnien und Herzegowina**.

Vom 9.-13. Juli wurden in **Brüssel** auf einer Tagung, welche die **Parlamentarische Versammlung der NATO** für neu gewählte Nachwuchsparlamentarier aus NATO-Ländern und Partnerstaaten veranstaltete, aktuelle euro-atlantische Sicherheitsfragen erörtert.

Am 9. Juli trafen der rumänische Präsident **Ion Iliescu** und Außenminister **Mircea Geoana** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zu Gesprächen über die Lage auf dem Balkan sowie

über die Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der NATO zusammen.

Am 6. Juli, einen Tag nach der Unterzeichnung eines Waffenstillstands zwischen der Regierung der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\*** und Rebellen albanischer Abstammung, traf der mazedonische Außenminister **Ilika Mitreva** in der **NATO-Zentrale** mit **Lord Robertson** zusammen.

Am 4. und 5. Juli besuchte **Lord Robertson Kiew**, wo er mit dem ukrainischen Präsidenten **Leonid Kutschma**, Premierminister **Anatoli Kinach**, Außenminister **Anatoli Slenko** und Verteidigungsminister **Olexandr Kusmuk** wie auch mit anderen führenden Politikern zusammentraf. Zudem hielt er auf einem von **SACLANT** veranstalteten PfP-Symposium einen Vortrag.

Am 29. Juni wurde in **Mjekës** (südlich der albanischen Hauptstadt Tirana) feierlich ein Projekt eingeleitet, durch das im Einklang mit dem Übereinkommen von Ottawa über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen der albanische Bestand von 1,6 Mill. derartiger Minen vernichtet werden soll. Hierbei handelt es sich um das erste **Entmilitarisierungsprojekt** im Rahmen des **PfP-Treuhandfonds**, der im vergangenen Jahr für diesen Zweck eingerichtet wurde.

## Essential Harvest

Am 29. Juni billigte der **Nordatlantikrat** den von SHAPE erstellten Operationsplan **Essential Harvest** für die mögliche Entsendung von NATO-Truppen in die **ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\***. Die NATO-Truppen sollten auf Ersuchen der mazedonischen Regierung zur Unterstützung der Entwaffnung albanischer Gruppen entsandt werden, und die Durchführung des Plans war davon abhängig, dass die Konfliktparteien einen politischen Dialog führten und die Feindseligkeiten einstellten.

Am 28. Juni besuchte der Präsident der Republik Moldau, **Vladimir Voran**, die **NATO**, wo er mit **Lord Robertson** zusammenkam und eine Vereinbarung unterzeichnete, auf deren Grundlage NATO-Experten materielle Unterstützung und Ausbildungshilfe leisten können, um die Durchführung eines Projekts des **PfP-Treuhandfonds** zu gewährleisten, das auf die sichere Vernichtung von hochkorrosivem Rake-



tentreibstoff sowie von Antipersonenminen und überschüssigen Kampfstoffen ausgerichtet ist.

Am 26. Juni unterrichtete der Kosovo-Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen **Hans Hækkerup** die **NATO-Botschafter** in der **NATO-Zentrale** über die Lage in der Provinz und über die Vorbereitungen für die geplanten Wahlen.

Am 21. Juni besuchte der polnische Präsident **Alexander Kwasniewski** **SHAPE** bei **Mons**, wo er mit dem Obersten Alliierten Befehlshaber Europa, General **Joseph W. Ralston** (Vereinigte Staaten), zusammentraf.

## Amerikareise

Während einer Reise in die **Vereinigten Staaten** vom 19.-22. Juni hielt **Lord Robertson** eine Rede vor dem Chicagoer Rat für auswärtige Beziehungen, bevor er zu Gesprächen mit der Nationalen Sicherheitsberaterin **Condoleezza Rice**, dem amerikanischen Außenminister **Colin Powell** und Verteidigungsminister **Donald Rumsfeld** nach Washington weiterreiste. Danach nahm er in **Norfolk** (Virginia) an dem diesjährigen **SACLANT**-Seminar teil, in dessen Mittelpunkt die militärischen Fähigkeiten der NATO standen.

Vom 18.-29. Juni nahmen 15 NATO-Staaten über **Nordeuropa** und **Nordfrankreich** an der diesjährigen Einsatzflugübung **Clean Hunter 2001** teil. In ihrem Rahmen werden das Hauptquartier der Alliierten Luftstreitkräfte Nord und seine nachgeordneten verbundenen Luftoperationszentralen in Übungen einbezogen, die auf die Aufrechterhaltung der Effizienz bei der Planung und Durchführung koordinierter Luftoperationen abzielen.



Weitere Informationen s. **NATO Update** ([www.nato.int/docu/update/index.htm](http://www.nato.int/docu/update/index.htm)).

# Sicherheit durch Partnerschaft

*Robert Weaver untersucht, wie sich die Partnerschaften der NATO in den zehn Jahren seit der Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats entwickelt haben.*



© NATO

Historisches Ereignis: Die Sowjetunion wurde im Dezember 1991 während der ersten Tagung des Nordatlantischen Kooperationsrats aufgelöst.

Wenn die 46 Botschafter des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) zu einer Tagung zusammenkommen, sehen sie es als selbstverständlich an, dass sie die drängendsten aktuellen Sicherheitsfragen in einer konstruktiven Atmosphäre der Offenheit erörtern können. Vor nur etwas mehr als zehn Jahren hatten Diplomaten aus Staaten des Warschauer Paktes – nahezu die Hälfte der heutigen EAPR-Mitglieder – jedoch noch nicht einmal Zutritt zur NATO-Zentrale. Wollten sie eine Nachricht überbringen, so musste diese an der Einfahrt abgegeben werden. Dieser Gegensatz verdeutlicht die beträchtliche Weiterentwicklung der euro-atlantischen Sicherheit in den letzten zehn Jahren und zeigt vor allem, wie sehr die auf Partnerschaften beruhende Strategie des Bündnisses das strategische Umfeld des euro-atlantischen Raumes verändert hat.

Die NATO beherbergt heute nicht nur den EAPR, ein dynamisches multilaterales Forum für die Erörterung und Förderung be-

stimmter Sicherheitsanliegen, sondern ist zugleich der Dreh- und Angelpunkt eines Geflechts ineinander greifender Sicherheitspartnerschaften und -programme. Über die Partnerschaft für den Frieden trägt das Bündnis dazu bei, in einem Großteil des ehemals kommunistischen Europas eine Reform der Streitkräfte und den Übergang zur Demokratie zu bewerkstelligen. Zudem sind sowohl zu Russland als auch zur Ukraine, den beiden größten Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, besondere bilaterale Beziehungen hergestellt worden. Auch mit einer wachsenden Zahl von Staaten des Mittelmeerraums wird ein Dialog über Sicherheitsfragen geführt (s. Zusatztext, S. 9).

Heute nutzen 27 Partnerstaaten diese Institution für regelmäßige Konsultationen mit den 19 Bündnisstaaten über Fragen, die alle Sicherheitsaspekte und alle Regionen des euro-atlantischen Raumes umfassen. Darüber hinaus führen die Streitkräfte der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten regelmäßig gemeinsame Übungen und sonstige Kooperationsprojekte durch. Etwa 9 000 Soldaten aus den Partnerstaaten, darunter etwa 4 000 Russen, sind im Rahmen der von der NATO geführten Friedensoperationen auf dem Balkan Seite an Seite mit ihren Bündnispartnern im Einsatz.

Wer 1991 die Art der Entwicklung vorhergesagt hätte, die in den letzten zehn Jahren im euro-atlantischen Sicherheitsumfeld zu

---

*Robert Weaver ist in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten mit der Erweiterung des Bündnisses sowie mit EAPR-Fragen befasst.*

---

beobachten war, wäre wahrscheinlich einfach ausgelacht worden. Vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges war es damals nämlich eher üblich, das baldige Ende der NATO zu prophezeien oder – nach dem Moskauer Putschversuch vom August 1991 – eine Rückkehr zum Konfrontationskurs, der die europäische Politik nahezu 50 Jahre lang geprägt hatte. Im Nachhinein ist zudem klar, dass die Sache unter Umständen ein schlimmes Ende hätte nehmen können. Dass dies nicht der Fall war, ist weitgehend darauf zurückzuführen, dass die NATO-Staaten ihren ehemaligen Gegnern die „Hand der Freundschaft“ reichten; zudem ist dies ein Beweis für den Erfolg der Partnerschaftsstrategie, die das Bündnis in den letzten zehn Jahren verfolgt hat.

Nach dem Ende des Kalten Krieges bestand die Hauptaufgabe der NATO darin, die anhaltenden Missverständnisse bezüglich der Ziele und der Arbeitsweise des Bündnisses auszuräumen. Es kam entscheidend darauf an, den defensiven Charakter des Bündnisses zu verdeutlichen. So beschlossen die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten im Juli 1990 auf dem Londoner Gipfel, Kernwaffen in der militärischen Strategie des Bündnisses eine geringere Bedeutung beizumessen und deren Einsatz nur als *Ultima ratio* in Erwägung zu ziehen. Dieser Beschluss war Ausdruck der freundlichen Absichten der NATO und sollte verhindern, dass Reformgegner in Moskau den Vorwand der vermeintlichen „Bedrohung durch die NATO“ nutzen konnten, um Liberalisierungstendenzen im Mittel- und Osteuropa ein Ende zu bereiten. Ferner musste die NATO prüfen, wie sie zu diesen Staaten am besten tragfähige Sicherheitsbeziehungen herstellen konnte, mit deren Hilfe sie in der Lage sein würde, sicherheitspolitische Entwicklungen aktiv mitzugestalten. So schlug die NATO im November 1991 auf ihrem Gipfeltreffen in Rom die Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats (NAKR) vor, der als Rahmenstruktur für den Dialog mit den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes dienen sollte.

Im Dezember 1991 kam der NAKR zum ersten Mal zu einer Tagung zusammen, auf der 16 NATO-Mitglieder und neun Partnerstaaten vertreten waren. Damals hatte das Tempo des Wandels in Europa ein solches Ausmaß angenommen, dass die Tagung an sich schon ein historisches diplomatisches Ereignis war. Als das Schlusskommuniqué vereinbart wurde, bat der sowjetische Botschafter um die Streichung aller Bezugnahmen auf die Sowjetunion. Die UdSSR war nämlich im Laufe der Tagung aufgelöst worden, so dass er in Zukunft nur die Russische Föderation vertreten können würde. Im März 1992 traten dem NAKR weitere zehn Staaten bei, die nach dem Ende der Sowjetunion ihre Unabhängigkeit erlangt hatten. Im Juni desselben Jahres traten auch Albanien und Georgien bei.

Unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges konzentrierten sich die NAKR-Konsultationen auf dessen noch ungelöste Sicherheitsfragen, wie z.B. den Abzug russischer Truppen aus den baltischen Staaten. Im Mittelpunkt der politischen Zusammenarbeit standen indessen sicherheits- und verteidigungsrelevante Fragen, einschließlich der Verteidigungsplanung, konzeptioneller Ansätze für den Bereich der Rüstungskontrolle, der zivil-militärischen Zusammenarbeit, der Luftverkehrsregelung und der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion, sowie die sogenannte „dritte Dimension“ der NATO, d.h. die Wissenschafts- und Umweltprogramme des Bündnisses.

Der NAKR leistete in vielerlei Hinsicht Pionierarbeit. Sein Schwerpunkt war jedoch der multilaterale politische Dialog anstelle der Möglichkeit der Partnerstaaten, jeweils individuelle Kooperationsbeziehungen zur NATO zu entwickeln. Die im Januar 1994 in die Wege geleitete Partnerschaft für den Frieden (PfP) sollte dieses Ziel durch maßgeschneiderte Kooperationsprogramme mit der NATO und engere politische Beziehungen erreichen helfen. Dies bedeutete u.a., dass jeder Partnerstaat berechtigt war, das Bündnis zu konsultieren, wenn er seine politische Unabhängigkeit, Sicherheit oder territoriale Unversehrtheit bedroht sah. Die PfP konzentrierte sich auf den Aufbau von Kräften (in erster Linie von Streitkräften), die sich durch Interoperabilität mit denen des Bündnisses auszeichneten, sowie auf Fragen der zivilen Notfallplanung. Durch die PfP konnten die Partnerstaaten ihre bilateralen Beziehungen zur NATO jeweils in ihrem eigenen Tempo weiterentwickeln.

Im Zuge der Vertiefung der Beziehungen zwischen den NATO-Mitgliedern und den Partnerstaaten entwickelte die PfP auch die Mechanismen, auf deren Grundlage die Partnerstaaten, die dies wollten, an Operationen unter der Leitung der NATO teilnehmen konnten. In der Praxis bedeutete dies die Beteiligung an NATO-Operationen auf dem Balkan, wo die Partnerstaaten sogar noch vor der Entsendung der ersten Friedensmission eine entscheidende Rolle spielten.

Während des Bosnienkrieges halfen mehrere Partnerstaaten dem Bündnis, ein Waffenembargo gegen das gesamte ehemalige Jugoslawien, Wirtschaftssanktionen gegen Serbien und Montenegro sowie ein Flugverbot über Bosnien durchzusetzen. Albanien ließ beispielsweise NATO-Schiffe seine Hoheitsgewässer benutzen, um die Einhaltung des Waffenembargos und der Wirtschaftssanktionen zu gewährleisten, und Ungarn (damals noch ein Partnerstaat) stellte AWACS-Flugzeugen der NATO zur Überwachung des Flugverbots über Bosnien seinen Luftraum zur Verfügung. Zudem waren im Rahmen der IFOR, der ersten Friedensoperation unter der Leitung der NATO, Truppen aus 14 Partnerstaaten Seite an Seite mit ihren Bündnispartnern im Einsatz, was zusätzliche Fähigkeiten sowie eine höhere Legitimität der Mission bedeutete.

In dem Maße, wie die Partnerstaaten ihre Soldaten zur Verfügung stellten und ihre Streitkräfte unter der Leitung der NATO in einem gefährlicheren Umfeld zum Einsatz kamen, bemühten sie sich natürlich auch um größere Möglichkeiten, sich am Beschlussfassungsprozess zu beteiligen, durch den die Ziele und operativen Verfahren der Mission festgelegt wurden. Im Vorfeld der IFOR-Mission war dies weitgehend ad hoc geschehen, da das Bündnis mit dieser Mission völliges Neuland betrat. Angesichts der Bereitschaft der Partnerstaaten zu einem derartigen Engagement bei der Lösung von Sicherheitsproblemen jenseits ihrer Landesgrenzen war dann ein neues Partnerschaftskonzept erforderlich.

Im Anschluss an eine visionäre Rede des damaligen amerikanischen Außenministers Warren Christopher, in der er im September 1996 die Gründung eines neuen Sicherheitsforums vorgeschlagen hatte, leitete die NATO eine umfassende Überprüfung ihrer Partnerschaftsstrategie ein. Zu den wichtigsten Zielen zählte dabei die Gewährleistung größerer Beschlussfassungsbefugnisse der Partnerstaaten bezüglich des gesamten Spektrums von PfP-Fragen. Ein weiteres Ziel bestand darin, die Gelegenheit zu nutzen und die

PfP immer stärker auf den operativen Bereich auszurichten. Dies führte dann zur Gründung des EAPR sowie zur vertieften und operationellen Partnerschaft.

Was politische Konsultationen betraf, so war es nun sinnvoll, über den NAKR hinauszugehen und ein Sicherheitsforum einzurichten, das der zunehmenden Komplexität der im PfP-Rahmen hergestellten Beziehungen gerecht werden konnte. Statt die Mitgliedschaft durch das Kriterium zu definieren, wer zu den Gegnern der NATO gezählt hatte, musste ein neues Kooperationsorgan alle euro-atlantischen Staaten umfassen, die Beziehungen zur NATO herstellen wollten. Dieses neue Organ ermöglichte auch den Beitritt traditionell neutraler Staaten, die sich als wertvolle Mitglieder der Partnerschaft für den Frieden erwiesen hatten, wie z.B. Finnland, Österreich und Schweden, die nicht zu den Vollmitgliedern des NAKR zählten.

Indem der EAPR über den NAKR hinausging, brachte er das Bekenntnis der NATO zu einer immer stärkeren Einbeziehung der Partnerstaaten in die Beschlussfassungsprozesse des Bündnisses zum Ausdruck. Der EAPR bot ferner eine Rahmenstruktur für eine stärkere Einbindung der Partnerstaaten in die Konsultationen über die Planung, Durchführung und politische Kontrolle der PfP-Operationen unter der Leitung der NATO. Als multilaterales Organ, das die Fäden der PfP zusammenhält, hat der EAPR den NAKR-Schwerpunkt beibehalten und sich auf praktische politische und sicherheitsrelevante Konsultationen konzentriert. Er hat jedoch das Themenspektrum dieser Konsultationen um die Bereiche Krisenbewältigung, regionale Fragen, Rüstungskontrolle, Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und internationaler Terrorismus sowie um Verteidigungsfragen wie Verteidigungsplanung und Verteidigungshaushalte (einschließlich Verteidigungspolitik und -strategie) erweitert. Durch die Themen zivile Notfallplanung und Katastrophenschutz sowie Rüstungszusammenarbeit und militärisch bedingte Umweltschutzmaßnahmen wird diese Liste zu einem beeindruckenden Katalog.

Neben der Rolle eines Konsultationsforums traditioneller Art hat der EAPR eine Aufgabe bei der Bewältigung wichtiger Probleme übernommen, die sowohl für NATO-Mitglieder als auch für Partnerstaaten von Bedeutung sind. Dies gelang ihm durch die optimale Nutzung der Flexibilität, die angesichts eines Minimums an institutionellen Regeln möglich ist und ganz neue Lösungsansätze für Sicherheitsfragen erlaubt. Beispielsweise nutzte man Arbeitsgruppen mit nicht eingeschränkter Mitgliederzahl, so dass die am meisten betroffenen Staaten die jeweilige Initiative ergreifen und die Arbeit für das Plenum vorbereiten konnten. Die Konsultationen über den Kaukasus und über Südosteuropa haben z.B. von diesem Ansatz profitiert. Der EAPR hat seine Mitglieder ferner ermutigt, bestimmte Fragen auch einmal aus einer anderen Perspektive zu betrachten, statt sich immer wieder mit den gleichen Streitpunkten zu befassen; dieser Ansatz hat sich bewährt, wenn andere Organisationen federführend waren.

Was die vertiefte und operationelle PfP betrifft, so stützte sich deren Neuausrichtung auf die Erfahrungen der ersten Jahre sowie auf die Lehren aus den von der NATO geführten Friedensoperationen in Bosnien. Unter den Maßnahmen zur Stärkung und Verbesserung der Partnerschaft im Hinblick auf deren operative Gestaltung verdienen drei Initiativen besondere Erwähnung. Dies sind der Planungs- und Überprüfungsprozess (PARP), das Konzept

operativer Fähigkeiten (OCC) und der Politisch-militärische Rahmen für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO.

Im Rahmen des PARP werden die von den Teilnehmern jeweils zu erfüllenden Anforderungen bezüglich der Interoperabilität und der Fähigkeiten festgelegt, und er umfasst zur Ermittlung der erzielten Fortschritte auch einen genauen Überprüfungsprozess. Dadurch dass er den Partnerstaaten bestimmte Ziele vorgibt, hilft er ihnen, diejenigen Fähigkeiten aufzubauen, die das Fundament der operativeren Aspekte der Partnerschaft bilden sollen. Im Laufe der Jahre sind die Anforderungen komplexer und anspruchsvoller geworden; sie wurden zudem mit der Verbesserung der Fähigkeiten verknüpft, die sich die NATO-Staaten in ihrer Initiative zur Verteidigungsfähigkeit selbst zum Ziel gesetzt hat. Der PARP ähnelt mit Ministerrichtlinien für die Ziele der Verteidigungsplanung, mit Partnerschaftszielen, die den Streitkräftezielen der NATO entsprechen, und der PARP-Auswertung als dem Gegenstück zur jährlichen Verteidigungsüberprüfung der NATO wirklich zunehmend dem Verteidigungsplanungsprozess des Bündnisses selbst.

Erwägen die NATO-Befehlshaber eine Operation und den tatsächlichen Einsatz dieser Partnerstreitkräfte, so müssen sie wissen, welche Streitkräfte mit welchen Fähigkeiten zur Verfügung stehen. Das OCC wurde im Hinblick auf diese entscheidenden Fragen entwickelt und soll NATO-Befehlshabern zuverlässige Informationen über potentielle Beiträge der Partnerstaaten bereitstellen, damit die rasche Entsendung einer genau auf die jeweilige Aufgabe zugeschnittenen Truppe möglich wird. Dies ergänzt die Auswertung im Rahmen des PARP und dürfte zu einer Verbesserung der militärischen Effizienz der jeweils untersuchten Streitkräfte beitragen. Aus der Sicht der NATO-Befehlshaber stärken militärisch effizientere Beiträge der Partnerstaaten die Fähigkeit des Bündnisses, Operationen auch über längere Zeit aufrechtzuerhalten.

Mechanismen, die zur Ausweitung der Beiträge von Partnerstaaten beitragen, sind natürlich nur eine Seite der Medaille. Zuerst müssen die Partnerstaaten nämlich bestimmen, ob sie ihre Streitkräfte überhaupt an einer bestimmten Operation teilnehmen lassen wollen. Hier bietet der EAPR die entscheidende Schnittstelle zwischen dem praktischen und dem politischen Bereich.

Mit Hilfe des EAPR werden alle Partnerstaaten in Konsultationen über sich anbahnende Krisen einbezogen, die unter Umständen eine Entsendung von Truppen erforderlich machen könnten. Damit die Partnerstaaten eher zur Bereitstellung von Streitkräften für komplizierte und potentiell gefährliche Operationen bereit sind, hat die NATO einen Mechanismus entwickelt, der sicherstellen soll, dass die Konsultationen nicht mehr ad hoc, sondern im Rahmen eines institutionalisierten Prozesses auf der Grundlage von Verfahren geführt werden, die der Bedeutung der Partnerbeiträge Rechnung tragen. Diese Initiative, das dritte wesentliche Element der vertieften und operationellen Partnerschaft, wird als Politisch-militärischer Rahmen für PfP-Operationen unter der Leitung der NATO bezeichnet.

In Beratungen über eine eskalierende Krise werden alle EAPR-Mitglieder einbezogen. Ist die NATO der Ansicht, dass möglicherweise Truppen entsandt werden müssen, kann der Nordatlantikrat als höchstes Entscheidungsgremium der NATO diejenigen Länder als Partnerstaaten anerkennen, die sich zu einem Truppenbeitrag bereit erklärt haben. Diese Partnerstaaten können dann einen Mei-

nungsaustausch mit den NATO-Mitgliedern führen und sich in die erste Stufe der Planung für eine Operation einbeziehen lassen. Sie werden dann auch zum jeweiligen Operationsplan konsultiert und am Streitkräfteaufwuchs beteiligt, wenn der jeweilige Befehlshaber die Zusammensetzung der Truppe festlegt. In dieser Phase dürfte das OCC einem Befehlshaber viel Zeit und Arbeit ersparen, da die Fähigkeiten der verfügbaren Partnerstreitkräfte berechenbarer sind.

Sind Beiträge von Partnerstaaten angenommen worden, so können zwischen der NATO und diesen Truppenstellern Gespräche über die jeweilige Operation geführt werden. Das EAPR-Plenum ist indessen weiterhin an der allgemeinen Erörterung der betreffenden Operation und ihrer politischen Rahmenbedingungen beteiligt. Auch wenn Truppensteller unter den Partnerstaaten in größtmöglichem Ausmaß konsultiert werden, müssen die letzten Entscheidungen doch vom Bündnis getroffen werden, von dessen Mitteln derartige Operationen schließlich abhängig sind. Dieser Konsultationsprozess wird während der gesamten Dauer einer

Operation fortgeführt, so dass die Partnerstaaten bei wichtigen Beschlüssen gehört werden.

Der Beitrag der Partnerstaaten zu den Friedensoperationen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Man könnte sogar sagen, dass das Friedensengagement der NATO im Kosovo ohne die Beteiligung von Partnerstaaten nicht möglich gewesen wäre. Partnerstaaten haben nicht nur wertvolle politische Unterstützung geleistet, sondern der NATO auch für die Mission wesentliche Mittel zur Verfügung gestellt, einschließlich ihres Luftraums während der Luftoperationen und unverzichtbarer logistischer Stützpunkte zur Aufrechterhaltung der KFOR-Verbindungslinien. In dem Maße, wie die Beziehungen zwischen NATO-Mitgliedern und Partnerstaaten ausgebaut werden, kann man immer mehr von einer Wertegemeinschaft sprechen, die das Fundament dieser praktischen Zusammenarbeit bildet. In den zehn Jahren seit der Gründung des NAKR hat sich die PfP somit zu einem grundlegenden Bestandteil der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur entwickelt. ■

## Mittelmeerdiallog

1994 leitete die NATO ihren Mittelmeerdiallog im Bewusstsein der Tatsache ein, dass die Sicherheit und Stabilität Europas eng mit der des Mittelmeerraums verknüpft ist, erläutert *Alberto Bin*.

Dieses Programm, an dem Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien beteiligt sind, soll zur regionalen Sicherheit und Stabilität beitragen, das gegenseitige Verständnis verbessern und falschen Vorstellungen der Mittelmeerstaaten über die NATO entgegenreten.

Der Dialog beruht in erster Linie auf bilateralen Beziehungen zwischen jedem einzelnen Teilnehmerstaat und dem Bündnis. Er ermöglicht jedoch auch von Fall zu Fall multilaterale Zusammenkünfte. Er bietet allen Mittelmeerpartnern die gleiche Grundlage für Gespräche und gemeinsame Aktivitäten und ergänzt andere ähnliche, aber getrennte internationale Initiativen, wie z.B. die der EU und der OSZE.

Die NATO-Mittelmeerinitiative schafft die Voraussetzungen für den politischen Dialog und die praktische Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten. Der politische Dialog besteht aus regelmäßigen bilateralen politischen Gesprächen sowie aus multilateralen Konferenzen auf Botschafterebene. Dadurch besteht Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch über zahlreiche für die Sicherheit des Mittelmeerraums wichtige Fragen sowie über die künftige Entwicklung des Dialogs.

---

*Alberto Bin ist in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten mit dem Mittelmeerdiallog befasst.*

---

Die praktische Zusammenarbeit wird mit Hilfe eines jährlich zu vereinbarenden Arbeitsprogramms organisiert und kann verschiedene Formen annehmen, darunter Einladungen an militärische oder zivile Bedienstete aus Staaten des Mittelmeerdiallogs zur Teilnahme an Lehrgängen der NATO-Akademien. Zu den sonstigen Aktivitäten zählen u.a. speziell auf Dialogstaaten ausgerichtete Seminare (insbesondere im Bereich der zivilen Notfallplanung) sowie NATO-Besuche von Wissenschaftlern, Journalisten, Abgeordneten und sonstigen für die öffentliche Meinung maßgeblichen Persönlichkeiten der Mittelmeerstaaten.

Das Bündnis gewährt Mitarbeitern wissenschaftlicher Institute der Region Forschungsstipendien. Darüber hinaus fördert der Mittelmeerdiallog die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Hilfe des Wissenschaftsprogramms der NATO. Letztes Jahr waren z.B. 108 Wissenschaftler aus Dialogstaaten an wissenschaftlichen Aktivitäten beteiligt, die von der NATO gefördert wurden.

Das Arbeitsprogramm hat auch eine militärische Dimension, die Einladungen an Dialogstaaten umfasst, Beobachter zu Übungen zu entsenden, an Seminaren und Arbeitstagen teilzunehmen sowie militärische Stellen der NATO zu besuchen. An solchen Aktivitäten beteiligten sich im letzten Jahr 104 Offiziere der sieben Dialogstaaten. Zudem laufen NATO-Schiffe des Ständigen Flottenverbands Mittelmeer Häfen der Dialogstaaten an. Überdies haben drei Dialogstaaten – Ägypten, Jordanien und Marokko – für die von der NATO geführten Operationen in Bosnien und Herzegowina Friedenstruppen zur Verfügung gestellt, und Jordanien und Marokko zählen zu den Truppenstellern der KFOR-Mission.

# Wie bringt man Aschenputtel zum Ball?

*Robert E. Hunter befasst sich mit dem Potential des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats und plädiert dafür, diesem Gremium in Fragen der euro-atlantischen Sicherheit eine größere Rolle zu übertragen.*



© NATO

Ministertagung: Der Euro-Atlantische Kooperationsrat hat im Hinblick auf Beiträge zur euro-atlantischen Sicherheit ein einzigartiges Potential

Als der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR) im Mai 1997 ins Leben gerufen wurde, war er das arme Stiefkind der NATO. Ihm fehlte damals wie heute die Entscheidungsbefugnis des Nordatlantikrats, dessen Mitgliederkreis auf die 19 NATO-Mitglieder beschränkt ist. Zunächst spielte er für die Gestaltung der praktischen Arbeit der Partnerschaft für den Frieden (PfP), der fast die gleichen Staaten angehören wie ihm, keinerlei Rolle. Sogar auf seinen halbjährlichen Ministertagungen und gelegentlichen Gipfeltreffen wurden in der Regel mehr schöne Reden gehalten als konkrete Ergebnisse erzielt. Dieses vernachlässigte Aschenputtel hat jedoch ein größeres Potential, zur euro-atlantischen Sicherheit beizutragen, als jede andere Institution.

Der EAPR kann fast als Zufallsprodukt bezeichnet werden. Sein Vorläufer war der Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR), der 1991 gegründet wurde, um die Staaten, die aus den Ruinen des Warschauer Paktes und der Sowjetunion hervorgegangen waren, durch ein „institutionalisiertes Verhältnis der Konsultation und Kooperati-

on in politischen und Sicherheitsfragen“ in die übergreifende Staatengemeinschaft der NATO einzubinden. Einige Jahre später schien der NAKR jedoch ein etwas anachronistisches Gremium zu sein: Er ließ sich eher durch die Vergangenheit seiner nicht der NATO angehörenden Mitglieder als durch Zielvorstellungen für die Zukunft beschreiben. Formal waren vom NAKR zudem die meisten Staaten ausgeschlossen, die nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens entstanden waren; dies galt auch für die neutralen und nichtgebundenen Staaten Europas.

Es war also vernünftig, den NAKR für einen Neuanfang umzugestalten und die Vollmitgliedschaft von Staaten zu ermöglichen, die weder „ehemals kommunistisch“ noch „ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes“ waren. Die Initiative dazu wurde am 6. September 1996 vom damaligen amerikanischen Außenminister Warren Christopher während einer Rede in Stuttgart eingeleitet, die er anlässlich des 50. Jahrestags einer historischen Ansprache eines seiner Vorgänger (James Byrnes) hielt, die wegen ihrer Vision für ein neues Nachkriegseuropa und das amerikanische Engagement als „speech of hope“ bezeichnet wurde. Warren Christopher entschloss sich allerdings zu einer Rede über eine „neue atlantische Gemeinschaft“ und entwickelte eine Idee, die Schlagzeilen machen würde. Das amerikanische Außenministerium hatte sie rasch zur Hand: Der

---

*Robert E. Hunter ist leitender Berater der RAND Corporation und war von 1993 bis 1998 Botschafter der Vereinigten Staaten bei der NATO.*

---

NAKR sollte zu einer neuen Einrichtung umgestaltet und dann als Atlantischer Partnerschaftsrat bezeichnet werden. Die Einzelheiten waren einer späteren Regelung vorbehalten.

Als das neue Gremium allmählich Gestalt annahm, wurde dem vorgeschlagenen Namen ein „Euro“ vorangestellt. Sowohl bisherige NAKR-Mitglieder als auch andere europäische Staaten, die an der PfP teilnahmen, wurden zum Beitritt aufgefordert. Innerhalb der NATO wurden Ansichten zu der Frage eingeholt, was der neue EAPR sein und tun sollte. Im Rahmen der offiziellen Gründung des EAPR – während der letzten NAKR-Tagung, die am 30. Mai 1997 in Sintra (Portugal) abgehalten wurde – einigte man sich auf die Ergebnisse dieses Konsultationsprozesses. Der EAPR sollte sich auf Themen wie Krisenbewältigung, Rüstungskontrolle, internationaler Terrorismus, Verteidigungsplanung, zivile Notfallplanung und Katastrophenschutz sowie Rüstungszusammenarbeit und Friedensoperationen konzentrieren. Die NATO sagte überdies zu, der Rat werde „den Rahmen dafür bieten, dass die Partnerstaaten soweit wie möglich an Entscheidungen in Bezug auf solche Aktivitäten mitwirken können, an denen sie teilnehmen.“ Unklar war damals wie heute, was „soweit wie möglich“ bedeuten sollte.

Man hatte also ehrgeizige Ziele, und der neue EAPR vereinbarte die Institutionalisierung eines breiten Spektrums von Zusammenkünften, um die Erreichung dieser Ziele sicherzustellen. Dazu zählten u.a. monatliche Sitzungen der Botschafter, halbjährliche Tagungen der Außen- und Verteidigungsminister, gelegentliche Zusammenkünfte der Staats- und Regierungschefs sowie so genannte „16 (jetzt 19) +1“- Tagungen der Bündnismitglieder mit einzelnen Partnerstaaten. Seither hat der EAPR versucht, einer Vielfalt von Aufgabenbereichen gerecht zu werden; sie reichen von der Suche nach Möglichkeiten, einen Beitrag zur Bewältigung der Probleme im Zusammenhang mit Handfeuerwaffen und leichten Waffen zu leisten, bis hin zur Durchführung von Übungen zur zivilen Notfallplanung mit der Euro-Atlantischen Koordinierungszentrale für Katastrophenhilfe.

Der EAPR könnte natürlich noch viel mehr leisten. Ihm fehlen jedoch nach wie vor die nötigen Entscheidungsbefugnisse. Über diese Befugnisse wacht der Nordatlantikrat eifersüchtig, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass die Bündnismitglieder nach dem Washingtoner Vertrag, dem Gründungsdokument der NATO, besondere Pflichten und Aufgaben haben und für einen Großteil der Organisation und Finanzierung der EAPR-Aktivitäten zuständig sind. 1999 begannen die NATO-Staaten jedoch mit der Einbeziehung der EAPR-Mitglieder in die konzeptionelle Vorarbeit für die Teilnahme von Partnerstaaten an nicht durch Artikel 5 des Washingtoner Vertrags abgedeckte Operationen, d.h. für Operationen, die nicht mit Aufgaben der kollektiven Verteidigung zusammenhängen. So sollten die Partnerstaaten innerhalb bestimmter Grenzen in politische Konsultationen und Beschlussfassungsprozesse, in die Planung von Operationen und in die Kommandoregelungen für künftige von der NATO geführte Operationen eingebunden werden, an denen sie sich beteiligen würden.

Dies war eine logische Folge der zunehmenden Bedeutung der PfP. Zu den weiteren Maßnahmen zählten die Beteiligung der Partnerstaaten an für sie relevanten Aspekten der NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit, die Einleitung eines erweiterten und angepassten Planungs- und Überprüfungsverfahrens (in gewissem Umfang sollte dies der Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte und ihrer Fähigkeiten dienen) sowie Konsultationen zu Krisen und anderen politischen und sicherheitsrelevanten Fragen. Der EAPR-Aktionsplan für den Zeitraum 2000-2002 umfasst auch Konsultations- und Kooperationsregelungen für regionale Ange-

legenheiten, darunter Probleme in Südosteuropa und im Kaukasus, sowie Fragen im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt, d.h. bezüglich der EU-Initiative zum Aufbau einer umfassenden internationalen Rahmenstruktur, die zur Herbeiführung langfristiger Stabilität in Südosteuropa beitragen soll.

Trotz dieser Bemühungen wird das Potential des EAPR noch nicht optimal genutzt. Zwei Gründe sprechen jedoch dafür, dieses Potential voll auszuschöpfen. Erstens wird manchen beitragswilligen Staaten, gleich wie viele Staaten nächstes Jahr auf dem Prager Gipfel zum Beitritt eingeladen werden sollten, weiterhin die Aufnahme verwehrt bleiben. Es kommt daher entscheidend darauf an, dass der EAPR diesen Staaten ein starkes Gefühl der Zugehörigkeit zur übergreifenden NATO-Staatengemeinschaft vermittelt. Zweitens wird ein NATO-Beitritt im Hinblick auf manche EAPR-Staaten, insbesondere im Kaukasus und in Zentralasien, auch in Zukunft unwahrscheinlich sein. Der EAPR kann jedoch auch diesen Staaten helfen, ihre Sicherheitslage zu verbessern und der Zukunft mit mehr Vertrauen entgegenzugehen.

Derzeit steht es im Bündnis nicht zur Debatte, dem EAPR echte Entscheidungsbefugnisse zu übertragen, die über die Mitwirkung an Beschlüssen des Nordatlantikrats hinausgehen. In dem Maße wie die Partnerstaaten unter Beweis stellen, dass sie weitere Pflichten übernehmen können, sollte diese Haltung jedoch überprüft werden. Zweifellos sollte das nächste Ziel darin bestehen, eine weitere Integration der Aktivitäten der Partnerstaaten mit denen der Bündnismitglieder zu erreichen. Hierzu hat man folgende Möglichkeiten:

**Krisenbewältigung:** Bei Krisen finden Konsultationen der NATO derzeit in erster Linie im Nordatlantikrat statt. Aber auch in diesem Gremium ist das Bündnis nicht voll handlungsfähig, weil ihm die Befugnisse einer souveränen Regierung fehlen. Die Rolle der NATO bei der Bewältigung von Krisen – wie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* – beschränkt sich weitgehend auf bestimmte Aufgaben, die dem Generalsekretär von den Mitgliedstaaten übertragen werden. In Bosnien und Herzegowina (Bosnien) und im Kosovo sah sich die NATO beispielsweise zu militärischem Vorgehen veranlasst, ohne dass sie an den vorausgehenden diplomatischen Bemühungen direkt beteiligt gewesen wäre. Man kann nicht erwarten, dass der EAPR Befugnisse erhält, die noch nicht einmal der Nordatlantikrat hat, aber zu den EAPR-Mitgliedern zählen schließlich Staaten, die im Hinblick auf die für die NATO problematischsten Gebiete (insbesondere auf dem Balkan) über viel Erfahrung verfügen und ihnen auch geographisch recht nahe liegen. Der EAPR sollte daher zu einem zentralen Forum weiterentwickelt werden, das tragfähige Lösungen für Krisen konzipieren kann, anstatt nur über die Ergebnisse der Beratungen im Nordatlantikrat unterrichtet zu werden.

**Der Balkan:** In Südosteuropa und insbesondere im ehemaligen Jugoslawien, wo sich die internationale Staatengemeinschaft einer besonderen Herausforderung gegenüber sieht, ist der EAPR bereits aktiv. Auf dem Washingtoner NATO-Gipfel von 1999 leitete das Bündnis seine Südosteuropa-Initiative ein, zu deren Stützpfählern als Förderer der regionalen Zusammenarbeit eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter der Ägide des EAPR zählt. Im Juli gab Bulgarien auf einer EAPR-Botschaftertagung die Gründung der Südosteuropalenkungsgruppe für Sicherheitszusammenarbeit (SEEGROUP) bekannt; dies ist ein Forum, in dem alle Staaten der Region zu einem Informations- und Meinungsaustausch im Zusammenhang mit Projekten und Initiativen zusammenkommen können, die der Stimulierung und Unterstützung der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Gruppe dienen. Nach dem Regie-

rungswechsel in Zagreb (Anfang des Jahres 2000) begann Kroatien mit der Annäherung an das Bündnis. Zunächst trat Kroatien im Mai 2000 sowohl dem EAPR als auch der PfP bei und zählt nun zu den aktiven Teilnehmern der SEEGROUP. Da sich die neue, demokratische Regierung in Belgrad der NATO öffnet, sollte der EAPR auch eine führende Rolle spielen, wenn es darum geht, den Übergangsprozess der Bundesrepublik Jugoslawiens und dessen Wiedereingliederung in die internationale Staatengemeinschaft zu unterstützen.

**Bewältigung von Streitigkeiten und Konflikten außerhalb des NATO-Gebiets:** Viele andere Gebiete, die NATO-Mitgliedern Anlass zur Sorge geben, umfassen EAPR-Mitgliedstaaten oder grenzen an sie an. Bisher hat der EAPR kaum versucht, bei Spannungen und Konflikten zwischen seinen Mitgliedern im Kaukasus und in Zentralasien zu vermitteln, die Lage zu entschärfen oder eine Lösung herbeizuführen. Die NATO und vor allem der EAPR sollten vor dieser Möglichkeit jedoch nicht zurückschrecken und auch nicht davon ausgehen, dass einem anderen Gremium (wie der OSZE) oder Ad-hoc-Regelungen notwendigerweise der Vorzug zu geben sei. Hier wird Führungsstärke wichtig sein. Ebenso entscheidend wird es sein, unter den EAPR-Mitgliedern das Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass der EAPR als grundlegende europäische Sicherheitseinrichtung, die auf eine NATO-Initiative zurückgeht und der man regionale Streitigkeiten und Krisen nach einem geordneten Verfahren mit guten Erfolgsaussichten vorlegen kann, einige Vorteile zu bieten hat. Dies wird nur im Laufe der Zeit deutlich werden können, wenn sich der EAPR nämlich einmal mit einer oder mehreren solcher Situationen befasst und durch einen positiven Präzedenzfall seine potentielle Rolle erkennen lässt.

**Einbindung Russlands:** In manchen Fällen wird es eher möglich und auch konstruktiver sein, dass der EAPR bei Streitigkeiten und Konflikten unter seinen Mitgliedern – z.B. als Unterstützung der Minsk-Gruppe für das zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittene Berg-Karabach oder sogar als Ersatz für diese Gruppe – eine derartige Aufgabe übernimmt, wenn Russland dazu veranlasst werden kann, eine größere Rolle zu spielen. Im Vorfeld des Prager Gipfeltreffens wird das Bündnis angesichts der geplanten Beitrittseinladungen an mitteleuropäische Staaten ohnehin auf Moskau zugehen müssen, um deutlich zu machen, dass die NATO Russland weder strategisch oder politisch herausfordern noch es isolieren will. Russland hat sich bisher mit einer relativ passiven Rolle im EAPR und in der PfP begnügt, und es wollte nur ungern das volle Potential des als Konsultations- und Kooperationsforum dienenden Ständigen Gemeinsamen NATO-Russland-Rates ausschöpfen. Die NATO ist zudem auch jetzt schon daran interessiert, Russland klarzumachen, dass es in einem übergreifenden europäischen Sicherheitskonzept eine wichtige Rolle spielt und seine grundlegenden Interessen in Europa mit denen der NATO vereinbar sind. Können die Gedankenspiele des russischen Präsidenten Vladimir Putin bezüglich eines künftigen NATO-Beitritts Russlands gefördert werden – und zwar nicht so sehr im Hinblick auf diese konkrete Idee, sondern eher im Hinblick auf die weiteren Möglichkeiten, so könnte der EAPR für Moskau ein nützliches Instrument der Zusammenarbeit mit der NATO werden. Dieses Gremium könnte den Ständigen Gemeinsamen Rat ergänzen und Moskau zugleich mit mehr Legitimität als bisher seine Kontakte zu anderen EAPR-Staaten pflegen lassen, ohne dabei die Befürch-

---

„Natürlich werden sich im Zuge der Aufnahme weiterer neuer Mitglieder in die NATO sowohl der EAPR als auch die PfP bezüglich ihres Charakters und hinsichtlich ihrer Ziele ändern.“

---

tung zu wecken, es könne einen zu großen Einfluss auf deren strategischen und politischen Kurs gewinnen. Der EAPR könnte sich daher zu einem Instrument entwickeln, mit dessen Hilfe Russland dazu bewegt werden kann, die Erweiterung der NATO um Mitgliedstaaten in der Nähe der russischen Grenzen bereitwilliger zu akzeptieren.

**EAPR, ESVP und die Beziehungen zwischen der EU und der NATO:** Im Zuge der Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) durch die EU hat die NATO zu dieser Organisation besondere Beziehungen hergestellt. Dieser Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen und verläuft nach meiner Meinung keinesfalls völlig reibungslos. Eine Möglichkeit zur Überbrückung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Organisationen besteht in der Harmonisierung ihrer jeweiligen Organe, insbesondere durch gemeinsame Tagungen (auf Botschafter- oder Ministerebene) des Nordatlantikers und des neuen Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU. Da sowohl die EU als auch die NATO neue Mitglieder aus Mitteleuropa aufnehmen und sich dort auch sonst sehr engagieren, da beide auf dem Balkan aktiv sind, da beide besondere Beziehungen zu Russland und zur Ukraine hergestellt haben und da beide ihre Interessen im Kaukasus und in Zentralasien wahren wollen, sollten diese gemeinsamen Tagungen erweitert werden und parallele Konsultationen zwischen dem EAPR und dem Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee der EU umfassen.

Dies könnte auch dazu beitragen, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stärker auf außereuropäische Fragen ausgerichtet wird. Das Programm der EU und das der NATO weisen jedenfalls zahlreiche Gemeinsamkeiten auf, auch wenn diese beiden Organisationen die meisten Fragen außerhalb des Verteidigungsbereichs aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten. Im Hinblick auf die Bemühungen um eine Beseitigung der künstlichen Grenzen, die schon so lange zwischen den beiden Organisationen bestehen, könnte sich der EAPR daher als nützliches Instrument erweisen.

Schließlich darf man nicht vergessen, dass sich natürlich im Zuge der Aufnahme weiterer neuer Mitglieder in die NATO sowohl der EAPR als auch die PfP bezüglich ihres Charakters und in gewisser Weise auch hinsichtlich ihrer Ziele ändern werden. Bei weiteren Erweiterungsrounds der NATO wird sich das Gleichgewicht zwischen Partnerstaaten und Bündnismitgliedern im EAPR allmählich zugunsten der Partnerstaaten verschieben. Unter den nicht der NATO angehörenden EAPR-Mitgliedern werden dann immer mehr Staaten sein, die östlich von der Türkei liegen. Dies spricht sehr dafür, dass der EAPR die Beilegung von Streitigkeiten und Konflikten sowie die Koordinierung seiner Arbeit mit der EU und anderen Institutionen zu seinen Schwerpunkten machen sollte, um so die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Staaten des Kaukasus und Zentralasiens sowie deren Streitkräfte-reform zu unterstützen.

Mit Blick auf die Zukunft kann die Vision eines „geintenen und freien Europas“ nur erreicht werden, wenn „Sicherheit“ in einem sehr weiten Sinne verstanden wird. Der EAPR kann zur Erreichung dieses Zieles einen bedeutenden Beitrag leisten und könnte sich zu einem wirksamen sicherheitspolitischen Instrument entwickeln, dessen Aufgabenbereich weit über seine ursprüngliche Zielsetzung hinausgeht. ■

# Die Förderung regionaler Sicherheit

*James Appathurai untersucht, wie die NATO auf dem Balkan, im Kaukasus und in den baltischen Staaten die regionale Sicherheitszusammenarbeit fördert.*

Was die euro-atlantische Sicherheitszusammenarbeit betrifft, so richtet sich die Aufmerksamkeit der Medien fast ausschließlich auf bestimmte große Organisationen: die NATO und ihre Partnerschaft für den Frieden, die sich entwickelnde Verteidigungsdimension der EU und die OSZE. Neben diesen großen, etablierten Strukturen leisten jedoch im gesamten euro-atlantischen Raum kleinere regionale Organisationen, die erst in letzter Zeit gegründet wurden, wichtige Beiträge zur Gewährleistung der Sicherheit in Krisengebieten. Diese Kooperationsbemühungen auf niedrigerer Ebene sind ein wichtiger Stützpfeiler der Sicherheitsarchitektur insgesamt, und das Bündnis ist sehr daran interessiert, ihren Ausbau zu unterstützen.

Warum regionale Sicherheitszusammenarbeit sinnvoll ist, liegt klar auf der Hand. Durch die richtige Zusammenlegung ihrer Ressourcen können gleich gesinnte Staaten ihre Sicherheit besser stärken. Aus wirtschaftlicher Sicht ermöglicht die Zusammenarbeit Einsparungen aufgrund von Größenvorteilen sowie die Beschaffung von Ausrüstung, die sonst insbesondere für kleinere Einzelstaaten unbezahlbar wäre. Aus militärischer Sicht führt Zusammenarbeit zu einer Vervielfachung des Potentials der Streitkräfte des jeweiligen Einzelstaates. Aus politischer Sicht ist Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich die optimale vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahme, denn sie verlangt Transparenz, Koordination und gegenseitiges Vertrauen.

Die NATO ist ein überzeugendes Beispiel für den Erfolg dieser Strategie. Was 1949 als ein Zusammenschluss von Staaten begann, die durch Ereignisse ihrer jüngsten Geschichte und nicht zuletzt auch durch einen Ozean getrennt waren, ist zum bisher effizientesten und solidarischsten politisch-militärischen Bündnis geworden. Zudem zeigt die NATO, dass regionale Zusammenarbeit andere Initiativen nicht ersetzt, sondern ergänzt. Jedes Land kann mehreren Sicherheitsgruppierungen angehören, ohne dass eine bestimmte Staatengruppe darunter leiden würde. Dies ermöglicht z.B. die nordamerikanische Zusammenarbeit im Bereich der Luft- und Raumfahrt zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten oder auch die Sicherheits- und Verteidigungsidentität der EU.

Gerade weil die möglichen Vorteile regionaler und subregionaler Zusammenarbeit so klar auf der Hand liegen, hat die NATO die diesbezüglichen Bemühungen zunehmend unterstützt, sogar zwischen Staaten, die nicht die NATO-Mitgliedschaft anstreben. Es gibt keine gesonderte Vereinbarung, in der die Vorteile der regionalen Zusammenarbeit und die Modalitäten für deren Unterstützung durch die NATO dargelegt werden. Stattdessen ist dieser Ansatz in zahlreichen auf ein bestimmtes Gebiet oder Thema ausgerichteten Dokumenten und Programmen verankert, die jedoch alles in allem ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept darstellen. So strebt das Bündnis im Rahmen seiner allgemeinen Friedens- und

Sicherheitsbemühungen im gesamten euro-atlantischen Raum vor allem auf dem Balkan, im Kaukasus und in den baltischen Staaten nach einer Förderung der regionalen Sicherheitszusammenarbeit. Die NATO verfolgt für jede Region einen maßgeschneiderten eigenen Ansatz, denn jede steht in einem spezifischen geopolitischen Kontext vor ihren besonderen Sicherheitsaufgaben, und jede ist für das Bündnis von jeweils spezifischem sicherheitspolitischem Interesse.

## Der Balkan



Südosteuropa ist für die NATO von enormer geopolitischer Bedeutung. Der Kosovo liegt z.B. in einem für das Bündnis strategisch entscheidend wichtigen Gebiet: nördlich von zwei NATO-Mitgliedern, südlich von neuen mitteleuropäischen NATO-Mitgliedern und eng verbunden mit Bosnien und Herzegowina (Bosnien). Instabilität, Konflikte und weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen haben in dieser Region die Interessen der NATO in den letzten zehn Jahren direkt bedroht, und das Bündnis sah sich zum Handeln gezwungen, um eine Destabilisierung von Nachbarstaaten durch derartige Krisen zu verhindern.

Die von der NATO geführten Friedensoperationen in Bosnien und im Kosovo sind wohl die spektakulärsten Bündnismaßnahmen zur Förderung von Frieden und Sicherheit auf dem Balkan. Das Bündnis hat sich jedoch auch von vorbeugenden diplomatischen Schritten bis hin zur aktiven Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit an einigen anderen militärischen und politischen Bemühungen zur Förderung der Stabilität ganz Südosteuropas beteiligt.

Das bekannteste Beispiel dafür ist vielleicht die Südosteuropa-Initiative der NATO. Sie wurde auf dem Washingtoner NATO-Gipfel von 1999 zur Förderung regionaler Zusammenarbeit sowie langfristiger Sicherheit und Stabilität in der Region in die Wege geleitet und stützte sich auf die bereits umfangreichen Kooperationsbeziehungen zu den Partnerstaaten im Rahmen des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) und der PfP. Sie erstreckte sich auch auf Staaten, die diesen Institutionen und Programmen nicht beigetreten waren – Bosnien und (damals) Kroatien –, und sah die Aufnahme der Bundesrepublik Jugoslawien vor. Unter der Ägide des EAPR

---

*James Appathurai ist leitender Mitarbeiter des Referats Politische Planung in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten.*

---

wurde eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe für regionale Zusammenarbeit eingerichtet, die zur Stimulierung und Unterstützung der praktischen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Südosteuropas die regionale Zusammenarbeit fördert. Die Staaten der Region haben beispielsweise im September 2000 zur Unterstützung verschiedener laufender Kooperationsprojekte die Lenkungsgruppe für südosteuropäische Sicherheitszusammenarbeit (SEEGROUP) errichtet, deren Vorsitz sich die Mitgliedstaaten nach dem Rotationsprinzip teilen. Zu ihren Aktivitäten zählen Minenräummaßnahmen, Bemühungen um eine Kontrolle der Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen, Simulationsübungen zur Krisenbewältigung sowie Maßnahmen zur Regelung des Luftverkehrs.

Gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen arbeitet das Bündnis auch im Rahmen des von der EU geförderten Stabilitätspakts für Südosteuropa auf mehr regionale Stabilität hin. So hat die NATO zur Einleitung von Programmen beigetragen, die ehemaligen Offizieren den Übergang vom Militär zum zivilen Leben erleichtern sollen (siehe S. 23) bzw. auf die Schließung von Stützpunkten und deren Umstellung auf eine zivile Nutzung abzielen. Bei einigen anderen Aktivitäten müssen Staaten der Region die Führung übernehmen. Ein gutes Beispiel dafür ist das Gemeinsame Südosteuropapapier zur Beurteilung regionaler Sicherheitsaufgaben und -chancen (SEECAP). Hierbei handelt es sich um eine Idee der NATO, die von den Staaten der Region einschließlich der Bundesrepublik Jugoslawien in die Praxis umgesetzt wurde. Das Papier enthält eine gemeinsame Stellungnahme der Unterzeichnerstaaten zu den Sicherheitsgefahren der Region und dürfte der entscheidende erste Schritt auf dem Weg zu friedlichen Beziehungen auf dem Balkan sein. Zudem werden darin die Kooperationsmöglichkeiten der beteiligten Staaten bei der Bewältigung dieser Herausforderungen dargelegt.

### Der Kaukasus

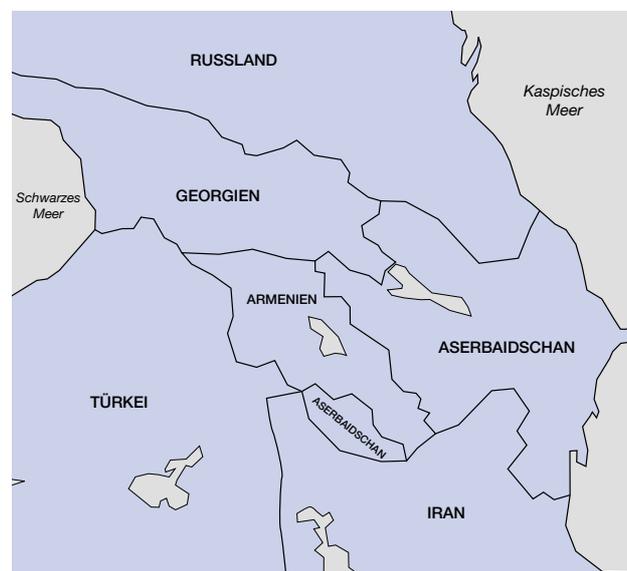
Im Kaukasus, wo die NATO ebenfalls die regionale Zusammenarbeit fördert, stellt sich die Lage anders dar. Obwohl die Probleme in dieser Region ebenso unlösbar scheinen, ist die Türkei das einzige NATO-Mitglied, das deren Auswirkungen direkt zu spüren bekommt. Zudem ist man zweifellos der Ansicht, dass die NATO als Organisation in dieser Region nur begrenzten Einfluss hat und die NATO-Mitglieder durch bilaterale Maßnahmen oder durch ihre Mitarbeit in anderen Organisationen (z.B. OSZE, Vereinte Nationen) einen sinnvolleren Beitrag zum Frieden und zur Sicherheit der Region leisten können.

Aus all diesen Gründen hält sich die NATO im Kaukasus eher im Hintergrund. Aber auch im Hintergrund unterstützt das Bündnis aktiv die regionale Sicherheitszusammenarbeit als Möglichkeit zur Förderung von Transparenz und Vertrauensbildung. Das zentrale Instrument für die diesbezüglichen Bemühungen der NATO ist eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe des EAPR, die mit den Aussichten für die regionale Zusammenarbeit im Kaukasus befasst ist. Zu den von der Arbeitsgruppe als für die praktische regionale Zusammenarbeit vorrangig bezeichneten Themen zählen die Finanzierung des Verteidigungssektors, die zivile Notfallplanung, die Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft und Umwelt sowie Aktivitäten im Informationsbereich.

Im letzten Jahr fand in Aserbaidschan unter der Ägide des EAPR im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit ein Seminar zur Sicherheit der Energieversorgung im Kaukasus statt, das sich mit verschie-

denen Einzelaspekten (Umwelt, Wirtschaft, zivile Notfallplanung) dieses Themas befasste. In der Region sind auch andernorts Seminare zu den Bereichen Verteidigungshaushalte, zivile Notfallplanung sowie zivil-militärische Zusammenarbeit, Handfeuerwaffen und leichte Waffen sowie wissenschaftliche Zusammenarbeit veranstaltet worden. Erörtert wird nun die Möglichkeit weiterer Konferenzen zu den Themen internationaler Terrorismus und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie zu den Gebieten Krisenbewältigung und Minenräumaktionen. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um wirklich wertvolle Initiativen, denn sie konzentrieren sich auf Fragen, die für die Staaten der Region von unmittelbarem sicherheitspolitischem Interesse sind.

Es ist hervorzuheben, dass hinsichtlich der Förderung der Zusammenarbeit im Kaukasus andere regionale Zusammenschlüsse wie die OSZE und GUUAM (Mitglieder sind Georgien, die Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und die Republik Moldau) die Führungsrolle innehaben. Die NATO leistet jedoch weiterhin einen Beitrag, indem sie Staaten mit gemeinsamen Problemen zur Erarbeitung gemeinsamer Lösungen ermutigt.



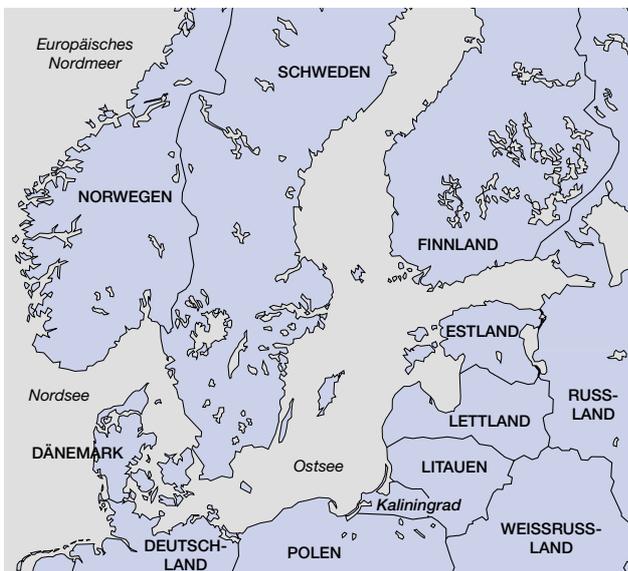
### Das Baltikum

Die dritte größere Region, für deren Zusammenarbeit sich die NATO aktiv einsetzt, ist das Baltikum. Anders als auf dem Balkan, wo es ernste Probleme zu lösen gilt und die NATO ihre Interessen direkt bedroht sieht, und im Gegensatz zum Kaukasus, wo die Probleme ebenso unlösbar scheinen, aber das Bündnis als Ganzes weniger direkt betroffen ist, stellt das Baltikum für die NATO eine Region von direkter geopolitischer Bedeutung dar, in der die regionale Zusammenarbeit allerdings schon gute Fortschritte macht und von ihr nicht in gleichem Umfang unterstützt werden muss.

Der Erfolg dieser Region sollte eigentlich niemanden überraschen, denn es handelt sich um ein Gebiet, das auf eine lange Geschichte regionaler Zusammenarbeit zurückblicken kann. Jedenfalls bemühten sich Estland, Lettland und Litauen natürlich sofort, nachdem sie Anfang des 20. Jahrhunderts unabhängige Staaten geworden waren, aus eindeutigen geographischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gründen um engere Formen der Zusammenarbeit. Heute ist die Zusammenarbeit noch stärker ausgeprägt – und die Gründe dafür liegen klar auf der Hand. Aus geographischer Sicht bilden diese drei Staaten unverändert eine von

der Natur vorgegebene Einheit. Alle sind kleine Staaten mit einer kleinen Bevölkerung und einer kleinen Volkswirtschaft. Zudem ist ihre sozioökonomische Entwicklung nach 1920 ähnlich verlaufen, und zur Zeit bestehen zwischen ihnen keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten.

Folglich kann man vielleicht ohne weiteres sagen, dass die subregionale Zusammenarbeit in der Zeit nach dem Kalten Krieg nirgends so intensiv war wie in den baltischen Staaten. Der Rat der Ostseestaaten, der 1992 von dem damaligen dänischen Außenminister und seinem deutschen Amtskollegen in die Wege geleitet wurde, ist ein hervorragendes Beispiel für einen erfolgreichen regionalen Zusammenschluss; in seinem Rahmen bemühen sich zwölf Staaten hinsichtlich einer Vielfalt von Fragen um eine Vertiefung ihrer Zusammenarbeit. Obwohl traditionelle Sicherheitsthemen ursprünglich nicht auf der Tagesordnung standen, fördert der Rat nun die subregionale Zusammenarbeit zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie im Bereich von Such- und Rettungseinsätzen auf See, was sogar den Einsatz militärischer Einheiten einschließt.



Der Rat der Ostseestaaten hat ähnlichen Bemühungen in anderen Teilen Europas, insbesondere auf dem Balkan, als Vorbild gedient. Darüber hinaus wird die Zusammenarbeit der staatlichen Ebene durch ein gut entwickeltes Netz von Sonderorganisationen sowie durch ein Geflecht von Kooperationsinitiativen zwischen Provinzen, Städten und Gemeinden des gesamten Baltikums abgestützt. Dies gilt vor allem im Sicherheitsbereich, wo alle drei Staaten bestrebt sind, ihre Unabhängigkeit zu konsolidieren und jeder aus dem Osten drohenden Instabilität entgegenzutreten. Die regelmäßige dreiseitige Zusammenarbeit zum Schutz des Luftraums hat kürzlich z.B. dazu geführt, dass für alle drei Staaten ein regionales Luftraumüberwachungssystem (BALNET) eingerichtet wurde.

Angesichts ihrer begrenzten Verteidigungsressourcen sind sich die drei Staaten darüber im Klaren, dass ihre Zusammenarbeit auch im Hinblick auf einen Ausbau dieser Ressourcen sinnvoll ist. Die Unterstützungsgruppe für die Sicherheit des Baltikums ist ein effizientes Gremium zur internationalen Koordinierung der Unterstützungsmaßnahmen für die Streitkräfte Estlands, Lettlands und Litauens. Die Baltische Verteidigungsakademie, eine Militärakademie, die in erster Linie für Offiziere aus den baltischen Staaten

bestimmt ist und Englisch als Vorlesungssprache gewählt hat, ist auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung ebenfalls ein gutes Beispiel für den Erfolg der Zusammenarbeit.

Die drei baltischen Staaten wollen zudem zeigen, dass sie als gute europäische Partnerländer bereit sind, ihren Beitrag zur Sicherheit zu leisten. Das teilstreitkraftübergreifende Friedensbataillon BALTBAT und das baltische Geschwader BALTRON sind ausgezeichnete Beispiele für eine konkrete militärische Zusammenarbeit. BALTBAT war auf dem Balkan bereits während der von der NATO geführten Friedensoperationen im Einsatz.

Indem das Bündnis die Teilnahme der baltischen Staaten an seinen Friedensoperationen unterstützt, fördert es mit seinen Mitgliedstaaten die Zusammenarbeit zwischen diesen drei Staaten. Die Friedensoperationen haben gezeigt, dass die baltischen Staaten dank ihrer Zusammenarbeit mehr Gewicht erlangt haben und auf euro-atlantische Angelegenheiten einen stärkeren Einfluss ausüben, als es ihrer jeweiligen Größe entsprechen würde.

Die NATO erleichtert diese Zusammenarbeit auch mit Hilfe des Aktionsplans zur Mitgliedschaft und durch die Partnerschaft für den Frieden. Beide Initiativen zielen auf eine Verbesserung der militärischen Fähigkeiten der beteiligten Staaten ab und haben als besonderen Schwerpunkt die Verbesserung der Interoperabilität bei multinationalen Operationen. Dies sind wesentliche Voraussetzungen für eine Intensivierung der regionalen Zusammenarbeit, und die drei baltischen Staaten sind daher sehr um deren Erfüllung bemüht.

Manche NATO-Mitglieder fördern die regionale Zusammenarbeit der baltischen Staaten auch auf einzelstaatlicher Ebene. Beispielsweise hat Dänemark hierbei eine führende Rolle gespielt, indem es die Baltische Verteidigungsakademie unterstützte und auf dem Balkan Friedenshüter der baltischen Staaten in dänische Formationen integrierte. Zudem haben die Vereinigten Staaten entscheidende politische Unterstützung geleistet. Dies kam insbesondere in der amerikanisch-baltischen Charta (1998) zum Ausdruck, einer Vereinbarung, die laut dem damaligen amerikanischen Präsidenten Bill Clinton die enge Zusammenarbeit zwischen den baltischen Staaten und ihren Nachbarn fördern sowie zeigen soll, dass „Amerika entschlossen ist, Estland, Lettland und Litauen bei der Vertiefung ihrer Integration und den Vorbereitungen auf die EU- und die NATO-Mitgliedschaft behilflich zu sein.“

Bill Clintons Junktum zwischen regionaler Zusammenarbeit und einer Mitgliedschaft in euro-atlantischen Institutionen ist deshalb so wichtig, weil vor allem im Ostseeraum gelegentlich die Befürchtung laut wird, eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit könne den angestrebten NATO-Beitritt verhindern. Eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit ist jedoch keinesfalls ein Hindernis auf dem Weg zur NATO-Mitgliedschaft, sondern ein wertvoller Pluspunkt etwaiger Beitrittskandidaten. Die NATO ist eine Organisation, in deren Rahmen die Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, ihre Ressourcen zusammenlegen und ihre Politik durch Konsens festlegen. Eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit bereitet Beitrittskandidaten nicht nur auf die Mitgliedschaft vor, sondern beweist den schon beigetretenen Mitgliedern auch, dass diese Kandidaten dazu bereit und in der Lage sind, die Bedingungen und Arbeitsmethoden des Bündnisses zu übernehmen; und zugleich leistet sie natürlich einen Beitrag zur Sicherheit aller Beteiligten. ■

# Die Praxis der Partnerschaft aus der Sicht Georgiens

*Irakli Menagarischwili beschreibt die Beziehungen Georgiens zum Bündnis sowie deren für beide Seiten vorteilhafte Entwicklung.*

Das vorrangige außenpolitische Ziel Georgiens besteht in seiner Integration in euro-atlantische politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Strukturen, damit es so in die europäische Staatengemeinschaft aufgenommen werden und ein historischer Wunsch des georgischen Volkes in Erfüllung gehen kann. Seit dem Zerfall der Sowjetunion hat sich mein Land unermüdlich um den Aufbau einer modernen Demokratie und um die Vertiefung seiner Beziehungen zu Staaten und Organisationen des gesamten euro-atlantischen Raumes bemüht. Zugleich beobachteten wir in Georgien und im Kaukasus insgesamt große Instabilität und zahlreiche Turbulenzen. Daher hatte es in den letzten zehn Jahren für unseren Staat Vorrang, beiderseits vorteilhafte, dauerhafte Beziehungen zum Bündnis herzustellen, die sowohl Georgien als auch der NATO zugute kommen.

Als sich die NATO Anfang der 90er Jahre ehemaligen Mitgliedern des Warschauer Paktes und Nachfolgestaaten der Sowjetunion öffnete, trat Georgien sofort allen neuen Sicherheitsinstitutionen und -programmen bei. 1992 wurde es Mitglied des Nordatlantischen Kooperationsrats; 1994 unterzeichnete es das Rahmendokument der Partnerschaft für den Frieden, und 1997 zählte es zu den Gründungsmitgliedern des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR). Georgien hat sein PfP-Engagement sowohl quantitativ als auch qualitativ schrittweise ausgebaut und beteiligt sich nun jedes Jahr an mehr als 100 Aktivitäten.



*Irakli Menagarischwili ist Außenminister Georgiens.*

Der Sommer dieses Jahres bedeutete für Georgien einen Meilenstein, denn es veranstaltete *Cooperative Partner 2001*, die erste umfassende PfP-Übung im südlichen Kaukasus. Die Übung, die in der am Schwarzen Meer gelegenen Hafenstadt Poti und ihrer Umgebung stattfand und an der etwa 4000 Soldaten aus neun NATO-Ländern und sechs Partnerstaaten teilnahmen, zielte darauf ab, bei Friedensoperationen und humanitären Hilfsmaßnahmen die Interoperabilität von Seestreitkräften und amphibischen Truppen der NATO-Länder und der Partnerstaaten zu verbessern. Diese Übung übertraf in ihren Dimensionen alle früheren NATO-Aktivitäten Georgiens. Sie trug dazu bei, die Zusammenarbeit zwischen den georgischen Streitkräften und denen der Bündnisstaaten zu fördern, und sie ist Ausdruck einer zunehmenden Vertiefung der Beziehungen zwischen Georgien und der NATO.

Georgien hat auch stets die Bemühungen der NATO unterstützt, auf dem Balkan ein Ende der Gewalt herbeizuführen und dort stabile Verhältnisse zu schaffen. So haben wir einen Infanteriezug für die von der NATO geführte KFOR bereitgestellt und auf diese Weise unser Engagement für den Friedensprozess in diesem Teil Europa verdeutlicht. Zudem sind wir fest davon überzeugt, dass eine Bedrohung der Sicherheit eines Teilgebiets des euro-atlantischen Raumes eine Bedrohung für den gesamten Raum darstellt, denn kein Staat kann sich völlig gegen destabilisierende Einflüsse aus anderen Ländern abschirmen. Um in Europa echte Sicherheit herbeizuführen, sollte daher jeder Staat im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beitragen, alle destabilisierenden Krisenherde zu beseitigen. In diesem Sinne ist Georgien stets sehr daran interessiert gewesen, sich an Aktivitäten zur Erhöhung der Sicherheit des gesamten euro-atlantischen Raumes zu beteiligen, und strebt letztlich die Integration in die NATO an.

Sowohl Georgien als auch der Kaukasus insgesamt verfügen über ein großes Potential. Georgien steht z.B. im Mittelpunkt der Bemühungen um den Bau des eurasischen Transportkorridors – einer entscheidend wichtigen Handelsverbindung zwischen Asien und Europa. Georgien ist auch ein natürlicher Verkehrsknotenpunkt der wieder belebten „Seidenstraße“, die sich aus folgenden drei Hauptelementen zusammensetzt: aus dem Transportkorridor Europa-Kaukasus-Asien, aus einem transkaukasischen strategischen Energiekorridor (für den Transport von Energierohstoffen aus der kaspischen Senke zu westlichen Märkten) und aus einem transkaukasischen Telekommunikationsnetz. Sollen diese Projekte, die von der EU und anderen interessierten Staaten unterstützt werden, jedoch Wirklichkeit werden, so wird man die gesamte Region stabilisieren und überzeugende Garantien für den Frieden und eine langfristig vertretbare Entwicklung bieten müssen.

Georgiens Haltung gegenüber dem Kaukasus insgesamt beruht auf den Grundsätzen, die Präsident Eduard Schewardnadse 1996 in seiner *Initiative für einen friedlichen Kaukasus* dargelegt hat und

die auch von den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans unterzeichnet wurden. Diese Initiative, welche die Anwendung von Gewalt zur Beilegung von Streitigkeiten ausschließt, enthält einen politischen Lösungsansatz, mit dem das derzeitige Konfrontations- und Krisenklima der Region in eine Atmosphäre der Zusammenarbeit und des allgemeinen Wohlergehens umgewandelt werden soll. Die Verwirklichung dieser Grundsätze wird nur möglich sein, wenn alle Staaten der Region, die Nachbarstaaten und andere führende Akteure der weltpolitischen Bühne, die an einem friedlichen und stabilen Kaukasus interessiert sind, mit vereinten Kräften darauf hinarbeiten. In diesem Zusammenhang sind auch andere Initiativen einschließlich des vorgeschlagenen *Stabilitätspakts für den Kaukasus* ernsthaft zu prüfen.

Neben dem Streben nach engeren Beziehungen zur NATO hat sich Georgien bemüht, auch zu anderen internationalen Organisationen Kontakte herzustellen oder ihnen beizutreten. Es ist Mitglied des Europarats, der OSZE und der Welthandelsorganisation, und es unterzeichnete 1996 ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU. Georgien ist ferner Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Schwarzmeerregion, die das gegenseitige Verständnis, eine Verbesserung des politischen Klimas und die wirtschaftliche Entwicklung der Region fördern soll. Es ist auch Mitglied der regionalen Organisation GUUAM (Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan und Republik Moldau), die auf gemeinsame Lösungsansätze für politische, wirtschaftliche, humanitäre und ökologische Probleme abzielt.

Die drängendsten Sicherheitsfragen in Georgien selbst sind die Konflikte mit Separatisten in Abchasien und Zchinwali (früher Südossetien). Die zufriedenstellende Lösung dieser Streitigkeiten ist eine wesentliche Voraussetzung für die Herbeiführung stabiler politischer, sozialer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen sowie für die Rückkehr von etwa 300 000 Georgiern, die Anfang der 90er Jahre vor ethnisch motivierten Ausschreitungen fliehen mussten. Wir wollen unsere Unabhängigkeit festigen, indem wir unseren Nachbarn klarmachen, dass ein unabhängiges, wohlhabendes, stabiles und geeintes Georgien auch in ihrem Interesse ist. Dies gilt insbesondere für die Russische Föderation, die derzeit ungefähr 6 000 Soldaten in Georgien stationiert hat. Georgien bemüht sich um einen zeitlich gestaffelten Abzug aller russischen Soldaten aus dem georgischen Hoheitsgebiet sowie um die Schließung der russischen Stützpunkte. Auf dem Istanbuler OSZE-Gipfel von 1999 unterzeichnete Russland eine diesbezügliche Vereinbarung, einschließlich eines Zeitplans für die Schließung von zwei der vier Stützpunkte, aber nur für einen wurde der Zeitplan wirklich eingehalten.

Aus der Sicht Georgiens ist der EAPR eine Institution von besonderer Bedeutung, die zur Erörterung und Lösung zahlreicher Sicherheitsprobleme des euro-atlantischen Raumes beitragen kann. Da die Partnerstaaten bestimmte Themen für die Diskussionen und Konsultationen im Rahmen des EAPR vorschlagen können, hat Georgien dieses Forum genutzt, um einige Fragen zur Sprache zu bringen, die es für besonders wichtig hält. Dazu zählen Fragen der Sicherheit der Region, der Beilegung und Verhütung von Konflikten, der konventionellen Rüstungskontrolle und der bilateralen Beziehungen. Georgien hat auch in größtmöglichem Umfang den EAPR-Mechanismus zur Einberufung von Zusammenkünften zwischen den 19 Bündnisstaaten und einem Partnerstaat (sogenannte „19+1“-Treffen) genutzt, um mit der NATO Konsultationen über Fragen führen zu können, die sowohl für Ge-

orgien als auch für das Bündnis relevant sind. Die ersten politischen Konsultationen zwischen Georgien und der NATO fanden im Frühjahr 2001 zwischen dem stellvertretenden beigeordneten NATO-Generalsekretär für politische Angelegenheiten und dem stellvertretenden georgischen Außenminister statt. Derartige Treffen haben sich als sehr nützlich erwiesen, was beweist, dass die Beziehungen zwischen dem Bündnis und einem Partnerstaat, wenn ein echter Wille zur Förderung von Zusammenarbeit und Verständnis vorhanden ist, wirklich zahlreiche Möglichkeiten eröffnen.

In den letzten Jahren hat Georgien der Durchführung seines Individuellen Partnerschaftsprogramms mit der NATO und der Teilnahme am Planungs- und Überprüfungsprozess, dem es 1999 beitrug, besondere Bedeutung beigemessen. Bisher hat Georgien 29 Partnerschaftsziele akzeptiert, auf deren Erreichung es nun hinarbeitet. Wir waren auch Gastgeber einer beträchtlichen Zahl von EAPR-Aktivitäten. Dazu zählen ein regionaler Lehrgang über zivile Notfallplanung und die zivil-militärische Zusammenarbeit (Mai 1997); das erste EAPR-Seminar über praktische regionale Sicherheitszusammenarbeit (Oktober 1998); die Tagung der Rüstungsgruppe 9 der Landstreitkräfte von NATO-Ländern und Partnerstaaten (Oktober 1998); eine weitere EAPR-Arbeitsstagung über *Wirtschaftliche Aspekte der Aufstellung des Verteidigungsetats für Volkswirtschaften im Übergangsstadium* (Juni 2000), eine Tagung der Beratungsgruppe für Biowissenschaften und -technologie im Rahmen des NATO-Wissenschaftsprogramms (Mai 2001) und eine Tagung des NATO-Wissenschaftsausschusses (Oktober 2001).

Die regionale Sicherheitszusammenarbeit im Kaukasus ist ein Arbeitsbereich des EAPR, den Georgien stets unterstützt hat und nachdrücklich fördert, damit sowohl Georgien als auch die Region insgesamt ihr Potential voll ausschöpfen können. Da im Grundlegendokument des EAPR die Möglichkeit der Einrichtung regionaler Sondergruppen vorgesehen ist, hat Georgien die Bildung einer Sonderarbeitsgruppe für den Kaukasus vorgeschlagen. Die Initiative wurde sowohl von Armenien und Aserbaidschan als auch von anderen EAPR-Mitgliedern unterstützt und führte zur Bildung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe des EAPR zu den Aussichten für die regionale Zusammenarbeit im Kaukasus (Arbeitsgruppe). Diese Arbeitsgruppe trat im August 1999 zu einer Tagung zusammen, um die Möglichkeiten für die praktische regionale Zusammenarbeit in der Region auszuloten, wobei sie sich auf die Vorarbeit stützen konnte, die bereits 1997 im Rahmen informeller Gespräche geleistet worden war. Sie empfahl eine Reihe von Aktivitäten in folgenden Schwerpunktbereichen: wirtschaftliche Aspekte des Verteidigungssektors, zivile Notfallplanung, Zusammenarbeit bei sicherheitsrelevanten Wissenschafts- und Umweltfragen, Information und Öffentlichkeitsarbeit. Die Arbeitsgruppe kam im letzten Jahr erneut zusammen, um eine Bilanz der in diesen Bereichen geleisteten Arbeit zu ziehen und weitere Möglichkeiten für die künftige Zusammenarbeit zu prüfen.

Im Laufe der letzten zehn Jahre haben sowohl Georgien als auch die NATO einen weiten Weg zurückgelegt. Durch das Engagement im EAPR und durch die Ausweitung seiner bilateralen Beziehungen zu NATO-Mitgliedern von zentraler Bedeutung konnte Georgien eine Annäherung an das Bündnis erreichen und sich dem euro-atlantischen Integrationsprozess anschließen. Es steht außer Zweifel, dass die Beziehungen Georgiens zur NATO bereits zahlreiche Früchte getragen haben, aber die Partnerschaft ist durchaus noch ausbaufähig. ■

# Die NATO im Jahr 2011

*Michael Rühle schaut in seine Kristallkugel und beschreibt, wie die NATO und das euro-atlantische Sicherheitsumfeld wohl in zehn Jahren aussehen könnten.*

**E**in bekannter norwegischer Friedensforscher veröffentlichte 1984 eine Liste mit den seiner Meinung nach sichersten Staaten Europas. Dass er die Schweiz an erster Stelle nannte, überraschte kaum jemanden. Die Zuweisung des zweiten und dritten Platzes schien allerdings auch damals schon seltsam: Albanien und Jugoslawien. Seine Begründung war ebenso einfach wie beunruhigend. Da es zweifellos zu einem Krieg zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt kommen würde, hätten die Staaten mit der größten Distanz zu den „militärischen Blöcken“ die besten Zukunftsaussichten.

Man könnte versucht sein, diese unglückliche Analyse als typisches Produkt ihrer Zeit (Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts) abzutun. Den düsteren Zukunftsprognosen für die NATO erging es allerdings kaum besser als den zitierten Vorhersagen zum Balkan. Die derzeitige Vorrangstellung der NATO im euro-atlantischen Sicherheitsumfeld mag zwar etwas anderes nahe legen, aber noch vor zehn Jahren schien die NATO einer traurigen Zukunft entgegenzugehen. Anfang der 90er Jahre stellten sogar überzeugte Atlantiker die Zukunft einer Organisation in Frage, die ihre Aufgabe anscheinend erfüllt hatte. Wäre damals also vorhergesagt worden, dass die NATO drei ehemalige Mitglieder des Warschauer Paktes aufnehmen und eine langwierige Luftoperation auf dem Balkan durchführen würde, so hätte man darauf wahrscheinlich mit ungläubigem Staunen oder sogar Gelächter reagiert.

Spekulationen über die Zukunft sind nach wie vor ein gewagtes Unternehmen, aber sie sind trotzdem nützlich. Auch wenn nicht jede Vorhersage in Erfüllung gehen wird, erleichtert schon der Versuch einer Zukunftsprognose die Konzentration auf das Wesentliche. Zukunftsprognosen erzwingen ein Nachdenken über die „bevorzugte Zukunft“, über die zu deren Erreichung erforderlichen Mittel und über die möglichen Störfaktoren.

In einem derart formbaren Sicherheitsumfeld wie dem, das nach dem Kalten Krieg im heutigen Europa entstanden ist, scheint dieser Ansatz besonders zweckmä-

ßig zu sein. Unter den sich wandelnden Rahmenbedingungen üben Organisationen wie die NATO einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des euro-atlantischen Sicherheitsumfelds aus. Anders gesagt, die verschiedenen Organisationen bestimmen inzwischen die Tagesordnung. Sie ermöglichen nicht nur kollektive Maßnahmen als Reaktion auf eine Krise, sondern fördern auch neue Sicherheitsbeziehungen und befassen sich so mit Fragen der allgemeinen Stabilität und sogar der langfristigen politischen Ordnung Europas.

Die folgende Analyse der Möglichkeiten des Bündnisses zur Gestaltung des euro-atlantischen Sicherheitsumfelds der nächsten zehn Jahre lässt sich in drei Abschnitte einteilen. Zunächst wird ein günstiges Szenario für 2011 skizziert, darauf folgen einige wesentliche Bedingungen und Faktoren, die damit zusammenhängen, und schließlich werden einige Vorschläge dazu unterbreitet, was die NATO *jetzt* tun muss, damit dieses günstige Szenario Wirklichkeit werden kann.

## Ein günstiges Szenario für das Jahr 2011

Das offensichtlichste Merkmal der „NATO 2011“ besteht vielleicht darin, dass sie größer sein wird. Nach mehreren Erweiterungsrunden wird das Bündnis mindestens 25 Mitglieder umfassen. Es wird daher immer noch mehr Mitglieder haben als die sich ebenfalls erweiternde Europäische Union. Trotzdem werden unverändert genügend viele Mitglieder in beiden Organisationen gleichzeitig vertreten sein, um die Fortsetzung der institutionellen Annäherung zwischen ihnen zu ermöglichen. Befürchtungen, denen zufolge der Beschlussfassungsprozess der NATO durch die steigende Zahl der Bündnismitglieder über Gebühr belastet werden können, werden dann nicht mehr laut werden.

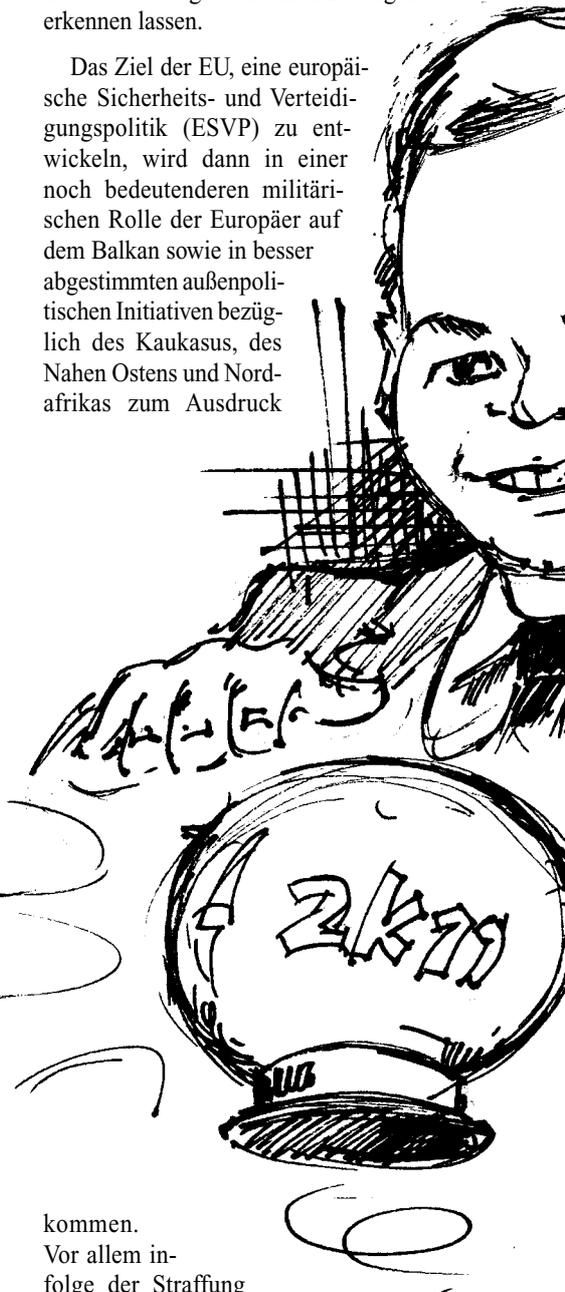
---

*Michael Rühle ist Referatsleiter (Politische Planung und Ausarbeiten von Reden) in der NATO-Abteilung für politische Angelegenheiten.*

---

Die politische und militärische Sonderrolle der Vereinigten Staaten im euro-atlantischen Sicherheitsumfeld wird bestehen bleiben und weiterhin dazu beitragen, dass die Bündnispartner eine grundsätzliche Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen erkennen lassen.

Das Ziel der EU, eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu entwickeln, wird dann in einer noch bedeutenderen militärischen Rolle der Europäer auf dem Balkan sowie in besser abgestimmten außenpolitischen Initiativen bezüglich des Kaukasus, des Nahen Ostens und Nordafrikas zum Ausdruck



kommen. Vor allem infolge der Straffung der Beschaffungsverfahren und der Zusammenlegung militärischer Güter der Europäer werden die EU-Staaten bei der Verbesserung ihrer Verteidigungsfähigkeiten Fortschritte gemacht haben. Al-

lerdings werden unverändert Defizite bei den für schwerwiegende Konflikte entscheidenden Fähigkeiten zu verzeichnen sein, was die Beibehaltung enger Verbindungen zwischen der EU und der NATO erforderlich machen wird.

Die Beziehungen zwischen der EU und der NATO werden dann weit über ESVP-Fragen hinausgehen und regelmäßige Konsultationen zu Südosteuropa, zum Mittelmeerraum, zu Russland, zum Terrorismus und insbesondere zur Verhütung von Krisen umfassen.

Regelmäßig werden koordinierte EU/NATO-Ministertagungen abgehalten werden, die das Streben Europas und Nordamerikas nach unverminderter



institutioneller und politischer Kohärenz hervorheben werden.

Die NATO wird immer noch Truppen auf dem Balkan haben, aber der Umfang ihrer militärischen Präsenz wird wegen der politischen und wirtschaftlichen Fortschritte der Region sehr viel geringer sein. Bosnien und Herzegowina sowie Jugoslawien werden dann schon lange der Partnerschaft für den Frie-

den beigetreten sein und beide offiziell die NATO-Mitgliedschaft beantragt haben.

Angesichts der stetig zunehmenden Bedeutung von Proliferationsgefahren werden die NATO-Partner eine koordinierte Politik erarbeitet haben, um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen durch diplomatische und wirtschaftliche Mittel zu verhindern. Die Vereinigten Staaten werden die ersten Komponenten eines Verteidigungssystems gegen strategische Flugkörper stationiert haben. Mehrere europäische NATO-Partner werden im Rahmen ihrer Streitkräfte über taktische Raketenabwehrsysteme verfügen. Dieses neue Verhältnis zwischen Abschreckung und Verteidigung wird dann auch in der militärischen Strategie der NATO zum Ausdruck kommen, die durch Optionen zur Bekämpfung der Proliferation sowie durch eine stärkere Betonung aktiver Verteidigungs- und Antiterrormaßnahmen gekennzeichnet sein wird.

Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat (EAPR) wird förmliche Beziehungen zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterhalten und sich zu einer Leitstelle der gesamteuropäischen Katastrophenhilfe entwickelt haben. Der Meinungsaustausch zu Terrorismusfragen wird intensiviert worden sein. Zudem wird der EAPR als Förderer der regionalen Zusammenarbeit im Kaukasus und in Zentralasien eine Rolle spielen, wo er eine Rahmenstruktur für die Behandlung von Fragen der Grenzkontrolle und der Sicherheit der Energieversorgung bieten wird.

Die Pfp wird sich zum Dreh- und Angelpunkt einer gesamteuropäischen militärischen Zusammenarbeit weiterentwickelt haben und gemeinsam mit dem EAPR dazu dienen, Partnerstaaten, insbesondere die immer noch nicht der NATO beigetretenen EU-Mitglieder, eng mit der NATO zu verbinden. Die Pfp wird das gesamte Spektrum der militärischen Zusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedern und Partnerstaaten umfassen, u.a. auch Fragen der Verteidigungsplanung und der Militärreform. Sie wird sich durch gezielte Programme der Sicherheitszusammenarbeit, vertrauensbildende Maßnahmen, präventive Dislozierungen und Konsultationsmechanismen stärker auf die regionale Zusammenarbeit und die Verhütung von Krisen konzentrieren.

Auch wenn wiederholte Beitrittsangebote des Bündnisses an Russland noch keine Früchte getragen haben werden, wird es zu einer wesentlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen der NATO und Russland kommen, die sozusagen auf eine Assoziierung hinauslaufen. Im Rahmen des NATO-Beitritts der baltischen Staaten wird eine zufriedenstellende Lösung für Kaliningrad (Königsberg), die russische Enklave zwischen Litauen und Polen, gefunden worden sein. Der Dialog wird dann das gesamte Spektrum der 1997 in der Grundakte NATO-Russland genannten Fragen umfassen, darunter z.B. Nichtverbreitung, Militärreform und zivile Notfallplanung. Die Beziehungen werden auch über die Balkanproblematik hinaus durch eine ernsthafte militärische Zusammenarbeit gekennzeichnet sein, was u.a. durch den Versuch deutlich werden wird, eine gemeinsame Friedensbrigade der NATO und Russlands aufzustellen. Ferner werden sich die Beziehungen auf die Rüstungszusammenarbeit erstrecken, z.B. im Bereich der taktischen Raketenabwehr.

Die Beziehungen der NATO zu den Vereinten Nationen werden sowohl institutionell als auch konzeptionell konsolidiert worden sein. Auf institutioneller Ebene wird ein ständiges Verbindungsbüro am VN-Sitz die Rolle der NATO als einer für die europäische Krisenbewältigung entscheidenden Organisation hervorheben, und im konzeptionellen Bereich werden die Balkanerfahrungen der NATO einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen der VN um eine Reform ihrer Strategie für Friedensmissionen leisten.

Die zunehmende strategische Bedeutung des südlichen Mittelmeerraums wird der stiefmütterlichen Behandlung des Mittelmeerdialogs im Rahmen der Öffnungsaktivitäten der NATO ein Ende bereiten. Der Mittelmeerdialog wird sich dann ähnlich der Pfp weiterentwickelt haben, vor allem im Bereich der Krisenbewältigung eine ernsthafte militärische Zusammenarbeit umfassen und sich insbesondere auf Fragen der Nichtverbreitung konzentrieren. Vor dem Hintergrund des wachsenden Gewichts des asiatisch-pazifischen Raums wird an die Stelle der halbjährlichen Japan/NATO-Konferenzen ein umfassenderer Asien/NATO-Dialog getreten sein, dem der Mittelmeerdialog als Vorbild dienen wird.

Dies ist zweifellos ein günstiges Szenario, das der NATO eine bedeutende, wenn

auch keineswegs einzigartige Rolle bei der Bewältigung des Wandels zubilligt. Der wesentliche Unterschied zwischen 2011 und 2001 wird darin bestehen, dass sich die Ad-hoc-Beziehungen zwischen wichtigen Organisationen, die auf dem Balkan der Not gehorchend hergestellt wurden, zu einer starken formalen Bindung entwickelt haben werden, was einer umfassenden Strategie zur Bewältigung und – hoffentlich – Verhütung von Krisen förderlich sein wird. Die internen NATO-Anpassungsmaßnahmen nach dem Ende des Kalten Krieges, die Ende der 90er Jahre weitgehend abgeschlossen waren, werden entsprechend den nach der Jahrtausendwende eingetretenen neuen Herausforderungen durch einige zusätzliche Mechanismen erweitert worden sein.

### Wesentliche Bedingungen

Analytisch wäre es bestenfalls fragwürdig und im schlechtesten Fall geradezu sinnlos, ein günstiges Zukunftsszenario zu entwerfen, ohne zumindest die wichtigsten Voraussetzungen für dessen Verwirklichung zu erörtern. Die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit dieses günstige Szenario Wirklichkeit werden kann, sagen sogar ebenso viel über den vor uns liegenden Weg aus wie das Szenario selbst.

Die *positive Entwicklung Russlands* wird natürlich eine entscheidende Bedingung für ein günstiges Szenario sein. Sollte das russische Demokratieexperiment scheitern oder der russische Staat an sich durch politische und wirtschaftliche Zersplitterungstendenzen gefährdet sein, so wäre die vorstehend skizzierte bevorzugte Zukunft nicht erreichbar. Ein im Niedergang begriffenes Russland muss zwar nicht unweigerlich zu einem neuen Kalten Krieg führen, aber ein krisengeschütteltes Russland würde die Entwicklung aller euro-atlantischen Institutionen schwerwiegend beeinträchtigen.

Eine weitere Voraussetzung ist die *Kohärenz der Erweiterungsprozesse* der EU und der NATO, der zentralen Akteure auf der institutionellen Bühne Europas. Falls die Erweiterung einer oder beider Organisationen ins Stocken geriete und die Mitgliederkreise immer größere Unterschiede aufwiesen, würden die Chancen für die Entwicklung in sich schlüssiger und wirksamer politischer Maßnahmen, deren Potential auf dem Balkan gerade erst deutlich wurde, ebenfalls beeinträchtigt werden.

Die Erarbeitung einer tragfähigen *europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik* ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Behält die ESVP ihre derzeit proatlantische Grundausrichtung, könnte in ihrem Rahmen zumindest einigen der amerikanischen Forderungen nach Lastenteilung Rechnung getragen werden. Sollte sich die ESVP jedoch zu einem Instrument der EU-Selbstbehauptung oder gar zu einem „Gegenpol“ zu unilateralistisch eingestellten Vereinigten Staaten entwickeln, so wäre sie in der Bilanz der transatlantischen Beziehungen eher ein Minus als ein Plus.

Das *weitere Interesse der Vereinigten Staaten an Europa* wird ebenfalls von entscheidender Bedeutung sein. Bleibt das amerikanische Interesse an der Sicherheit Europas stark, so lassen sich mögliche Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der transatlantischen Beziehungen, wie z.B. eine stärkere Rolle der EU im Sicherheitsbereich oder eine deutlichere Konzentration der Vereinigten Staaten auf Asien, ohne eine Gefährdung der transatlantischen Bindung erreichen. Sollte das amerikanische Interesse an Europa wegen einer Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen oder aufgrund anderer wichtiger globaler Interessen der Vereinigten Staaten jedoch abnehmen, so wäre die NATO der Führungsmacht beraubt, die sie braucht, wenn sie ein wirksames Instrument des Wandels bleiben will.

Eine weitere Voraussetzung für ein günstiges Szenario wird in der *Bewältigung militärtechnologischer Entwicklungen* bestehen. Ein Raketenabwehrsystem könnte beispielsweise einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Proliferation leisten und sollte daher ein fester Bestandteil der „NATO 2011“ sein. Bei einer falschen politischen Handhabung dieser Frage könnte die Raketenabwehr allerdings auch den Gleichschritt zwischen Europa und den Vereinigten Staaten stören. Sollte die transatlantische technologische Kluft noch größer werden, so würde dies die Bedeutung der europäischen Bündnispartner für die Vereinigten Staaten verringern und der Debatte über die Lastenteilung neue Nahrung geben. Zudem könnten dadurch unilateralistische Tendenzen in den Vereinigten Staaten verstärkt werden, was wiederum den Unmut der Europäer vergrößern würde.

*Ausreichende Ressourcen* sind ebenfalls eine Voraussetzung für ein optimisti-

sches Szenario für das Jahr 2011. Die Bereitstellung nur unzureichender Mittel für die Verteidigung würde die potentiellen Sicherheitsfunktionen der EU und der NATO begrenzen und das günstige Zukunftsszenario behindern. Vor dem Hintergrund einer verschärften Lastenteilungsdebatte könnte eine unzureichende Mittelausstattung von Programmen wie der EU-Planzielinitiative oder der NATO-Initiative zur Verteidigungsfähigkeit politische Auswirkungen haben, die weit über den unmittelbaren militärischen Wert dieser Programme hinausgehen. Gleichermassen könnte eine Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie und/oder ein restriktiver amerikanischer Kurs bezüglich der industriellen Rüstungszusammenarbeit zu einer „Festung Europa“ und einer „Festung Amerika“ führen, was den transatlantischen Beziehungen ersten Schaden zufügen würde.

Schließlich ist die Entwicklung von *Gefahren und Bedrohungen* innerhalb und außerhalb Europas zu nennen. Hierbei handelt es sich natürlich um die bedeutendste Variable mit den potentiell weitreichendsten Folgen, wie am 11. September durch die Terroranschläge auf New York und Washington nur allzu deutlich wurde. In der Annahme, dass sich die Sicherheitslage in Europa und dessen Umgebung weiterhin günstig entwickelt, könnten einige amerikanische Isolationisten wie auch einige „Europhile“ zu der Meinung neigen, das militärische Engagement der Vereinigten Staaten in Europa sei nicht mehr erforderlich. Daraus sollte man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass die NATO nur in einem instabilen Umfeld gedeihen kann. Im Gegenteil, Meinungsverschiedenheiten der NATO-Partner in der Frage, wie beispielsweise einem weiteren Krieg auf dem Balkan zu begegnen sei, könnten zu einer strategischen Neuausrichtung der Bündnisstaaten führen und die NATO sogar so schwächen, dass jeder Rettungsversuch sinnlos wäre. Die Gestaltung der europäischen Sicherheit mit friedlichen Mitteln ist zweifellos weiterhin die bevorzugte Option der NATO.

### Was die NATO jetzt tun muss, damit das günstige Szenario Wirklichkeit wird

**Am Ball bleiben:** Die derzeitige europäische Sicherheitsarchitektur ist bei weitem nicht perfekt, aber sie weist ein ausgeprägtes kooperatives Moment auf, das

verbrecherischem Verhalten oder der rücksichtslosen Verfolgung nationaler Interessen automatisch zahlreiche Hindernisse in den Weg stellt. Würde die NATO aufgelöst, so entstünde dagegen in manchen Staaten die Furcht vor einer Marginalisierung. Dies könnte in ganz Europa das Gefühl der Unsicherheit verstärken und zu einer Politik führen, welche die positive Entwicklung der letzten zehn Jahre wieder rückgängig machen würde. Der NATO sind zwar deutliche Grenzen gesetzt, aber auf absehbare Zeit gibt es zu ihr keine tragfähige institutionelle Alternative.

**Kurs halten:** Ob es um die Erweiterung der NATO, um die Einbindung Russlands, die ESVP oder um den Balkan geht, eine grundlegende politische Kursänderung ist derzeit nicht erforderlich. Würde das derzeitige Programm der NATO uneingeschränkt in die Praxis umgesetzt, so ließe sich sogar – wie der NATO-freundliche Leser vielleicht schon ahnt – mit einer oder zwei Initiativen mehr das vorstehend skizzierte günstige Szenario im Wesentlichen verwirklichen. Eine plötzliche Kehrtwendung in Bezug auf eine dieser Fragen würde lediglich zu einer Neuauflage der Auseinandersetzungen führen, die für die Mitte der 90er Jahre kennzeichnend waren. Die NATO wird auch in Zukunft als Reaktion auf eine sich ändernde Sicherheitslage immer wieder neue Mechanismen entwickeln und nicht zuletzt auch ihre Koordinierungsmaßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus intensivieren, aber die grundlegenden Parameter liegen fest.

**Grundsätzliche Fragen klären:** Die hysterischen Zwischentöne in der derzeitigen transatlantischen Debatte mögen manchmal etwas anderes nahe legen, aber eine transatlantische Scheidung aufgrund „unvereinbarer Gegensätze“ im Zusammenhang mit Treibhausgasen und genetisch modifizierten Lebensmitteln ist nicht in Sicht. Betrachtet man die Grundlagen der transatlantischen Sicherheit, so erscheinen die Dinge nämlich wieder im richtigen Maßstab. Diese Grundlagen zeigen z.B., dass die Vereinigten Staaten den Europäern ebenso wenig eine eigene Sicherheitspolitik verweigern werden, wie Europa den Vereinigten Staaten eine Politik der strategischen Verwundbarkeit aufzwingen wird, indem es sich der Entwicklung eines Systems der Raketenabwehr in den Weg stellt. Sie lassen auch erkennen, dass die NATO den Balkan unwiderruflich zu ihrer Aufga-

be gemacht hat und dass man der Versuchung, sich aus allem zurückzuziehen, widerstehen muss, weil es sonst nur zu einer Wiederbelebung der transatlantischen Unstimmigkeiten der ersten Hälfte der 90er Jahre kommen würde. Schließlich machen sie auch deutlich, dass Europa und Nordamerika durch zahlreiche andere gemeinsame strategische Interessen miteinander verbunden sind; dazu zählen die Verhinderung der Proliferation, die Bekämpfung des Terrorismus, die Aufrechterhaltung offener Märkte. Die weitere Verfolgung dieser Interessen wird auch eine Fortführung der transatlantischen Zusammenarbeit erfordern. Wie der NATO-Beschluss zur Inkraftsetzung der kollektiven Verteidigungspflichtung als Reaktion auf die Terroranschläge in New York und Washington erneut zeigte, hat die NATO einen zu hohen strategischen Wert, als dass man sie durch Streitereien über taktische Fragen schwächen dürfte.

Der Tenor des vorliegenden Beitrags lautet, dass die NATO einen Prozess des Wandels durchmacht. Im Vergleich zum heutigen Bündnis wird die „NATO 2011“ größer, etwas „europäischer“ und vielleicht in ihrer strategischen Ausrichtung etwas „südlicher“ sein. Die Entwicklung des Bündnisses wird darüber hinaus in zunehmendem Maße von äußeren Faktoren – auf dem Balkan, in der EU, im Mittelmeerraum und in Russland – abhängig sein. Kein Aspekt dieses Wandels würde die „NATO 2011“ jedoch der grundlegenden Kennzeichen berauben, die ihr sowohl ihren Wert als auch ihre Beständigkeit verliehen haben und zu denen insbesondere ihre starke transatlantische Dimension wie auch ihr einzigartiges militärisches Potential zählen. Marlene Dietrich hat einmal gesagt, dass die meisten Frauen versuchen, einen Mann zu ändern, und ihn dann, wenn sie es geschafft haben, nicht mehr leiden können. Im Gegensatz dazu dürfte die „NATO 2011“ trotz zahlreicher Veränderungen ein Bündnis bleiben, an dem die NATO-Mitglieder und ihre Partnerstaaten festhalten und das sie weiterhin sehr schätzen werden.

\* \* \*

Der vorliegende Beitrag beruht auf einem Vortrag, den Michael Rühle regelmäßig an der NATO-Schule in Oberammergau hält. Der Verfasser spricht Rad van den Akker, James Appathurai und Nick Williams für ihre Kommentare und Anregungen seinen Dank aus. ■

## Partnerschafts- konferenz



Anlässlich des zehnten Jahrestags der Gründung des Nordatlantischen Kooperationsrats veranstaltete die NATO eine internationale Konferenz, auf der ein Jahrzehnt der stetigen Vertiefung der Beziehungen zwischen Bündnismitgliedern und Partnerstaaten feierlich gewürdigt wurde.

Die Konferenz *Zehn Jahre Partnerschaft und Zusammenarbeit* fand am 26. Oktober in der NATO-Zentrale statt, und an ihr nahmen Vertreter aller 46 Mitgliedstaaten des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR) teil.

Die Konferenz befasste sich mit den Meilensteinen auf dem Weg zur NATO-Partnerschaftsstrategie sowie mit deren bisherigen Erfolgen; erörtert wurden auch die künftige Entwicklung der Beziehungen zwischen Bündnismitgliedern und Partnerstaaten sowie verschiedene Zukunftsperspektiven des EAPR.

NATO-Generalsekretär Lord Robertson sprach als Hauptredner zum Thema Partnerschaft und Zusammenarbeit. Seine Rede und die Ansprachen anderer bedeutender Redner wurden direkt über Internet verbreitet.

Der Presse- und Informationsdienst der NATO gab zudem anlässlich der Konferenz eine 20-seitige Sonderbrochure mit dem Titel *Partnership in Action* heraus, die einen Rückblick auf die Anfänge und die Entwicklung des Partnerschaftskonzepts bietet sowie die Praxis der Partnerschaft erläutert.



Weitere Informationen zur Konferenz, zur Internet-Sendung und zur Broschüre *Partnership in Action* s. [www.NATO.int](http://www.NATO.int).

## KONTROLLMESSUNGEN ZUR ERMITTLUNG DER RADIOAKTIVEN VERSEUCHUNG KASACHSTANS

Zwischen 1949 und 1989 wurden bei Semipalatinsk (Kasachstan) auf dem wichtigsten Atomtestgelände der ehemaligen Sowjetunion insgesamt 456 Kernversuche durchgeführt, bevor es 1991 per Dekret des Präsidenten geschlossen wurde. In den darauf folgenden Jahren blieb das Gelände trotz der Besorgnis wegen des Grads der radioaktiven Verseuchung und der möglichen Folgen für die örtliche Bevölkerung sowie für Flora und Fauna weitgehend sich selbst überlassen. Jetzt haben Wissenschaftler jedoch im Rahmen eines von der NATO geförderten Projekts mit systematischen Messungen zur Ermittlung der radioaktiven Verseuchung des Geländes begonnen.

Dieses Projekt, ein Gemeinschaftsprojekt kasachischer und britischer Wissenschaftler, zielt darauf ab, auf etwa 600 km<sup>2</sup> des insgesamt 22 000 km<sup>2</sup> großen Geländes (das entspricht etwa der Fläche von Wales) den Grad der radioaktiven Verseuchung festzustellen. Beteiligt sind Wissenschaftler der Universität Middlesex in London, der Nationalen Al-Farabi-Universität Kasachstans in Alma-Ata, des Instituts für Strahlensicherheit und Ökologie in Kurchatow sowie des Instituts für Kernphysik in Alma-Ata. Unterstützt wird das Projekt auch von Experten des University College Dublin in Irland.

Die NATO beteiligte sich an dem Projekt, nachdem die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) 1997 eine Reihe von Versuchen durchgeführt hatte, denen zufolge das Gelände nachweislich „für bestimmte Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen ein ernstes Gesundheitsrisiko“ darstellt. Die IAEO empfahl weitere Kontrollmessungen, und in einer Resolution der Vereinten Nationen vom Dezember 1997 wurde nachdrücklich zu gemeinsamen internationalen Maßnahmen „zur Finanzierung einer vertretbaren Lösung der ökologischen Probleme auf

dem Versuchsgelände bei Semipalatinsk“ aufgerufen. Im Anschluss an eine 1998 in Tokio veranstaltete Geberkonferenz beschloss die NATO dann, 20,5 Mill. bfr (ca. US \$ 500 000) zur Finanzierung einer dreijährigen Studie bereitzustellen, die 1999 eingeleitet wurde.

Die Projektleitung übernahm Nicholas Priest, Professor für ökologische Toxikologie an der Universität Middlesex, gemeinsam mit Muchambetcali Burkitbajew, dem Leiter des Fachbereichs Anorganische Chemie der Nationalen Al-Farabi-

bar waren. Es liegt in der Nähe der Degelebenberge, wo 239 unterirdische Atomtests durchgeführt wurden, und war der Standort zweier Experimente zur Erforschung von Möglichkeiten zum Bau von Kanälen und zur Umleitung von Flüssen mit Hilfe nuklearer Sprengstoffe. Es liegt auch in der Nähe eines anderen Testgeländes namens Balapan, wo in vertikalen unterirdischen Schächten mehr als 100 Kernexplosionen vorgenommen wurden.

Mit dem Semipalatinsk-Projekt will man in dem gesamten 600 km<sup>2</sup> großen Gebiet den Grad der Verseuchung messen und feststellen, welche Flächen sofort als Siedlungsgebiet geeignet sind, welche nach einem Minimum an Sanierungsmaßnahmen besiedelt werden könnten und welche auf Dauer für Menschen gesperrt werden sollten. Darüber hinaus untersucht

man die Folgen der beiden Experimente zum Bau von Kanälen und zur Umleitung von Flüssen. Ferner messen drei kasachische Doktoranden die Plutoniumwerte von Anwohnern bzw. im Wasser und untersuchen, wie groß die Gefahr einer Verseuchung der umliegenden Gebiete durch Plutonium in der Luft ist. Die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen kommen direkt einem zweiten Projekt zugute, das sich mit Fragen der Flächennutzung befasst und vom britischen Ministerium für internationale Entwicklung finanziert wird.

Das Semipalatinsk-Projekt zählt zu den größten der insgesamt 97 Projekte, die derzeit vom NATO-Programm „Wissenschaft für den Frieden“ gefördert werden. Dieses Programm, das 1997 in die Wege geleitet wurde und jetzt einen Jahreshaushalt von mehr als US \$ 5 Mill. verwaltet, beruht auf der grundlegenden Erkenntnis, dass Wissenschaft und Technologie für die Sicherheit aller Staaten von entscheidender Bedeutung sind. Voraussetzung für die Zuteilung von NATO-Mitteln für wissenschaftliche Forschungsprojekte ist die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern aus NATO-Ländern und Partnerstaaten. Nach der Ausschreibung des letzten Jahres gingen 850 Anträge ein, und am Ende werden dann neben den laufenden Projekten 45 bis 50 weitere Projekte unterstützt werden. ■

© SIF-Semirad



Messung der Radioaktivität

Universität Kasachstans. Sie wählten für ihre Studie das 600 km<sup>2</sup> große Forschungsgebiet, weil darin Süßwasservorkommen zu finden sind, die elektrische Versorgung sichergestellt ist, das Gebiet früher als Weideland und für die Heugewinnung genutzt wurde sowie an das Dorf Sarschal mit seinen etwa 2 000 Einwohnern angrenzt. „Bevor die NATO unsere Untersuchungen finanzierte, wurde die radioaktive Verseuchung nur mit Ad-hoc-Maßnahmen und in begrenztem Umfang kontrolliert“, erklärte Professor Priest.

Das für die Studie gewählte Gebiet ist von besonderer Bedeutung, weil 1953 die Auswirkungen einer überirdischen Wasserstoffbombenexplosion bis dorthin bemerk-

## ERLEICHTERUNG DES ÜBERGANGS ZUM ZIVILEN LEBEN

**E**in von der NATO mitfinanziertes innovatives Programm hilft kürzlich entlassenen bzw. bald aus dem Dienst ausscheidenden Offizieren in Bulgarien und Rumänien, eine Arbeitsstelle zu finden und sich außerhalb der Streitkräfte eine neue Existenz aufzubauen; in nächster Zeit wird dieses Programm erweitert und auch in Kroatien sowie möglicherweise in Albanien durchgeführt.

Das Programm, das im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa konzipiert wurde, führt Institutionen und Organisationen, die traditionell nicht zusammengearbeitet haben, wie z.B. die NATO und die Weltbank, mit dem Ziel zusammen, einen Beitrag zur Bewältigung der tiefgreifenden sozialen Probleme sowie zur langfristigen Stabilisierung Südosteuropas zu leisten. Insgesamt wird es etwa 60 000 Offizieren – je 20 000 in Bulgarien, Rumänien und Kroatien – zugute kommen, und Tausende mehr könnten davon profitieren, wenn das Programm auf weitere Staaten der Region ausgedehnt wird.

„Sowohl die NATO als auch die Weltbank tun, was sie jeweils am besten können“, erklärt Chuck Parker, der Koordinator der Südosteuropa-Initiative der NATO. „Die NATO hilft den Partnerstaaten beim Abbau der Streitkräfte, und die Weltbank gewährt einen Teil der Darlehen zur Finanzierung der Reformen und zur Eingliederung ehemaliger Soldaten in den zivilen Sektor.“

Gemeinsam mit Kollegen der Weltbank, des Stabilitätspakts und der zuständigen bulgarischen und rumänischen Ministerien trug Chuck Parker als ehemaliger Oberst des amerikanischen Heeres zur Konzeption und Entwicklung des Programms bei. „Die NATO und die Weltbank sind nicht von Natur aus gute Partner, aber dank des durch den Stabilitätspakt gegebenen Rahmens konnten wir uns zusammenschließen, und die daraus resultierenden Synergieeffekte führen nun zu konkreten Ergebnissen, die für jedermann klar auf der Hand liegen“, führt er aus.

Nach ersten Gesprächen in den Monaten nach der Vereinbarung des Stabilitätspakts (Juli 1999) entsandte die NATO im

Februar und März 2000 Abordnungen mit amerikanischen, deutschen, französischen und niederländischen Experten nach Bulgarien und Rumänien, wo sie dazu beitrugen, die jeweiligen Programme zu entwerfen. Diese Unterstützung war in Verbindung mit der als Folgemaßnahme gedachten Überwachung der Programmdurchführung durch die NATO einer der Gründe dafür, dass die Weltbank die nötigen Darlehen gewährte.

Im März dieses Jahres ließ Rumänien als Starthilfe für sein Programm von der Weltbank US \$ 500 000, und derzeit führt es Verhandlungen über einen weiteren

© NATO



Auf der Suche nach neuen Arbeitsstellen

Kredit in Höhe von 3 Mill. Dollar. Das rumänische Programm, das sich an einem Hilfsprogramm für arbeitslose Bergleute orientiert, wird vom Verteidigungsministerium verwaltet. In seinem Rahmen arbeiten mehrere Ministerien und sonstige staatliche Stellen zusammen und besuchen als ambulante Behörde militärische Stützpunkte, wo sie bald aus dem Dienst ausscheidenden Offizieren helfen, den Entlassungsschock zu überwinden, und sie über ihre Möglichkeiten im zivilen Leben informieren. Ende September war das Programm von etwa 2 000 ehemaligen Streitkräfteangehörigen in Anspruch genommen worden.

Bulgarien entschied sich gegen den angebotenen Kredit der Weltbank und bat stattdessen um eine Finanzierung durch Geberstaaten. Daraufhin stellte das Vereinigte Königreich Computer zur Verfügung, und die Niederlande, Norwegen sowie das Open Society Institute, die gemeinnützige Stiftung des Milliardärs und Philanthropen George Soros, steuerten nahezu \$ 500 000 als Starthilfe für das Programm bei. Die Finanzierung des gesamten Programms ist bis Ende dieses Jahres gesichert, und die Niederlande haben für 2002 die Finanzierung eines der vier regionalen Zentren zugesagt, so dass man sich nun um die restlichen erforderlichen Mittel für das nächste Jahr bemüht.

Das bulgarische Programm unterscheidet sich in manchen Punkten vom rumänischen. Es wird von einer nichtstaatlichen Organisation (Resource Centre) unter der Leitung eines ehemaligen bulgarischen Obersten verwaltet und hat vier regionale Zentren eingerichtet. Im Juli dieses Jahres hatten etwa 2 500 der ungefähr 3 000 entlassenen Offiziere eines der Zentren aufgesucht. Manche erhielten eine erste Unterstützung und bemühten sich dann selbst um eine neue Arbeitsstelle. Ca. 1 000 von ihnen ließen sich offiziell eintragen oder beantragten die Vermittlung einer Arbeitsstelle durch das Programm. Von diesen haben inzwischen 200 eine Stelle gefunden, und 400 bis 600 folgten den erhaltenen Hinweisen oder bereiteten sich auf Vorstellungsgespräche vor, die mit Hilfe des Programms in die Wege geleitet wurden.

Als das bulgarische und das rumänische Programm die ersten Früchte trugen, zeigten sich sowohl Albanien als auch Kroatien an ähnlichen Initiativen interessiert. Eine Abordnung aus Kroatien besuchte Rumänien, um zu erkunden, wie das Programm dort funktioniert, und um sich ein Bild von den erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen zu machen. Im März 2001 reiste eine Gruppe von NATO-Bediensteten nach Kroatien, um es im Hinblick auf die nächsten Schritte zu beraten.

Das bulgarische und das rumänische Programm sind Teil der Südosteuropa-Initiative der NATO, die 1999 im Anschluss an die Kosovo-Luftoperationen als Beitrag zur Stabilisierung Südosteuropas eingeleitet wurde. ■

# Martti Ahtisaari – internationaler Vermittler

*Im Juni 1999 konnte Martti Ahtisaari (damals Präsident Finnlands) den damaligen jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic dazu bewegen, die Bedingungen der NATO für die Beendigung der Kosovo-Luftoperationen zu akzeptieren. Seit seinem Ausscheiden aus dem Präsidentenamt im letzten Jahr ist Martti Ahtisaari dann als Vermittler weiterhin am internationalen politischen Geschehen beteiligt gewesen. Er ist Vorsitzender verschiedener nichtstaatlicher Konfliktverhütungsorganisationen, kontrollierte als unabhängiger Inspektor Waffenlager der IRA in Nordirland und hat zur Erleichterung seiner internationalen Aktivitäten eine entsprechende Vereinigung gegründet.*

**NATO BRIEF:** In den letzten zehn Jahren hat sich das euro-atlantische Sicherheitsumfeld nahezu bis zur Unkenntlichkeit verändert. Durch welche Gefahren wird unsere Sicherheit heute am meisten bedroht?

**Martti Ahtisaari:** Nach den tragischen Anschlägen in New York und Washington D.C. steht die Gefahr des Terrorismus und seine Bekämpfung natürlich überall hoch oben auf der Tagesordnung. Der Terrorismus ist wirklich ein gutes Beispiel für die neuen Sicherheitsgefahren, die ein noch immer weitgehend auf einzelnen Staaten beruhendes Sicherheitssystem ernsthaft in Frage stellen können. Viele der gravierendsten Gefahren unserer Zeit sind globaler Art. Neben dem Terrorismus zählen dazu Korruption, das organisierte Verbrechen, Drogenhandel und die Verbreitung von Handfeuerwaffen. Auf der anderen Seite sind die meisten heutigen Konflikte keine zwischenstaatlichen, sondern innerstaatliche Konflikte, die mit systematischen Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht einhergehen. Typisch für diese Konflikte ist u.a. der Zusammenbruch staatlicher Strukturen und die politische Mobilisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen entsprechend ihrer jeweiligen ethnischen oder religiösen Identität. Traditionelle Methoden zur Beilegung internationaler Streitigkeiten sind unter solchen Umständen nicht geeignet.

**NB:** Welche weiteren Maßnahmen könnte man treffen, um die Sicherheit des euro-atlantischen Raumes zu erhöhen? Wie sollten sich die NATO und andere internationale Organisationen weiterentwickeln, damit sie diesen neuen Aufgaben gerecht werden können?

**MA:** Insgesamt gesehen haben diese neuen Gefahren ein so großes Ausmaß angenommen, dass es für eine einzelne Regierung äußerst schwierig ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Diese Probleme lassen sich zweifellos nicht ohne eine effiziente internationale Zusammenarbeit lösen. Daher kommt es in erster Linie darauf an, die Kooperationsmethoden und den Informationsaustausch zu verbessern.



**NB:** Der Euro-Atlantische Partnerschaftsrat hat sich zu einem wichtigen Forum für den Dialog über Sicherheitsfragen entwickelt. Welche Entwicklung erwarten Sie für diese Institution in den nächsten Jahren?

**MA:** Der EAPR ist ein äußerst nützliches Forum für hochrangige politische Konsultationen und Gespräche zwischen Partnerstaaten und NATO-Mitgliedern. Nach den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten bestehen nun meiner Meinung nach noch größere Möglichkeiten für die Zusammenarbeit im Rahmen des EAPR. Dies ist sehr davon abhängig, wie man die Sache angeht, aber ich meine, der EAPR bietet große Chancen für die transatlantische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Russland.

**NB:** Sowohl die NATO als auch die EU ziehen derzeit ihre Erweiterung in Betracht. Welche Haltung vertreten Sie gegenüber der Erweiterungsfrage? Welche Probleme könnten sich in Ihren Augen ergeben? Und wie groß können diese Institutionen werden, ohne ihre Handlungsfähigkeit zu verlieren?

**MA:** Aus organisatorischer Sicht ist die Erweiterung der NATO leichter durchführbar. Im Hinblick auf die EU steht fest, dass wir zunächst einmal sowohl die Beschlussfassungsverfahren als auch die Institutionen selbst überprüfen müssen. Ich bin jedoch seit vielen Jahren ein Befürworter der EU-Erweiterung und sehe hier mehr Chancen als Probleme. Ich habe auch Verständnis für Staaten, die der NATO beitreten wollen, und bin der Meinung, dass alle Beitrittskandidaten im Grunde die gleichen Motive haben. In erster Linie wollen sie eine Atmosphäre des Friedens sicherstellen, in der sie demokratische Traditionen, die Achtung der Menschenrechte und die Rechtsstaatlichkeit fördern können. Die große Herausforderung für die derzeitigen Mitglieder wie auch für die beitragswilligen Staaten besteht nun darin, die nächsten Jahre so zu nutzen, dass der Erweiterungsprozess ein Erfolg wird.

**NB:** Sie wissen bestens über die Rolle Slobodan Milosevics während der Kriege im ehemaligen Jugoslawien Bescheid und kennen

ihn persönlich. Wie verhandelt ein Vermittler mit einem Politiker dieser Art?

**MA:** Ich begegnete Slobodan Milosevic zum ersten Mal, als ich in Genf auf der Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Bosnien und Herzegowina war. Mit einer Unterbrechung von wenigen Monaten arbeitete ich dort von Anfang August 1992 bis Oktober 1993. Ein Blick auf meinen Lebenslauf wird Ihnen jedoch zeigen, dass fast alle meine Gesprächspartner recht schwierige Persönlichkeiten waren. In Südafrika mussten wir beispielsweise vor dem Beginn des Demokratisierungsprozesses mit Personen verhandeln, die nicht besonders entgegenkommend waren. In vielerlei Hinsicht war dies eine gute Vorbereitung auf den Umgang mit Slobodan Milosevic. Man darf hier allerdings nicht vergessen, dass Viktor Tschernomyrdin und ich nicht mit Slobodan Milosevic verhandelten. Wir legten einfach einen Vorschlag vor, der ein Ende der Bombenangriffe erleichtern würde, sofern er die jugoslawische Regierung auf bestimmte Grundsätze verpflichten könnte, die wir damals in einem kurzen Papier erläuterten.

**NB:** Welche Bedeutung wird der Prozess gegen Slobodan Milosevic haben?

**MA:** Slobodan Milosevic wusste vor unserer Reise nach Belgrad, dass gegen ihn Anklage erhoben worden war und er nach Den Haag gehen sollte. Damals hat er aber daran wohl nicht einmal im Traum gedacht. So wurde diese Angelegenheit während unserer Gespräche überhaupt nicht erwähnt. Meiner Meinung nach ist es hier ganz allgemein wichtig, allen führenden Politikern durch dieses Verfahren und andere ähnliche Verfahren bewusst zu machen, dass sie ihrer gerechten Strafe nicht entgehen, wenn sie sich derartig schlimmer Vergehen wie in diesem Fall schuldig machen. Vielleicht ist dies sogar die beste Art der präventiven Diplomatie.

**NB:** Die NATO hat sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt für den Frieden in Südosteuropa eingesetzt. Machen die verschiedenen Friedensprozesse auf dem Balkan die erwarteten Fortschritte, oder sollte die internationale Staatengemeinschaft ihren Kurs ändern?

**MA:** Ich betrachte den Balkan immer vor dem Hintergrund dessen, was wir in anderen Teilen Europas gelernt haben. Nehmen wir z.B. die Vereinigung Deutschlands. Zum Zeitpunkt der Vereinigung meinten meine deutschen Freunde, dieser Prozess werde eine Generation dauern. Vor kurzem hörte ich jedoch während eines Deutschlandbesuchs von einigen Beobachtern, die mit diesen Fragen befasst sind, wir müssten sogar mit zwei Generationen rechnen. Hierbei geht es nämlich nicht nur um irgendwelche administrativen Lösungen, sondern auch um einen geistigen und psychischen Vorgang. Dauert dieser Prozess in Deutschland ein bis zwei Generationen, so dauert er auf dem Balkan auf jeden Fall länger. Solange die internationale Staatengemeinschaft dazu bereit ist, ihre Präsenz 10 bis 20 Jahre lang aufrechtzuerhalten, werden wir kurzfristige Ziele festlegen und den Prozess schrittweise weiterbringen können. Wir stehen jedoch vor einer enorm großen Aufgabe. Ich war vor kurzem in Sarajewo und erfuhr, dass laut Meinungsumfragen etwa 62 % der Bosnier zwischen 14 und 30 Jahren ihr Land verlassen wollen. Es ist also zweifellos noch viel zu tun. Nichtsdestotrotz haben wir schon viel erreicht und auch schon viel gelernt. Wir beginnen nun mit dem Aufbau funktionsfähiger Institutionen. Inzwischen werden regelmäßig Wahlen abgehalten. Die Bevölkerung lernt, demokratische Prozesse zu respektieren, und Einheimische übernehmen allmählich die Leitung der wichtigsten Einrichtungen. Das ist viel besser, als wenn die internationale Staatengemeinschaft den Friedensprozess leiten und die örtliche Bevölkerung nur kritisieren würde, was wir gerade tun.

tengemeinschaft den Friedensprozess leiten und die örtliche Bevölkerung nur kritisieren würde, was wir gerade tun.

**NB:** Die Völkergemeinschaft musste in den letzten zehn Jahren viele Milliarden Dollar in das ehemalige Jugoslawien investieren. Gibt es Ihrer Meinung nach wirksamere und früher anwendbare Methoden zur Bewältigung oder Verhütung von Konflikten?

**MA:** Die Erfahrungen der Völkergemeinschaft auf dem Balkan haben uns u.a. gezeigt, wie wichtig es ist, einen konzeptionellen Rahmen für unsere Operationen zu erarbeiten und alle Maßnahmen und Strategien gründlich zu analysieren. Ohne ein derartiges Rahmenkonzept laufen wir Gefahr, unsere Gelder einfach zum Fenster hinauszuerwerfen. Ich bin daher davon überzeugt, dass es entscheidend darauf ankommt, für einige der in Europa mit diesen Fragen befassten Studien- und Forschergruppen die finanzielle Grundlage zu schaffen. Hier ist noch vieles verbesserungsbedürftig. In den letzten eineinhalb Jahren habe ich einige sehr interessante Studien der Europäischen Stabilitätsinitiative gelesen, mit der ich als Vorsitzender des Ost-West-Instituts im Rahmen eines Projekts zur Auswertung der Programme des Stabilitätspaktes zusammenarbeitete. Es ist wichtig, solche Studien einem sehr viel breiteren Publikum zugänglich zu machen.

**NB:** Seit Ihrem Ausscheiden aus dem Amt des finnischen Präsidenten haben Sie sich für einige Initiativen zur Verbesserung der internationalen Krisenbewältigungsmechanismen eingesetzt. Um welche Initiativen handelt es sich, und wie können sie zur Bewältigung von Konflikten beitragen?

**MA:** Durch meine Vereinigung „Crisis Management Initiative“ haben ich drei Projekte in die Wege geleitet. Erstens arbeiten wir darauf hin, die Nutzung von Informationstechnologien im Rahmen der Krisenbewältigung zu verbessern. Da ich von 1989 bis 1990 in Namibia selbst eine komplexe internationale Mission geleitet habe, ist mir klar, wie nützlich es gewesen wäre, die gesamte Operation mit den heutigen Technologien zu steuern, die damals allerdings noch nicht zur Verfügung standen. So veranlasste ich als Leiter der Verwaltungsabteilung der Vereinten Nationen eine Reform auf dem Gebiet der Informationstechnologien und ihrer Nutzung. Dieser Aspekt ist wichtig, weil man mit Hilfe heutiger Technologien problemlos Personen miteinander verbinden, Informationen verbreiten sowie Geld und Zeit sparen kann. Zweitens setze ich mich dafür ein, die zivilen Krisenbewältigungsmaßnahmen zu verbessern. Vergleicht man im Hinblick auf Aufgaben der Krisenbewältigung den Bereitschaftsgrad von Streitkräften mit dem von Zivilisten, so stellt man einen enorm großen Unterschied fest. Die Streitkräfte verfügen über bewährte Ausbildungsroutinen, und niemand wird ohne einen entsprechenden Lehrgang bei einer Friedensmission eingesetzt. Dies gilt jedoch nicht für Zivilisten. Meiner Meinung nach müssen wir in der EU eine zivile Expertengruppe aufbauen, die gezielt für Operationen der Krisenbewältigung auszubilden wäre. Es sollte ein allgemeines Lehrprogramm für alle Teilnehmer sowie berufsspezifische Programme für die Angehörigen der verschiedenen Berufe geben. Wenn wir ein derartiges Ausbildungsprogramm aufstellen können, werden wir besser auf Aufgaben der Krisenbewältigung vorbereitet sein. Drittens habe ich den Gedanken eines Krisenbewältigungsportals im Internet gefördert, um so Forscher, Entscheidungsträger, Journalisten und andere an Fragen der Krisenbewältigung interessierte Personenkreise miteinander zu verbinden und ihnen ein Instrumentarium zur Aufbereitung, Verbreitung und Sammlung diesbezüglicher Informationen zu bieten. Ich hoffe, dass wir Zugang zu den Daten eines solchen Internetportals haben werden und es auch aktiv als Diskussionsforum nutzen können. ■

# Die neue Mazedonienfrage

*Christopher Bennett bespricht neuere Veröffentlichungen über denjenigen Teil des ehemaligen Jugoslawien, der als letzter von gewaltsamen ethnischen Auseinandersetzungen erfasst wurde.*

Als der jugoslawische Bundesstaat 1991 auseinander brach, kämpften zwei der führenden Politiker des Landes ein verzweifeltes Gefecht, um ihn doch noch zusammenzuhalten – Alija Izetbegovic und Kiro Gligorov, die Präsidenten Bosniens und Herzegowinas (Bosniens) bzw. der jugoslawischen Republik Mazedonien. Beide fürchteten, die Konsequenzen des Zerfalls Jugoslawiens würden ihre Republik am schlimmsten treffen. Daher legten sie den übrigen Republiken des Bundesstaats am 3. Juni 1991 ihren Kompromissvorschlag für die Gestaltung der Beziehungen zwischen den Teilrepubliken vor. Diese in letzter Minute eingeleitete mutige Initiative verlief aber leider im Sande, und nach weniger als einem Monat brach der Krieg schon aus. Zehn Monate darauf tobte in Bosnien ein Konflikt, der die schlimmsten Befürchtungen Alija Izetbegovics bestätigte. Trotz zahlloser Untergangsprophezeiungen konnte die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* im Gegensatz dazu jedoch fast zehn Jahre lang ein ähnliches Blutvergießen und die damit verbundene Gewalt verhindern.

Dass sich der neue Staat als so beständig erweisen würde, überraschte viele Beobachter. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs Jugoslawiens war er ein armer, ethnisch gespalten, militärisch schwacher Binnenstaat, der von traditionell aggressiven Nachbarn umgeben war. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Mazedonienfrage für die Großmächte Europas, deren diplomatische Bemühungen einen blutigen Konflikt nicht verhindern konnten, ein Anlass zu größter Besorgnis gewesen. Während der dann folgenden Balkankriege, deren Vehemenz und Brutalität zeitgenössische Beobachter entsetzte, wurde das geographische Mazedonien – ein Gebiet, das im Norden durch die Berge Crna Gora und Sar Planina, im Osten durch das Rilagebirge und die Rhodopen, im Süden durch die Ägäisküste bei Saloniki, den Olymp und das Pindhosgebirge sowie im Westen durch den Ohrid- und den Prespasee begrenzt wird – der osmanischen Herrschaftsgewalt entrissen und zwischen drei Staaten (Bulgarien, Griechenland und Serbien) aufgeteilt. In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen waren mazedonische Terroristen überdies auch jenseits des Balkans aktiv. Sogar am Ende des 20. Jahrhunderts war vieles an dem neuen Staat – von seinen Grenzen über seine Sprache, Geschichte und Flagge bis hin zu seinem Namen – noch immer umstritten. Wenn je ein Land zum Zerfall bestimmt war, dann war es zweifellos dieser Staat.

Es ist vielleicht unvermeidlich, dass in Berichten der Medien über die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* Untergangsprophezeiungen nach wie vor im Mittelpunkt stehen. Schließlich sind Vorhersagen über den friedlichen Fortbestand eines Landes auch kaum eine Nachricht wert. Während eines Großteils der 90er Jahre überlebte der neue Staat jedoch allen Unkenrufen zum Trotz. Er erreichte durch Verhandlungen den friedlichen

Abzug der jugoslawischen Volksarmee aus seinem Hoheitsgebiet. Er verkräftete ein begrenztes Wirtschaftsembargo, die Nebenwirkungen der internationalen Sanktionen gegen Montenegro und Serbien sowie den Verlust seiner sonstigen Absatzmärkte im ehemaligen Jugoslawien. Zudem trat er zur größtmöglichen Erhöhung seiner Sicherheit zahlreichen internationalen Organisationen und Programmen bei, einschließlich der von der NATO initiierten PfP und ihres Aktionsplans zur Mitgliedschaft. Folglich stand die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\* im Gegensatz zu anderen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, deren leidvolle Geschichte in den letzten zehn Jahren zu einer wahren Flut von Publikationen geführt hat, fast nie im Mittelpunkt derartiger Analysen. So sind in den letzten Jahren über diesen Staat nur drei Bücher in englischer Sprache erschienen.

An erster Stelle ist hier zweifellos *Who are the Macedonians?* (Hurst & Co, 2000) von Hugh Poulton zu nennen. Dieses Werk ist eine umfassende und zugleich prägnante Darstellung der Geschichte Mazedoniens und seiner Völker im weitesten Sinne des Wortes und sollte für jeden Pflichtlektüre sein, der versucht, die derzeitige Krise in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien\* zu lösen, oder der sich sonst mit ihr befasst. Hugh Poulton ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Balkan- und Minderheitenfragen und hat sich mit dieser Thematik als Forscher (für Amnesty International, Artikel 19, Gruppe für Minderheitenrechte) befasst. Darüber hinaus hat er neben der Veröffentlichung mehrerer eigener Bücher in den letzten Jahren auch die Rockgruppe *Walking Wounded* geleitet, deren Lieder zu einem großen Teil von den Balkankonflikten der letzten zehn Jahre geprägt sind.

*Who are the Macedonians?* verfolgt die Spuren der zahlreichen Völker, die von der Antike bis zur Gegenwart im geographischen Mazedonien gelebt haben bzw. leben. Dabei wird die Ausbildung moderner nationaler Identitäten und insbesondere des so genannten *Millet*-Systems untersucht, des Systems, mit dessen Hilfe das Osmanische Reich seine Einwohner innerhalb ihrer religiösen Gemeinschaft (*Millet*) verwaltete. Das ist von Bedeutung, weil dieses System die Vermischung der Volksgruppen des Osmanischen Reiches ermöglichte und die heutige Verknüpfung von Religion und Volkszugehörigkeit erklärt.

Poulton untersucht auch die miteinander konkurrierenden Gebietsansprüche der verschiedenen Völker des geographischen Mazedonien in der Zeit, in der es noch zum Osmanischen Reich gehörte, sowie das Vorgehen dieser Volksgruppen, wann immer sie in der Lage waren, ihre jeweiligen Ansprüche geltend zu machen. Durch eine kurze, aber aufschlussreiche Analyse verdeutlicht er, wie die Nationalstaaten, die nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches entstanden, weitgehend auf ethnische Säuberungen sowie auf Verfolgungswellen und Unterdrückungsmaßnahmen zurückgehen. Ferner befasst er sich mit der berühmten VMRO, der innermazedonischen Revolutionsbewegung, deren Terroranschläge in der Zeit zwischen den Weltkriegen die Enttäuschung über das Feh-

---

*Christopher Bennett ist Chefredakteur des NATO BRIEFS und Verfasser des Buches „Yugoslavia's Bloody Collapse“ (New York University Press).*

---

len eines Nationalstaates der mazedonischen Slawen widerspiegeln und auch weit jenseits des Balkans Schrecken verbreiteten. In den darauf folgenden Kapiteln analysiert Poulton die Entwicklung einer nationalen Identität der mazedonischen Slawen in Titos Jugoslawien, die Gründung eines unabhängigen Staates nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens sowie die Beziehungen zwischen mazedonischen Slawen und der albanischen Volksgruppe. Er weist darauf hin, dass im Gegensatz zu Bosnien nur eine minimale Vermischung der Volksgruppen festzustellen war. So zitiert er eine Meinungsumfrage von 1974, der zufolge 95 % der Familienoberhäupter sowohl der mazedonischen Slawen als auch der albanischen Volksgruppe und 84 % der türkischen Familienoberhäupter eine Heirat ihrer Söhne mit einer Frau anderer Nationalität nicht zulassen würden, wobei die entsprechenden Prozentsätze für Töchter sogar noch höher lagen.

Gegenseitiges Misstrauen und Feindschaft zwischen slawischen Mazedoniern und der albanischen Volksgruppe reichen in die Zeit vor der Gründung des unabhängigen Staates zurück. So beschreibt Poulton auch „neomalthusianistische“ Maßnahmen, die in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zur Beschränkung der albanischen Geburtenrate getroffen wurden. Dies bedeutete u.a., dass Familien ab dem dritten Kind für dessen medizinische Versorgung selbst aufkommen mussten und auch nur für zwei Kinder Kindergeld bekamen. 1989 wurde die Verfassung dahin gehend geändert, dass die Republik als „Nationalstaat des mazedonischen Volkes“ und nicht mehr als „Staat des mazedonischen Volkes sowie der albanischen und der türkischen Minderheit“ bezeichnet wurde. In dieser Verfassungsänderung kam das zunehmende Unbehagen der mazedonisch-slawischen Regierungsstellen über den albanischen Nationalismus und den möglichen Zerfall Jugoslawiens zum Ausdruck. Unweigerlich führte jedoch ein energischerer mazedonisch-slawischer Nationalismus zu einer entsprechenden Reaktion der albanischen Volksgruppe. So boykottierten Mazedonier albanischer Abstammung 1991 das Referendum zur Unabhängigkeit und veranstalteten 1992 ihre eigene Autonomieabstimmung. Seither haben nationale Symbole und Minderheitenrechte im politischen Leben immer wieder eine Rolle gespielt und sind nach den Kosovo-Operationen der NATO erneut in den Vordergrund getreten.

Hugh Poulton ist auch unter den Autoren der von James Pettifer herausgegebenen Aufsatzsammlung *The New MACEDONIAN QUESTION* (Palgrave, 2001). Sein Beitrag mit dem Titel *Non-Albanian Muslim Minorities in Macedonia* ist ebenso informativ wie sein vorstehend besprochenes Buch und befasst sich mit muslimischen Mazedoniern slawischer Abstammung, die recht unterschiedlich als Torbesi, Pomaken, Goraner und Poturen, Turken, Roma und erstaunlicherweise auch als „Ägypter“ bezeichnet werden, da sich viele Roma in den letzten Volkszählungen wegen des mit dem Namen „Roma“ verbundenen Stigmas lieber als Ägypter bezeichnet haben.

*The New MACEDONIAN QUESTION* umfasst ein sehr breites Spektrum von Beiträgen, einschließlich Aufsätzen albanischer, bulgarischer, griechischer, mazedonisch-slawischer, russischer und serbischer Autoren sowie westeuropäischer Balkanexperten. Dies

ist sowohl eine Stärke als auch eine Schwäche des Buches, denn trotz mehrerer hervorragender Kapitel ist es äußerst uneinheitlich. Zudem verwirrt es den Leser, dass man bewusst die terminologischen und stilistischen Eigenheiten jedes einzelnen Autors übernommen hat. Sicherlich lesenswert sind neben dem Beitrag von Hugh Poulton die beiden Kapitel von James Pettifer mit dem Titel *The new Macedonian Question* bzw. *The Albanians in western Macedonia after FYROM*. Dies gilt auch für das erste Kapitel (Elisabeth Barker, Erstveröffentlichung 1949), in dem laut James Pettifer die traditionelle progriechische Haltung des britischen Außenministeriums zum Ausdruck kommt. Ansonsten ist das Kapitel *Greek policy considerations over FYROM independence and recognition* von Evangelos Kofos besonders aufschlussreich. Insgesamt ist *The New MACEDONIAN QUESTION* jedoch ein enttäuschendes Werk, da es seinem Titel nicht gerecht wird und sich weitgehend mit einer Problematik befasst, die wohl von den meisten eher als die alte Mazedonienfrage betrachtet wird.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich *Making Peace Prevail: Preventing Violent Conflict in Macedonia* (Syracuse University Press, 2000) von Alice Ackermann auf die jüngste Vergangenheit. Ein wirklich strenger Rezensent könnte es bei dieser Aussage über das Buch schon belassen. Das zweite Kapitel über präventive Diplomatie liest sich nämlich wie eine Literaturliteraturauswertung als Teil einer Doktorarbeit. Eine Analyse der „Erfolge“ und „Fehlschläge“ präventiver Diplomatie, in deren Rahmen internationale Reaktionen auf die Streitigkeiten zwischen Ungarn und der Slowakei sowie zwischen Estland und Russland mit den internationalen Reaktionen auf den Konflikt zwischen Hutus und Tutsis in Ruanda sowie auf die Kriege im ehemaligen Jugoslawien verglichen werden, erscheint einem Leser wie ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen. Nicht überzeugend ist zudem die Darstellung des Zerfalls Jugoslawiens, die sich allzu sehr auf die umstrittenen Veröffentlichungen Susan Woodwards stützt und mehrere (geringfügige) Fehler enthält. Trotzdem sollte jeder dieses Buch lesen, der den derzeitigen Konflikt verstehen will.

Die Stärke des sicherlich gut gemeinten Buches von Alice Ackermann liegt in ihrem neuen Ansatz zur Untersuchung internationaler Bemühungen um die Verhütung von Konflikten. Dazu zählt auch eine Analyse der Tätigkeit der Arbeitsgruppe für ethnische und nationale Gemeinschaften und Minderheiten der Internationalen Konferenz über das ehemalige Jugoslawien, der OSZE und ihres hohen Kommissars für nationale Minderheiten und der Präventiveinsatztruppe der Vereinten Nationen sowie eine Analyse der Aktivitäten bestimmter nichtstaatlicher Organisationen, einschließlich der Gruppen „Search for Common Ground“ und „Ethnic Conflict Resolution Project“. Mehr als deutlich wird in diesem Buch, dass die mühsame und kaum beachtete Arbeit mehrerer Organisationen und Einzelpersonen, die sich im Wesentlichen mit den gleichen Fragen auseinandersetzen, die auch heute ganz oben auf der Tagesordnung stehen, in den ersten Jahren durchaus einen Beitrag zum Überleben des neuen Staates geleistet haben. Mazedonier jeder ethnischen Abstammung müssen hoffen, dass die heutigen internationalen Vermittler ebenso viel Mut, Taktgefühl und Erfolg haben wie ihre Vorgänger. ■



Aktuelle Veröffentlichungen

# Ausbildung neuer Führungskräfte

*Oberst Ralph D. Thiele beschreibt, wie die NATO-Verteidigungsakademie mit Blick auf die Aufnahme von Angehörigen der Partnerstaaten ihr Lehrangebot und ihre Aktivitäten insgesamt erweitert hat.*

Fünzig Jahre, nach dem General Dwight D. Eisenhower als erster Oberster Alliiertes Befehlshaber den Grundstein für die NATO-Verteidigungsakademie legte, haben die Gründe für ihre Errichtung unverändert Gültigkeit; es ist weiterhin nötig, Führungskräfte auszubilden, die sich einem neuen Sicherheitsumfeld anpassen können. Angesichts des Endes des Kalten Krieges, des Endes des Warschauer Paktes und des Entstehens neuer, vielschichtiger und unvorhersehbarer Sicherheitsgefahren gelang es der NATO, sich zum Eckstein der euro-atlantischen Sicherheit zu entwickeln. Noch nie war jedoch der Bedarf an Mitarbeitern, die Innovationen durchsetzen, unorthodox denken und kreative Lösungen vorschlagen können, so groß wie heute.

Als Staaten, die mehr als 40 Jahre lang Feinde der NATO gewesen waren, zu Partnern der NATO wurden, ging auch die Verteidigungsakademie mit der Zeit und entwickelte sich weiter, um nicht nur den Erfordernissen der militärischen Führung in NATO-Staaten, sondern auch denen der Partnerstaaten gerecht werden zu können. Die Verteidigungsakademie hat ihre Tore einer wachsenden Zahl von Führungskräften der PfP-Staaten und der am Mittelmeerdialo beteiligten Staaten geöffnet und sie wie die NATO-Kollegen am gesamten Spektrum ihrer Lehrgänge teilnehmen lassen. Schon seit mehreren Jahren führt die Verteidigungsakademie praktisch alle ihre Lehrgänge – den integrierten PfP/OSZE-Lehrgang, den Lehrgang auf Generals-/Admiralsebene, den Reserveoffizierlehrgang und die Stabslehrgänge – im PfP-Rahmen durch. Dies gilt auch für ihre sonstigen Aktivitäten, einschließlich der Kommandeurstagung, der Mitfinanzierung internationaler Forschungsseminare und der Durchführung des Stipendienprogramms. Jedes Jahr erhalten vier Forscher (zwei Angehörige von PfP-Staaten und zwei Angehörige der am Mittelmeerdialo beteiligten Staaten) ein Sti-



Maßgeschneidert: Die NATO-Verteidigungsakademie bezog im Herbst 1999 ihre neuen Gebäude.

pendium, um an der Verteidigungsakademie ihrer mit Sicherheitsfragen befassten Forschungsarbeit nachgehen zu können.

Die Lehrgänge der Verteidigungsakademie konzentrieren sich nicht auf Fragen der Taktik oder Operationsführung, sondern auf internationale politische und militärische Fragen der strategischen Ebene. Darüber hinaus bieten alle Lehrgänge ein Forum für den Austausch von Informationen, die Erarbeitung von Konsenslösungen und die Verbesserung der Verständigung und der Zusammenarbeit zwischen NATO-Mitgliedern und Partnerstaaten. Da die Lehrgangsteilnehmer aus etwa 50 Ländern kommen und die Akade-

mie einen multinationalen Mitarbeiterstab und Lehrkörper hat, ist sie eine wirklich internationale Einrichtung, die nicht einzelstaatliche Standpunkte vertritt, sondern die Bündnisperspektive fördert. Es soll nicht einfach Wissen vermittelt werden, sondern ein günstiges Umfeld für die Horizonterweiterung der Lehrgangsteilnehmer geschaffen werden, damit sie selbst erfahren, dass Konsens und freundschaftliche Kontakte sogar unter Menschen mit völlig unterschiedlichem Hintergrund möglich sind. Die Verteidigungsakademie bietet hervorragende Studienmöglichkeiten, aber es ist Sache der Teilnehmer selbst, diese Chancen optimal zu nutzen.

Im Laufe der Lehrgänge entwickelt sich in der Regel ein eigener Teamgeist, der wiederum zu einem nützlichen Kontaktnetz zwischen den Teilnehmern aus den NATO- und den Partnerstaaten führt. Dieser Korpsgeist trägt zum Abbau eventueller Schranken und zur Stärkung des Vertrauens zwischen den jeweiligen Staaten bei. Das Konsensprinzip führt wie ein roter Faden durch das Tagesprogramm der Lehrgangsteilnehmer. Da zudem bei allen Diskussionen auf Protokolle mit Namensnennungen verzichtet wird, können die Teilnehmer offen ihre Meinung sagen.

Lehrgangsteilnehmer verschiedener Ränge, die den drei Teilstreitkräften oder dem diplomatischen Dienst angehören bzw. in Ministerien tätig sind, lernen hier, einander zu verstehen. Die Zeit und die Mühe, die sie in die Herstellung von Vertrauen und freund-

---

*Oberst Ralph D. Thiele ist Kabinettschef an der Verteidigungsakademie der NATO.*

---

schaftlichen Kontakten zu ihren Kollegen investieren, zahlen sich sofort aus. Sie entwickeln und stärken ihr Solidaritätsbewusstsein, ihre Kooperationsfähigkeit und ihr Verständnis für die anderen Lehrgangsteilnehmer. Sie stellen auch fest, dass ein offener Gedankenaustausch und ein Konsens in der jeweiligen Gruppe möglich sind, ohne dass die persönliche oder nationale Identität aufgegeben werden müsste. Über das akademische Programm hinaus können sich infolge der umfangreichen sozialen und kulturellen Möglichkeiten des Lebens in Rom zwischen den Lehrgangsteilnehmern und ihren Familien tiefe Freundschaften entwickeln.

Im Herbst 1999 bezog die Verteidigungsakademie ihre eigens auf ihre Aufgaben zugeschnittenen neuen Gebäude, so dass sie nun den Erfordernissen künftiger Generationen wirklich gerecht werden kann. Die Organisationsstrukturen und –verfahren wurden rationalisiert und entsprechend angepasst. Bezüglich des Lehrangebots hat sich die Verteidigungsakademie in den letzten Jahren auf vier Bereiche konzentriert: Anpassung des Lehrplans an die grundlegenden Sicherheitsaufgaben, die im neuen Strategischen Konzept der NATO genannt werden; Nutzung der neuen Einrichtungen, um die Zahl der Lehrgangsteilnehmer aus NATO-Ländern, PfP-Staaten und am Mittelmeerdialoog beteiligten Staaten sowie die Zahl der sonstigen Aktivitäten zu erhöhen; Suche nach den besten Gastrednern und Ausbau der neuen Möglichkeiten im Forschungsbereich. Wie die NATO selbst ist die Verteidigungsakademie nun dazu in der Lage, sich dem grundlegend veränderten Sicherheitsumfeld anzupassen und im Einklang mit ihren neuen Aufgaben und Partnern auch neue Aufgaben zu übernehmen.

Seit April 2000 unterstützt die Verteidigungsakademie das PfP-Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitsstudien, einen Zusammenschluss, der neue Partnerschaften zwischen Theoretikern und Praktikern des Verteidigungsbereichs sowie Wissenschaftlern und Experten aus Partnerstaaten und

NATO-Ländern fördert. Auf diese Weise dient die Verteidigungsakademie dem Konsortium innerhalb der NATO als zentrale Anlaufstelle. Sie ist zudem Vollmitglied des Leitungssekretariats, in dessen Rahmen sie mit dem Konsortium die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Kommandeurstagung koordiniert, und beteiligt sich insbesondere im Hinblick auf Ausbildungsfragen der strategischen Ebene an ausgewählten Arbeitsgruppen des Konsortiums

Anfang dieses Jahres richtete die Verteidigungsakademie an der Nationalen Verteidigungsakademie der Ukraine eine internationale Woche aus. Dadurch konnte sie ukrainischen Lehrgangsteilnehmern eine einzigartige, grundsätzlich anders organisierte akademische Einführung in euro-atlantische Sicherheitsfragen bieten. Nach den Reaktionen zu urteilen, insbesondere im Anschluss an Diskussionen im kleinen Kreis, fand diese Initiative sehr großen Anklang. Die Veranstaltung war nicht nur an sich, sondern auch als Teil umfassenderer Bemühungen um eine Neugestaltung der militärischen Ausbildung in der Ukraine von Bedeutung, und sie könnte ähnlichen Aktivitäten an anderen Orten als Vorbild dienen.

In diesem Herbst feiert die Verteidigungsakademie bereits den 50. Jahrestag ihrer Gründung, aber sie bleibt der Ausbildungsrolle verpflichtet, die ihr Gründer ihr zugedacht hat. Sie wird weiterhin dafür sorgen, dass die NATO-Mitglieder und ihre Partnerstaaten über Männer und Frauen verfügen, die den intellektuellen Mut haben, sich den Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts zu stellen, und diesen Aufgaben auch gewachsen sind. ■



Für weitere Informationen über die Verteidigungsakademie der NATO und ihre Lehrgänge s. [www.ndc.int](http://www.ndc.int).



Für weitere Informationen über das PfP-Konsortium der Verteidigungsakademien und Institute für Sicherheitsstudien s. [www.pfpconsortium.org](http://www.pfpconsortium.org).

## NATO-Schule (SHAPE)

Wie die Verteidigungsakademie des Bündnisses hat auch die NATO-Schule (SHAPE) in Oberammergau in den letzten zehn Jahren ihre Aufnahmekriterien und ihren Lehrplan so verändert, dass sie der wachsenden Zahl von Kursteilnehmern aus den Partnerstaaten Rechnung tragen kann. Im letzten Jahr betrug die Zahl der aus mehr als 50 Ländern anreisenden Lehrgangs- und Konferenzteilnehmer 5 818, von denen nur 4 722 Angehörige von NATO-Staaten waren.

Angehörige von PfP-Staaten und von Staaten des Mittelmeerdialoogs können einen Einblick in die Arbeitsweise der NATO gewinnen und zugleich an Kursen zu einem breiten Spektrum von Themen teilnehmen, darunter Krisenbewältigung, multinationale Streitkräfte, Verwaltung und Nutzung von Ressourcen, zivile Notfallplanung und zivil-militärische Zusammenarbeit. Auch Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz und das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen senden regelmäßig Lehrgangsteilnehmer und Gastdozenten nach Oberammergau.

Angesichts des zunehmenden Engagements der NATO auf dem Gebiet friedenserhaltender Maßnahmen hat die Schule diesbezügliche militärische Operationen unterstützt und Lehrgänge erarbeitet, die auf die verschiedenen Friedensprozesse zugeschnitten sind. Auf diese Weise können die jeweiligen Befehlshaber und sonstiges Personal ihre vor Ort gesammelten Erfahrungen an die Lehrgangsteilnehmer weitergeben. Zudem ist speziell für ziviles und militärisches Personal aus Bosnien und Herzegowina ein Lehrgang zur Sicherheitszusammenarbeit konzipiert worden, mit dessen Hilfe eine Vertrauensgrundlage geschaffen sowie eine Atmosphäre der Offenheit und Zusammenarbeit unter den Teilnehmern hergestellt werden soll. Oberammergau ist auch Gastgeber mehrerer NATO-Symposien und -Konferenzen, unter denen dem jährlichen Verteidigungsplanungssymposium, zu dem seit 1999 auch Vertreter der Partnerstaaten eingeladen werden, die größte Bedeutung zukommt.

# Reformziele und Wirklichkeit

*Chris Donnelly erörtert, warum sich die Militärreform in Mittel- und Osteuropa als so schwierig erwiesen hat.*



© Reuters

Abteilung kehrt!: Die Militärreformen haben in ganz Mittel- und Osteuropa einen bemerkenswert ähnlichen Verlauf genommen.

In den letzten zehn Jahren war in den Streitkräften aller mittel- und osteuropäischen Staaten eine tiefgreifende Umgestaltung und ein einschneidender Abbau zu beobachten. Hierbei handelt es sich um einen fortlaufenden Prozess, der durch das Ende des Kalten Krieges und den sich ändernden Charakter der nationalen Sicherheitsgefahren ausgelöst wurde. Die Staaten Mittel- und Osteuropas unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Größe, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, ihrer geostrategischen Lage und der Art ihrer Beziehungen zur EU und zur NATO. Trotz der entsprechenden Unterschiede bezüglich der Größe und Zusammensetzung der jeweiligen Streitkräfte haben die Militärreformen jedoch in allen Ländern einen bemerkenswert ähnlichen Verlauf genommen.

Die erste Phase war durch eine ideologische Orientierungslosigkeit und durch einen massiven Streitkräfteabbau gekennzeichnet, der durch die neuen geostrategischen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen hervorgerufen wurde. Damit verbunden war das Ende der Kontrollmechanismen der KP und der Regierung des jeweiligen Staates, die nicht durch entsprechende Mechanismen der demokratischen Kontrolle ersetzt wurden. Den

---

*Chris Donnelly ist NATO-Sonderberater für Mittel- und Osteuropa.*

---

neuen Regierungen fehlte überall die nötige militärische Sachkenntnis, und sie verfügten über keinerlei angemessene zivile Mechanismen, um Militärpolitik zu betreiben oder auch den militärischen Kurs zu bestimmen und die Entwicklung ihrer Streitkräfte in die richtige Richtung zu lenken. Gab es dafür Mechanismen, so waren sie rudimentär und bewirkten kaum mehr als ständige Kürzungen des Verteidigungsetats. In vielen Ländern führten innerstaatliche Machtkämpfe dazu, dass die Zuständigkeit für die Streitkräfte entweder zwischen zahlreichen Ministerien und Behörden (darunter auch einige, die normalerweise kaum damit rechnen konnten, dass ihnen Verantwortung für Truppen übertragen wird) aufgesplittert oder von einem Zweig der Exekutive auf einen anderen – z.B. von der Regierung auf den Präsidenten oder umgekehrt – verlagert wurde. In manchen Staaten wollten Politiker das Militär direkt für ihre Machtkämpfe nutzen. Dies bedeutete einen weiteren Rückgang der tatsächlichen politischen Kontrolle über die Streitkräfte.

In der zweiten Phase bildete die Führung der Streitkräfte der verschiedenen Staaten eine geschlossene Abwehrfront, um das jeweilige militärische System zu schützen und zu erhalten, wobei so viel wie möglich von der alten Zusammensetzung und Infrastruktur der Streitkräfte beibehalten werden sollte. Für dieses Verhalten gab es eine Reihe von Motiven, bei denen Eigennutz zweifellos auch eine Rolle spielte. Die treibende Kraft war jedoch die aufrichtige Über-

zeugung von der Richtigkeit dieses Vorgehens – eine Überzeugung, die sich auf Patriotismus und den starken Glauben an die Vorzüge des alten Systems stützte und durch die mangelnde Sachkenntnis der neuen zivilen Regierungen verstärkt wurde. Verschärft wurde die Lage noch dadurch, dass die Militärs nicht mit alternativen Sichtweisen anderer Fachleute konfrontiert wurden und zwischen ihnen natürliche Kräfte des Zusammenhalts wirkten, die für alle funktionierenden militärischen Systeme kennzeichnend sind.

Die Auswirkungen wurden schon bald spürbar. Es erwies sich als verheerender Fehler, in einer Zeit des raschen gesellschaftlichen Wandels und wirtschaftlichen Niedergangs an einer umfangreichen, aber veralteten Struktur festhalten zu wollen. Als die mittel- und osteuropäischen Staaten den steinigten Weg zu einer echten Geldwirtschaft einschlugen, versiegten allmählich die Ressourcen für den militärischen Sektor. In den meisten Staaten wurde dies nicht unmittelbar deutlich, denn die militärische Führung konnte sich traditionell eher auf Sachleistungen als auf Geldzuwendungen verlassen und verfügte über ihre eigenen Quellen für Einkünfte und Verbrauchsgüter. Durch den Rückgriff auf diese Möglichkeiten konnte das Militär trotz der fehlenden staatlichen Mittel in seinem wesentlichen Kern überleben.

Nach mehr als vier und in manchen Fällen sieben Jahrzehnten staatlicher Planwirtschaft fehlten in allen mittel- und osteuropäischen Staaten qualifizierte Buchführungsfachkräfte und geeignete Buchführungsverfahren. Zudem waren weder die Polizei noch die Justiz dazu in der Lage, finanzielle Unregelmäßigkeiten aufzudecken und zu bekämpfen. Dies galt insbesondere für den Verteidigungssektor, wo die Notwendigkeit militärischer Geheimhaltung die Transparenz noch mehr behinderte. Folglich dauerte es recht lange, bis die Streitkräfte der mittel- und osteuropäischen Staaten ein ordentliches Haushaltssystem erarbeitet hatten, und dies öffnete der Korruption in manchen Fällen Tür und Tor. Die unkontrollierbare Veräußerung oder Verteilung militärischen Materials, das Fehlen von Richtlinien für Offiziere, die ihre Stellung und die ihnen unterstellten Truppen für persönliche Zwecke missbrauchten, die gewinnbringende Bereitstellung von Soldaten durch Offiziere, regelrechter Diebstahl und andere korrupte Praktiken – alles der militärischen Disziplin äußerst abträglich – waren weit verbreitet. Dies führte sowohl für die Wehrpflichtigen als auch für diejenigen Offiziere und Unteroffiziere, die nicht aufgrund ihres Rangs oder Postens über veräußerliche Ressourcen verfügten oder – und das war die Mehrheit – einfach ehrlich waren, zu einer rapiden Verschlechterung des Ausbildungsniveaus und dann des Lebensstandards.

In der dritten Phase brach das Beschaffungssystem zusammen. Die Rüstungsindustrie der betroffenen Staaten, der nun der feste Abnehmermarkt fehlte, wollte in der Regel eine Umstrukturierung und Neuausrichtung vermeiden und flüchtete sich in die Fiktion, dass Waffenexporte sie retten würden. Letztlich verpasste die Rüstungsindustrie der mittel- und osteuropäischen Staaten allerdings infolge der Korruption, der mangelnden Reformbereitschaft und des mangelnden Verständnisses für marktwirtschaftliche Zusammenhänge Anfang der 90er Jahre ihre möglicherweise entscheidende Chance, sich einen Teil des Weltmarkts zu sichern. Nachdem sie diese günstige Gelegenheit nicht genutzt hatte und die Nachfrage im jeweils eigenen Land zusammengebrochen war, erwartete die Rüstungsindustrie Hilfe von der Regierung. Rüstungsbetriebe erhielten dann massive staatliche Subventionen, nutzten das Geld jedoch, um einer gro-

ßen Zahl eigentlich nicht benötigter Arbeitnehmer weiterhin einen geringen Lohn zu zahlen, statt ihren Wirtschaftszweig umzustrukturieren. Langfristig kann kein Staat die für einträgliche Exportgeschäfte erforderlichen Qualitäts- und Kostenvorteile gewährleisten, wenn er sich nicht auf einen guten einheimischen Markt stützen kann. Dadurch dass die Rüstungsindustrie auf enorme Reserven im Bereich der wissenschaftlichen Grundlagenforschung und bereits bestehender Einrichtungen militärischer FuE zurückgreifen konnte, sicherte sie den Fortbestand ihrer veralteten Struktur und vermied schmerzhaft Reformen. Diese Reserven sind jedoch jetzt auch allmählich erschöpft, und die mittel- und osteuropäischen Rüstungsbetriebe, die noch keine Umstrukturierung vorgenommen haben, stehen nun vor einem nahezu vollständigen Zusammenbruch. Heute werden Reformen weitaus schwieriger und schmerzhafter sein als vor zehn Jahren.

Die Auswirkungen dieser vielfältigen Probleme machten sich in allen Staaten zuerst unter den Wehrpflichtigen bemerkbar, deren Ausbildung und Lebensstandard sich drastisch verschlechterten. Da sich die militärische Führung in manchen Staaten nicht dem gesellschaftlichen Wandel anpassen wollte, war die Jugend nicht mehr zum Wehrdienst bereit, und der Zusammenbruch der staatlichen Strukturen bedeutete, dass sie auch nicht mehr dazu gezwungen werden konnte. Das System der allgemeinen Wehrpflicht verlor rasch an Boden, und parallel dazu verschlechterte sich auch die vorbereitende militärische Ausbildung an Schulen und Universitäten. Von da an leistete nur ein Bruchteil der wehrfähigen Jahrgänge Militärdienst. Gesetzliche Freistellungen, das ineffiziente Einberufungssystem und Bestechung stellten sicher, dass die Angehörigen der wohlhabenderen und gebildeteren Schichten nie als einfache Soldaten Militärdienst leisten mussten.

Das Ende des Wehrpflichtsystems bedeutete zugleich das Ende des „sozialistischen Volkes unter Waffen“. Dieses Konzept konnte auch nicht wieder belebt werden, denn die gesellschaftliche Grundlage, auf die es sich gestützt hatte, war für immer zerstört. Im Nachhinein erscheint dies ganz klar, aber Anfang bis Mitte der 90er Jahre wurde dieser Zusammenhang von den damaligen Entscheidungsträgern, die in einem ganz anderen System aufgewachsen waren, nicht richtig erkannt, so dass der Niedergang anhielt. Die sinkende Zahl und Tauglichkeit der Wehrpflichtigen, das weitverbreitete Problem der Misshandlung von Wehrpflichtigen durch vorgesetzte Soldaten und Offiziere, der katastrophale Niedergang im Ausbildungsbereich und der daraus resultierende Prestigeverlust der Streitkräfte führten dann auch zu einem Rückgang der Zahl der Nachwuchsoffiziere, von denen viele den Dienst quittierten. Unterdessen wurden auch die Zulassungsanforderungen der Militärschulen gesenkt. Zudem entschieden sich zahlreiche Offiziersanwärter nach einer guten Fachausbildung doch gegen einen Eintritt in die Streitkräfte und verließen ihre Akademien kurz vor der Abschlussprüfung. Dies war die letzte Stufe der Selbstzerstörung des alten Systems.

Die Streitkräfte der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, die sich am gemeinsamen sowjetischen Modell orientierten, hatten auf der Ebene von Einheiten Offiziere niedrigerer Dienstgrade mit allen nachgeordneten Führungs- und Ausbildungsaufgaben betraut, die in den meisten westlichen Armeen durch Führungsstäbe oder von länger dienenden Berufssoldaten der Unteroffizierslaufbahn wahrgenommen werden. Der Mangel an jungen Offizieren führte dann dazu, dass sich das Ausbildungsniveau noch schneller

verschlechterte. Damit war ein Teufelskreis entstanden. Der Ausbildungsstandard fiel. Die Ausrüstung wurde unbrauchbar und wurde nicht ersetzt. Die schlechte Behandlung der Soldaten verschlimmerte sich. Die Kluft zwischen der militärischen Führung und dem einfachen Soldaten wurde größer. Die Rekrutierung junger Offiziere wurde immer schwieriger. Die Moral sank – und mit ihr das Ansehen der Streitkräfte in der Öffentlichkeit. Das Ergebnis war ein Rückgang der Leistungsfähigkeit in Verbindung mit einer ständigen Ausdünnung der Führungs- und Verwaltungsstrukturen, denn Offiziere aller Ebenen nahmen ihren Abschied, und die Streitkräftestruktur brach zusammen. Verlieft dieser Prozess zudem noch parallel zu militärischen Operationen wie im ersten Tschetschenienkrieg der russischen Armee, so wurden die Ergebnisse des Zerfalls sofort deutlich.

Da die Armeen ihren Umfang verringerten, waren die Offiziere immer deutlicher überrepräsentiert, und dies bedeutete schon in sich ein Reformhindernis. Bemühungen um eine drastische Senkung der Zahl der Offiziere waren jedoch auch nicht hilfreich. Wer für eine Beschäftigung außerhalb des Militärs nicht qualifiziert war und beobachtete, dass die Regierung überzählige hochrangige Offiziere ohne Anerkennung ihrer Verdienste, ohne angemessene Pension oder soziale Absicherung und bei nur geringer Aussicht auf eine neue Arbeitsstelle einfach entließ, setzte alles daran, um bei den Streitkräften bleiben zu können. Dies führte auch zu einer Demoralisierung der Offiziere niedrigerer Dienstgrade und brachte viele junge Männer dazu, den Gedanken an eine militärische Laufbahn ganz aufzugeben.

Der Niedergang der Streitkräfte erfolgte nicht in allen Staaten mit gleicher Geschwindigkeit, und es gab sogar Unterschiede innerhalb der Streitkräfte ein und desselben Landes. Im Allgemeinen waren die Probleme in Russland und in einigen neuen Staaten der ehemaligen Sowjetunion allerdings schlimmer als in den meisten mitteleuropäischen Staaten. Zahlreiche Erfahrungen galten jedoch für die Mehrheit dieser Staaten. Verschiedene Minister und Stabschefs bemühten sich immer wieder um eine Rationalisierung ihrer schrumpfenden Armeen und erzielten dabei unterschiedliche Erfolge. In Einheiten und Verbänden mit außerordentlich fähigen Kommandeuren blieben die Leistungsfähigkeit und Kampfkraft erhalten. Durch eine Konzentration aller Kräfte und Ressourcen auf eine kleine Zahl von Einheiten – Regimentern, Staffeln oder Schiffen – konnte zudem bei einigen von ihnen ein angemessener Bereitschaftsgrad beibehalten werden.

Insgesamt konnte dem Niedergang jedoch nicht Einhalt geboten werden. Folglich gelang es in den 90er Jahren keiner der Armeen in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion oder ihrer ehemaligen mittel- und osteuropäischen Verbündeten, ein effizientes und tragfähiges militärisches System aufzubauen, das den Anforderungen der neuen Zeit gerecht werden konnte. In den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten wurde sogar ein Punkt erreicht, an dem die Situation so aussichtslos war, dass die Streitkräfte verzweifeln. Ihre Not war offensichtlich, und sie sahen keine andere Möglichkeit zur Durchführung von Reformen, als den Staat um mehr finanzielle Ressourcen zu bitten.

Ein umfassendes militärisches Reformprogramm ist kostspielig. Die Erfahrungen in Mittel- und Osteuropa haben jedoch gezeigt, dass Gelder, die den Militärs schon vor Reformen zur Verfügung gestellt wurden, in der Regel nicht für Reformen, sondern

dazu verwendet wurden, das alte System über Wasser zu halten. Es kam lediglich zu kosmetischen Verbesserungen, aber die entscheidende, grundlegende Reform wurde auf später verschoben, so dass sich die Lage noch zuspitzte. Reformen wurden sogar noch erschwert, weil die bereitgestellten Gelder den Widerstand gegen sie stärkten.

Der „NATO-Faktor“ hat für den Reformprozess zahlreicher mittel- und osteuropäischer Staaten ebenfalls eine Rolle gespielt. In manchen sehr an einem NATO-Beitritt interessierten Staaten hat die militärische Führung die Beschaffung unnötiger und häufig unbezahlbarer Ausrüstung gelegentlich mit dem Argument vorgeschlagen, sie sei die Voraussetzung für die Aufnahme in die NATO. In einer Zeit, in der die führenden Politiker und ihre zivilen Stäbe wie auch Parlamentarier und Journalisten zu wenig von militärischen Fragen verstanden, konnte dieses Argument überzeugend wirken. Zudem vertraten westliche Rüstungshersteller oft die gleiche Linie. In anderen Staaten nutzten Regierungen die „Forderungen“ der NATO manchmal als Erklärung für ihr Drängen auf Reformen, denn sie waren nicht selbstbewusst genug, um die Reformen als ihre eigene Politik durchzusetzen. Beide Strategien haben den Beziehungen zwischen dem zivilen und dem militärischen Sektor geschadet und das Vertrauen der Öffentlichkeit schwinden lassen.

In Russland hat man sich den „NATO-Faktor“ auf andere Weise zunutze gemacht. Das Festhalten an der Ansicht, dass von der NATO eine militärische Bedrohung ausgehe, diente dazu, die Aufrechterhaltung eines Großteils der alten militärischen Infrastruktur zu rechtfertigen. Dadurch wurde die Aufmerksamkeit und ein Teil der Gelder von echten Militärreformen abgelenkt.

Als letzter Aspekt des „NATO-Faktors“ ist schließlich die Bereitschaft sowohl der politischen als auch der militärischen Führung mittel- und osteuropäischer Staaten zu nennen, im Westen nach Modellen für die Organisation und Reform der Streitkräfte Ausschau zu halten. Die NATO-Mitglieder haben jeweils unterschiedliche Verteidigungssysteme, und die mittel- und osteuropäischen Staaten weisen sehr große Unterschiede bezüglich der Erfordernisse für die Verteidigungsreform oder für den Neuaufbau der Streitkräfte auf. Für mittel- und osteuropäische Staaten hat es sich daher als außerordentlich schwierig erwiesen, erfolgreiche Modelle auszuwerten und die für ihre eigene Entwicklung relevanten Elemente aufzuzeigen sowie zuverlässige, unvoreingenommene Ratgeber zu finden. Regierungen und Militärs dieser Staaten sind von einem Extrem – Ablehnung jedes westlichen Einflusses – ins andere gefallen und haben übereifrig westliche Vorstellungen wie die Umstellung auf eine Armee aus Berufssoldaten übernommen, ohne die damit verbundenen Auswirkungen oder Kosten richtig zu verstehen.

Viele von der Basis ausgehende Reformbemühungen sind ebenfalls gescheitert. In einer gewissen Phase hofften die Befürworter der Reformen, junge Offiziere könnten das System erneuern und von der Basis her neue Ideen einbringen. Dieser Ansatz hatte tatsächlich vorübergehend Erfolg. Letztlich gab es jedoch zu wenige energische Nachwuchsoffiziere, um den Reformen genügend Dynamik zu verleihen. Sie scheiterten entweder an den erstarrten Strukturen der mittleren Ebene oder an Vorgesetzten, die in ihnen eine Gefahr sahen.

Ähnliches gilt für Offiziere, die zur praktischen und theoretischen Ausbildung ins Ausland – meistens nach Frankreich oder Kanada oder in die Vereinigten Staaten oder das Vereinigte König-

reich – geschickt wurden. Man erwartete, sie würden ihre Streitkräfte nach ihrer Rückkehr mit neuen Ideen bereichern. In der Praxis wurde diese Hoffnung jedoch enttäuscht, weil die militärische Führung allzu oft eine geschlossene Abwehrfront errichtete, um sich zu schützen. In manchen mitteleuropäischen Staaten wurde sogar noch im letzten Jahr ausnahmslos jeder Offizier, der an Lehrgängen im Ausland teilgenommen hatte, nach seiner Rückkehr entweder entlassen, degradiert oder auf einen völlig abgelegenen Dienstposten versetzt. In einem anderen Fall wurden die Vorgaben der höheren Offiziere, obwohl sie alle an Lehrgängen im Ausland teilgenommen hatten, einfach von der Masse der ihnen unterstellten Obersten ignoriert, die sich der Umsetzung der Befehle von oben entgegenstellten. „Demokratische Kontrolle der Streitkräfte“ wird in der Regel so verstanden, dass die Generale den Politikern Gehorsam leisten, aber die demokratische Kontrolle kann auch scheitern, wenn die Obersten den Generalen nicht gehorchen.

Ein weiteres allgemeines Manko bestand darin, dass die Verteidigungsminister mittel- und osteuropäischer Staaten nicht in der Lage waren, ein effizientes Haushalts- und Planungssystem einzuführen. Dies ist nämlich äußerst schwierig, weil dazu eine Mentalitätsänderung des Militärs insgesamt erforderlich ist. Der militärische Sektor will traditionell am bestehenden System festhalten und nur die Waffen modernisieren sowie die Bedingungen für die Soldaten verbessern. Folglich haben Militärs Ressourcen immer nur für dieses Ziel angefordert und wollten nicht einsehen, dass maßlose Verteidigungsausgaben wegen der wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht zu rechtfertigen sind und auch der soziale und wirtschaftliche Wandel Reformen verlangt. Westliche Streitkräfte gehen dagegen bei der Verteidigungsplanung vom Haushalt aus; sie berechnen, was mit dem jeweiligen Etat beschafft werden kann, und legen dann auf der Grundlage einer Einschätzung der aktuellen Gefahren die Prioritäten fest.

Zu dem vorstehend genannten allgemeinen Manko kommt hinzu, dass es fast überhaupt kein ehrliches und offenes System für die Beurteilung der Fähigkeiten und Qualifikationen von Offizieren gibt. Ohne ein solches System ist es aber nahezu unmöglich, ein geeignetes Beförderung- und Versetzungsverfahren zu erarbeiten, das die Verteidigungsminister wiederum unbedingt für eine Institutionalisierung der Reformen brauchen, damit sie die für den Aufbau einer neuen Armee geeigneten Offiziere auswählen bzw. ihnen Posten geben können, auf denen sie Worte in Taten umsetzen können.

In allen mittel- und osteuropäischen Staaten ist dem Konzept der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte viel Aufmerksamkeit

gewidmet worden. Ein häufig vernachlässigter Aspekt der demokratischen Kontrolle besteht jedoch in der Frage, ob die jeweilige Regierung tatsächlich sachkundig genug ist, um eine geeignete Verteidigungspolitik zu verabschieden und umzusetzen sowie den Kurs der Streitkräftereform zu bestimmen. Hierbei handelt es sich um ein allgemeines Problem, das oft katastrophale Folgen hat. Die mittel- und osteuropäischen Staaten haben nämlich einfach noch nicht genügend zivile Verteidigungsexperten ausbilden können, um ausgewogene Diskussionen und eine unvoreingenommene Beratung sicherzustellen. Die häufigen Regierungswechsel in den mittel- und osteuropäischen Staaten haben diesen Mangel an Experten noch verschärft. Wenn sich eine Regierung in Verteidigungsfragen nur von Militärs beraten lassen kann, bestimmen in Wirklichkeit die Streitkräfte und nicht die Regierung den politischen Kurs. Das ist in manchen mittel- und osteuropäischen Staaten noch immer die Realität, obwohl es auf dem Papier – und laut Gesetz – Mechanismen gibt, die eigentlich die demokratische Kontrolle gewährleisten müssten.

In den letzten Jahren war jedoch in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten eine allmähliche Änderung der Lage festzustellen. Dem Niedergang konnte Einhalt geboten werden, und die Aussichten für den Umbau der Streitkräfte zu einer modernen Armee scheinen recht gut zu sein. Diejenigen Staaten, die den wesentlichen Kern ihrer Probleme erkannt haben, sind nun dazu bereit, den Sprung zu wagen, die noch verbliebenen Elemente des alten Systems zu beseitigen und den Neuaufbau einzuleiten. Dies gilt jedoch nicht überall. In manchen Staaten, wie z.B. in Russland, muss man sich der grundsätzlichen Problematik erst noch stellen.

In denjenigen mittel- und osteuropäischen Staaten, in denen die Reformen Wurzeln schlugen und nun gedeihen können, wurde der Reformprozess von einigen wenigen höheren Offizieren angeführt, die sich durch klare Zielvorstellungen, Mut, Entschlossenheit und die nötige Sachkenntnis auszeichneten. Es gelang ihnen, auch ihre Untergebenen für den Reformprozess zu gewinnen und sich die Hilfe ausländischer Experten zunutze zu machen. Zudem genossen sie glücklicherweise einen starken politischen Rückhalt, der sie schützte und ermutigte, und sie konnten auch Aufklärungskampagnen veranstalten, um sich die Unterstützung der Öffentlichkeit zu sichern. Es wird noch lange dauern, bis der jetzt in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten eingeleitete Reformprozess abgeschlossen ist. Er wird jedoch durch die wachsende Einsicht in die Tatsache beschleunigt, dass Reformen, sollten sie nochmals aufgeschoben werden, in Zukunft sogar noch schwieriger wären. ■



## Das Wissenschaftsprogramm der NATO

„Wissenschaftler für Fortschritt und Frieden“

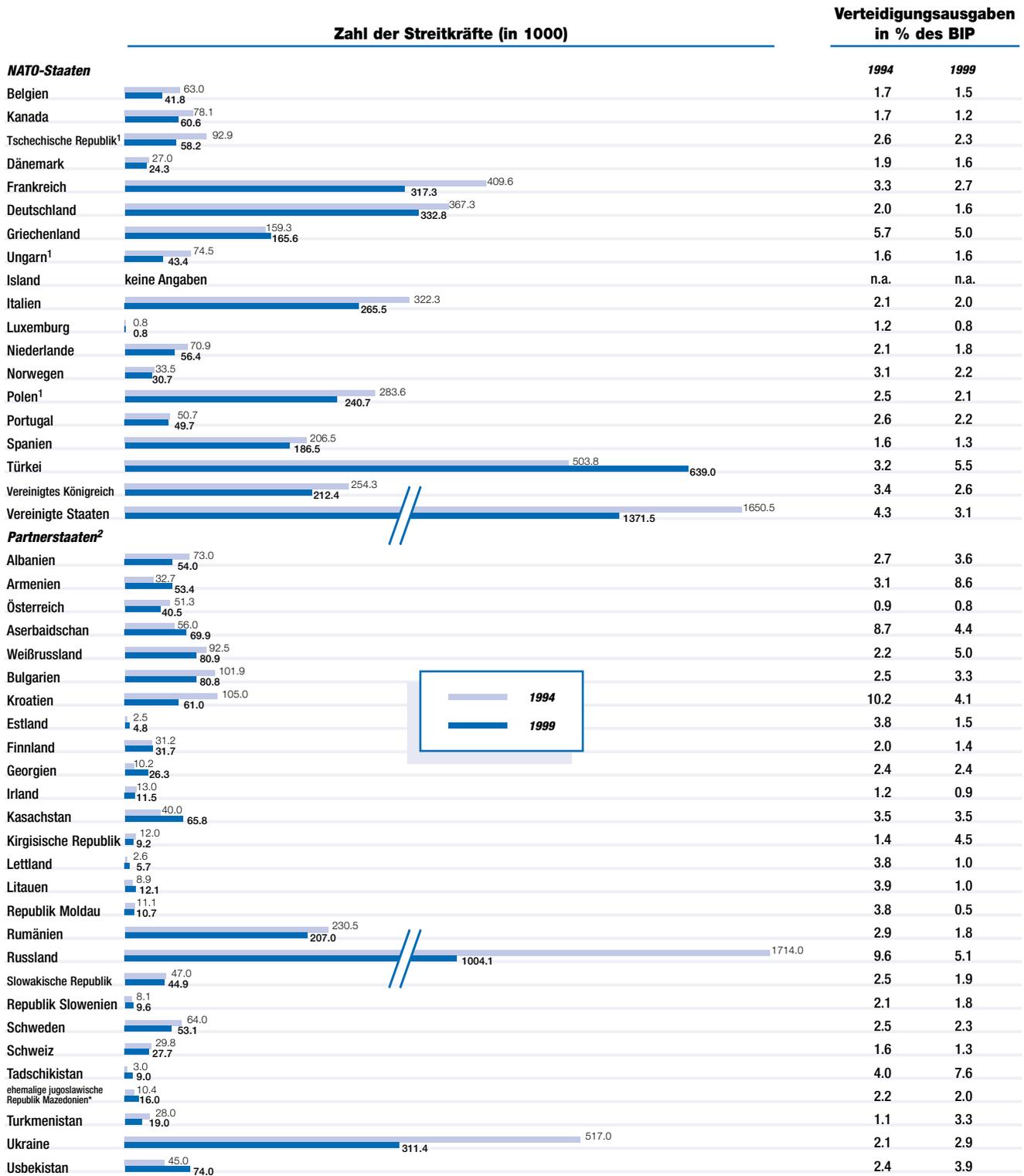


Das Wissenschaftsprogramm der NATO unterstützt Kooperationsprojekte von Wissenschaftlern aus NATO-Staaten und Partnerstaaten. Das Programm, das nicht dem Verteidigungsbereich zuzurechnen ist, soll die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern verschiedener Staaten im Hinblick auf die Herstellung dauerhafter Kontakte fördern und dazu beitragen, Wissenschaftlergruppen in den Partnerstaaten zu unterstützen.

Ausführliche Informationen:

<http://www.nato.int/science>

# Entwicklung der Verteidigungsausgaben und des Streitkräfteumfangs der NATO-Mitglieder und der Partnerstaaten (1994-1999)



Quelle: *The Military Balance 1995/96* und *The Military Balance 2000-2001* (herausgegeben vom Londoner Institut für Strategische Studien)

(1) 1999 der NATO beigetreten

(2) Mitglieder des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats (EAPR)



**The NATO Handbook**

Umfassende Darstellung der Ziele und Aktivitäten der NATO sowie ihrer derzeitigen Politik und Struktur samt einem geschichtlichen Abriss.

**NATO in the 21st century**

Einführende Broschüre über das Bündnis mit einem Überblick über seine Geschichte, seine Politik und seine Tätigkeitsfelder.



**NATO 2000**

Die CD-ROM skizziert die Entwicklung des Bündnisses und beschreibt den Anpassungsprozess, den die NATO zur Bewältigung der Sicherheitsaufgaben des 21. Jahrhunderts eingeleitet hat.

**NATO and Russia: Partners in Peacekeeping**

Informationen über die praktische Zusammenarbeit zwischen Friedenstruppen Russlands und der NATO auf dem Balkan.



**KOSOVO - ONE YEAR ON - Achievement and Challenge**

Bericht des NATO-Generalsekretärs Lord Robertson.

**The Reader's Guide to the Washington Summit**

Sammlung aller offiziellen Texte und Erklärungen des Washingtoner NATO-Gipfels vom April 1999 einschließlich Hintergrundinformationen zu NATO-Programmen und -Aktivitäten.

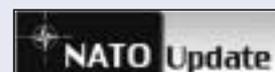


**NATO Topics**

Anschauliche Darstellung des Bündnisses mit einer Beschreibung der Meilensteine in der Geschichte der NATO und der wichtigsten Themen auf ihrer derzeitigen Tagesordnung.  
(nur elektronisch: [www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm](http://www.nato.int/docu/topics/2000/home.htm))

**NATO Update**

Wöchentliche Internet-Nachrichten mit einer kurzen Darstellung von NATO-Aktivitäten und -Ereignissen und einem allgemeinen Überblick über bündnisweite Initiativen.  
(nur elektronisch: [www.nato.int/docu/update/index.htm](http://www.nato.int/docu/update/index.htm))



**ALLE VERÖFFENTLICHUNGEN SIND IN ENGLISCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE ERHÄLTlich; VIELE LIEGEN AUCH IN ANDEREN SPRACHEN VOR.**

Anfragen und Bestellungen sind zu richten an:

Office of Information and Press – Distribution Unit  
Bld Leopold III – B-1110 Brüssel, Belgien  
Tel.: 00-32-2 707 5009  
Fax: 00-32-2 707 1252  
E-Mail: [distribution@hq.nato.int](mailto:distribution@hq.nato.int)

Elektronische Versionen dieser Veröffentlichungen sind erhältlich über [www.nato.int](http://www.nato.int).

Dort werden auch offizielle Erklärungen, Presseverlautbarungen und Reden sowie sonstige Informationen über Struktur, Politik und Arbeit des Bündnisses veröffentlicht; zudem besteht Zugang zu mehreren Online-Servern.

Vertriebsadresse: Deutsche Vertriebsgesellschaft  
Vertriebsadresse: für Publikationen und Filme mbH  
Vertriebsadresse: Birkenmaarstr. 8, 53340 Meckenheim  
Vertriebsadresse: Postfach 1149, 53333 Meckenheim

# nordatlantikvertragsorganisation



*belgien  
dänemark  
deutschland  
frankreich  
griechenland  
grossbritannien  
island  
italien  
kanada  
luxemburg  
niederlande  
norwegen  
polen  
portugal  
spanien  
türkei  
tschechische republik  
ungarn  
usa*